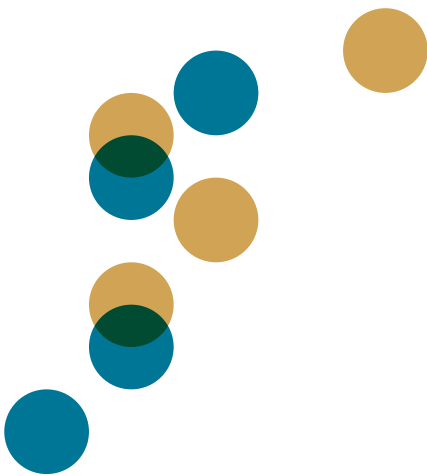


Working Paper

Von Jamaika zur GroKo

Die Ergebnisse der Befragung unter
Funktionären und Anhängern zu den
Koalitionsverhandlungen nach der
Bundestagswahl 2017

Kai Jäger



mannheimer zentrum
für europäische sozialforschung



Kai Jäger

Von Jamaika zur GroKo

Die Ergebnisse der Befragung unter
Funktionären und Anhängern zu den
Koalitionsverhandlungen nach der
Bundestagswahl 2017

Arbeitspapiere – Working Papers

Nr. 174, 2019

Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung

Jäger, Kai:

Von Jamaika zur Groko: Die Ergebnisse der Befragung unter Funktionären und Anhängern zu den Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl 2017 / Kai Jäger. – Mannheim: 2019
(Arbeitspapiere - Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung; 174)
ISSN 1437-8574

Not available in book shops.

Token fee: € 3,00

Purchase: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES)

D – 68131 Mannheim

www.mzes.uni-mannheim.de

Editorial Note:

Dr. Kai Jäger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im DFG-Projekt „Verfahren oder Kandidaten? Die internationale Gemeinschaft und die Forderung nach demokratischen Wahlen“ am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialwissenschaften (MZES) der Universität Mannheim und Lecturer am Department of Political Economy des King's College London.

Abstract

Die Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl 2017 erwiesen sich als die langwierigsten der Geschichte der Bundesrepublik. Die Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen scheiterten, woraufhin sich schließlich die CDU/CSU und SPD auf eine Neuauflage der Großen Koalition einigen konnten. Dieses Forschungsprojekt befragte bis zu 5.658 Funktionäre der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen und 3.969 Anhänger der CDU/CSU, SPD, AfD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen vor und nach den jeweiligen Koalitionsgesprächen zu ihren politischen Einstellungen, parteiinternen Prozessen und Koalitionspräferenzen. Der Artikel beschreibt das Sampling-Verfahren und präsentiert eine deskriptive Übersicht der wichtigsten Ergebnisse der Umfragen. Der Panel-Datensatz zu den deutschen Koalitionsverhandlungen ist relevant für mehrere Forschungsfragen der Parteien- oder Meinungsforschung – besonders da die partizipative Einbindung von Mitgliedern in parteiinternen Entscheidungen an Bedeutung zunimmt.

The coalition formation process after the 2017 German national election turned out to be the lengthiest in the history of the Federal Republic. After coalition talks failed between the CDU/CSU, FDP and Alliance 90/The Greens, the CDU/CSU and SPD were finally able to agree on another Grand Coalition. This research project surveyed up to 5,658 party officials of the CDU/CSU, SPD, FDP and Alliance 90/The Greens and 3,969 supporters of the CDU/CSU, SPD, AfD, FDP, The Left and Alliance 90/The Greens before and after the coalition negotiations of their parties on their political attitudes, intra-party processes, and coalition preferences. The article describes the sampling process and provides an overview of the most important results of the surveys. The panel data set on the German coalition negotiations is relevant for multiple research questions in party politics or opinion formation research – especially since the inclusion of the rank-and-file in intra-party decisions becomes more widespread.

Contents

1. Einleitung	7
2. Sampling-Verfahren und Beschreibung des Datensatzes	9
3. Die Ergebnisübersicht der Befragten	13
3.1 Die Umfragen zur Großen Koalition	13
3.2 Die Umfragen zur Jamaika-Koalition	18
3.3 Programmatische Positionen der Befragten	23
3.3.1 CDU/CSU	23
3.3.2 SPD	25
3.3.3 AfD	27
3.3.4 FDP	28
3.3.5 Die Linke	30
3.3.6 Bündnis 90/Die Grünen	32
3.3.7 Fazit	34
3.4 Innerparteiliche Bewertungen der Befragten	36
3.4.1 CDU/CSU	37
3.4.2 SPD	40
3.4.3 AfD	42
3.4.4 FDP	44
3.4.5 Die Linke	47
3.4.6 Bündnis 90/Die Grünen	49
3.4.7 Fazit	52
4. Konklusion	53
Literatur	54

1. Einleitung

Kein anderes Thema bestimmte den politischen Diskurs nach der Bundestagswahl 2017 so sehr wie die Regierungsbildung. Die Parteien der regierenden Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD mussten deutliche Stimmenverluste hinnehmen. Die CDU/CSU blieb mit 32,9 Prozent stärkste Kraft, verlor allerdings 8,6 Prozent. Es folgte die SPD mit 20,5 Prozent, welches ein Minus von 5,2 Prozent und ihr schlechtestes Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik darstellte. Die AfD mit 12,6 Prozent (+7,9) und die FDP mit 10,7 Prozent (+5,9) schafften den Einzug in den Bundestag mit deutlichen Gewinnen. Es folgten Die Linke mit 9,2 Prozent (+0,6) und Bündnis 90/Die Grünen mit 8,9 Prozent (+0,5).

Nachdem die SPD noch am Wahlabend den Gang in die Opposition angekündigt hatte, kam nur eine sogenannte Jamaika-Koalition zwischen CDU/CSU, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen in Frage – eine Konstellation die es auf Bundesebene zuvor noch nicht gegeben hat. Doch die Sondierungsgespräche zwischen diesen Parteien scheiterten nach ca. vier Wochen, als die FDP in der Nacht vom 19. auf den 20. November 2017 die Gespräche aufgrund von programmatischen Differenzen für gescheitert erklärte.

Nach Wochen politischer Unsicherheit – in denen die Möglichkeit von Neuwahlen im Raum stand – erklärten sich die Sozialdemokraten im Dezember 2017 doch bereit, mit der CDU/CSU Sondierungsgespräche über eine Neuauflage der Großen Koalition (GroKo) zu führen. Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD erwiesen sich als erfolgreich und die alte und neue Bundesregierung wurde offiziell vom Bundestag am 14. März 2018 bestätigt – genau 171 Tage nach der Bundestagswahl. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hatte es so lange gedauert, bis eine Koalitionsverhandlung erfolgreich abgeschlossen war (Siefken 2018).

Das Ziel dieses Forschungsprojektes war es, den unvorhersehbaren Prozess der Regierungsbildung mittels Umfragen vor und nach den Koalitionsverhandlungen auf den verschiedenen individuellen Ebenen der beteiligten Parteien zu untersuchen. Das Forschungsprojekt wollte mehr darüber zu erfahren, wie die Jamaika- und GroKo-Verhandlungen bei Unterstützern, Mitgliedern, lokalen und überregionalen Parteivorständen und Amtsträgern der Parteien wahrgenommen wurden: Welche Themen sie bewegten und interessierten, wie sie auf Vorschläge der anderen Parteien reagierten und wie sie die Koalitionsbeteiligung und andere Entscheidungen ihrer Parteien bewerteten.

Das Forschungsprojekt orientiert sich dabei an zwei Forschungszweigen in der Parteienforschung. Erstens debattieren Forscher seit Robert Michels' (2011) „Ehernes Gesetz der Oligarchie“, ob die Mitgliederbasis einer Partei die Parteiführung demokratisch kontrollieren bzw. programmatisch beeinflussen kann und ob die politischen Ansichten und Ziele der Parteiführung repräsentativ für die Partei als Ganzes sind (z. B. Aldrich 1983; Panebianco 1988; Katz und Mair 1995, 2009). Einen starken Einfluss in dieser Diskussion hat etwa das Gesetz der kurvilinearen Disparität von John May (1973). May argumentiert, dass sich die mittlere Führungsschicht in ihren politischen Werten und Zielen von der höheren Führungsschicht und von den einfachen Mitgliedern oder Anhängern unterscheidet. Hierbei spielen Selbstrekutierungsmotive eine wichtige Rolle. Personen, die einen starken Wunsch nach politischer Veränderung haben, besäßen einen verstärkten Anreiz in Parteien aktiv zu werden. Führungspositionen auf mittlerer Ebene sind für diesen Personenkreis laut May besonders attraktiv, da es in diesen oftmals ehrenamtlichen Tätigkeiten in erster Linie um politische Wertvorstellungen ginge. Im Gegensatz dazu haben pragmatische Strategien zur Stimmenmaximierung einen höheren Stellenwert für die höhere Führungsschicht, die aus Berufspolitikern besteht, da die Wiederwahl und daher die eigene politische Karriere vom Wahlerfolg abhängen. Im May'schen Modell werden die Mitglieder und Anhänger ebenfalls als pragmatisch eingestuft, die nur politisch aktiv werden, wenn ein bestimmtes, oftmals lokales Thema in ihrem rationalen Interesse liegt.

Mays Gesetz der kurvilinearen Disparität wurde seit der Veröffentlichung in mehreren Studien empirisch überprüft. Während einige Forscher Mays Gesetz für einen besonderen Fall halten, der nur unter bestimmten Bedingungen zuträfe (Kitschelt 1989), konnten andere empirische Untersuchungen keine kurvilineare Disparität innerhalb von Parteien in verschiedenen Fallstudien entdecken (z. B. Iversen 1994; Norris 1995; Narud und Skare 1999; Kennedy et al. 2006; van Holsteyn et al. 2017).

Zweitens beobachtet die Parteienforschung eine Zunahme von partizipativen Elementen in parteiinternen Prozessen der Entscheidungsfindung (Ignazi 2018). In vielen europäischen Parteien wird die Mitgliederbasis stärker in die Entscheidungen über Kandidaten oder politische Programme miteinbezogen. Das stärkste partizipative Element der Mitgliederbeteiligung ist das Mitglieder-Referendum, in dem wichtige Entscheidungen einer Partei vom positiven Votum ihrer Mitglieder abhängen. Mitglieder-Referenda liegen auch in der Bundesrepublik im Trend: So stimmte etwa eine knappe Mehrheit von 54,5 Prozent der FDP-Mitglieder im Jahr 2011 in einem Mitgliederentscheid für den permanenten Eurorettungsschirm, nachdem parteiinterne Kritiker des Rettungsschirms genügend Unterschriften unter den FDP-Mitgliedern gesammelt hatten, um ein internes Votum zu initiieren. Die Spitzenkandidaten von Bündnis 90/Die Grünen zur letzten Bundestagswahl wurden in einem Mitgliederentscheid bestimmt und die Mitglieder der AfD stimmen regelmäßig online über verschiedene Punkte ihrer Wahlprogramme ab. Die CDU Berlin führte 2015 eine nicht-bindende Mitgliederabstimmung durch, in der sich 52 Prozent gegen eine gleichgeschlechtliche Ehe aussprachen.

Das prominenteste Beispiel eines Mitgliederentscheids war die Zustimmung der SPD-Mitglieder zum Koalitionsvertrag mit der CDU/CSU im Jahr 2013. Vor den Jamaika-Sondierungsgesprächen erklärten sowohl die FDP als auch Bündnis 90/Die Grünen, dass letztendlich ihre Mitglieder über das Zustandekommen einer Jamaika-Koalition in einem Mitgliederentscheid abstimmen würden. Die SPD-Mitglieder stimmten schließlich erneut im Februar und März 2018 über die Große Koalition ab. 66,02 Prozent stimmten mit „Ja“ und segneten damit das erneute Zustandekommen der Großen Koalition ab.

Mit dem Anstieg der Mitgliederbefragungen steigt auch das Interesse der Parteienforschung an den Konsequenzen der parteiinternen Demokratisierung für das Binnenleben von Parteien. Die optimistische Perspektive betont, dass die partizipative Einbindung der Mitgliederbasis in die parteiinternen Prozesse der Entscheidungsfindung die Repräsentativität und die Responsivität der Parteiliten verbessern sollte (z. B. Scarrow 2014; Gauja 2015). Außerdem zeigen Wuttke et al. (2017) in einer Untersuchung zum Mitgliederentscheid der CDU Berlin zur gleichgeschlechtlichen Ehe, dass Mitgliederbefragungen auch sekundäre Effekte haben können. Die Befragung erhöhte tendenziell das Empfinden der Teilnehmer, dass ihre Meinung in der CDU Gehör findet.

Die pessimistische Perspektive argumentiert hingegen – in der Tradition Michels – dass die Parteilite über die organisatorischen und kommunikativen Ressourcen verfügt, um die parteiinternen Prozesse entscheidend zu ihren Gunsten zu prägen. Kenig (2009) zeigt etwa in einer quantitativen Studie, dass die Erweiterung der Wahlberechtigten für Kandidatenwahlen die Anzahl der Bewerber erhöhte, aber nicht die Kompetitivität der Kandidatenwahl steigerte. Andere Forscher argumentierten, dass parteiinterne Demokratisierungsmaßnahmen wie Mitgliederbefragungen die Macht der Parteiführung sogar vergrößern kann. Basierend auf Mays (1973) kurvilinearen Disparität argumentieren die Kritiker, dass die von politischen Wertvorstellungen motivierte mittlere Führungsschicht auf Delegiertenparteitag die Parteiführung eher demokratisch kontrollieren könnte als die Mitgliederbasis in einem Referendum. Auf Delegiertenparteitag fände die Kommunikation eher auf Augenhöhe statt, während die Parteiführung die Fragestellung und die Kommunikation in Referenda stärker dominieren könnte (Katz und Mair 1995; Katz 2001; Schumacher und Giger 2017).

Es hat methodologische Gründe, warum die Parteienforschung bisher hauptsächlich nur einzelne Fallstudien zu den diskutierten Perspektiven aufweisen kann. Ein häufiges Problem sowohl in den klassischen

Studien zur kurvilinearen Disparität als auch in der neueren Forschung zu parteiinternen Entscheidungsprozessen besteht nämlich in der Schwierigkeit, repräsentative Stichproben von den hierarchischen Ebenen einer oder gar mehrerer Parteien über mehrere Zeitpunkte in einem Panel-Design zu erhalten. Dieses Forschungsprojekt stellt daher auch eine methodische Innovation dar, da es Funktionäre und Anhänger verschiedener Parteien zu jeweils zwei verschiedenen Zeitpunkten befragt.

Für die Befragungen der Funktionäre und Anhänger der Parteien vor dem Beginn der Gespräche über mögliche Koalitionen verwendete dieses Forschungsprojekt die folgenden zwei Sampling-Methoden, um eine möglichst hohe Repräsentativität zu erzielen: Die Funktionärsumfrage richtete sich an die Parteien, die in den jeweiligen Sondierungsgesprächen und Koalitionsverhandlungen involviert waren, daher an die CDU, CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Für die Funktionärsumfrage wurden alle Personen zu einem Online-Fragebogen eingeladen, die auf den Parteiseiten oder der Kreis- und Landtage öffentlich als Funktionäre (d. h. mit einem Parteiamt bzw. öffentliches Amt) mit persönlicher Kontaktmöglichkeit angegeben wurden. Diese Umfragemethode wurde von Jäger und Weitzel (2019a, 2019b) bereits für den Mitgliederentscheid der SPD im Jahr 2013 zu der Großen Koalition mit der CDU/CSU entwickelt.

Zweitens wurden basierend auf der Stichprobenmethode von Jäger (2017) über das soziale Online-Netzwerk Facebook auch die Anhänger der im Bundestag vertretenden Parteien zu einem Online-Fragebogen einzuladen. Die verwendeten Einladungsquoten orientierten sich dabei an den demographischen Daten der Parteien. Am Ende des Fragebogens wurden die Teilnehmer gefragt, ob sie bereit wären, an einer weiteren Befragung teilzunehmen. Personen, die sich dazu bereit erklärten, wurden zu einer zweiten Befragung nach dem Abbruch der Sondierungsgespräche (FDP, Bündnis 90/Die Grünen) bzw. nach dem Ende der Einreichungsfrist für den SPD-Mitgliederentscheid (CDU, CSU, SPD) eingeladen.

Das Ergebnis ist eine für die Parteienforschung einmalige Panel-Befragung, an der sich insgesamt 5.658 Funktionäre und 3.969 Anhänger beteiligten. Im nächsten Kapitel wird die Befragungsmethode detaillierter vorgestellt und die demographischen Informationen der Teilnehmer aggregiert nach Parteien präsentiert. Es folgt die Ergebnisübersicht der wichtigsten Umfrage-Items der Befragung. Diese ist unterteilt in vier Abschnitte. Der erste und der zweite Abschnitt behandeln Fragen zur Großen Koalition bzw. zur Jamaika-Koalition für die involvierten Parteien. Im dritten und vierten Abschnitt werden die programmatischen Einteilungen und innerparteiliche Bewertungen aller Parteien diskutiert. Die Konklusion fasst die Ergebnisse der Befragung zusammen.

2. Sampling-Verfahren und Beschreibung des Datensatzes

Die Befragung richtete sich sowohl an Partei-Funktionäre als auch an Partei-Anhänger. Die Funktionärsumfrage richtete sich an Personen, die über ein Parteiamt oder ein öffentliches Amt mindestens auf der Kreisebene verfügten. Für das Forschungsprojekt waren die Funktionäre von Parteien von Interesse, die in den Sondierungs- bzw. Koalitionsgesprächen involviert waren. Als Anhänger einer Partei wurden Befragte eingeteilt, die eine bestimmte Partei bei der letzten Bundestagswahl gewählt haben oder sich zumindest schwach mit dieser Partei identifizierten. Diese Einordnung wurde bewusst weit definiert, um engere Definitionen in der empirischen Analyse, beispielweise basierend auf der Parteimitgliedschaft oder einem bestimmten Aktivismus-Level, zu ermöglichen.

Da es sich hier also um zwei unterschiedliche Populationen handelte, war es notwendig, auf zwei Sampling-Methoden zurückzugreifen: Die Grundgesamtheit für die Funktionärsumfrage sind alle Personen, die auf den Parteiseiten oder der Kreis- und Landtage öffentlich als Funktionäre (d. h. mit einem Parteiamt bzw. öffentliches Amt) mit persönlicher Kontaktmöglichkeit angegeben wurden. Dieser Personenkreis wurde per

E-Mail eingeladen, online an einer Befragung teilzunehmen. Die Sampling-Methode basiert auf der Studie von Jäger und Weitzel (2019a, 2019b) zum ersten Mitgliederentscheid der SPD zur Großen Koalition im Jahr 2013.

Die erste Umfrage für die Funktionäre der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen wurde zwischen dem 25. Oktober und 6. November 2017 durchgeführt; der Zeitraum für die Funktionärsumfrage für die CDU, CSU und die SPD war der 3. bis 17. Januar 2018. Der Zeitraum für die zweite Umfrage unter den vorherigen Teilnehmer, die sich bereit erklärten, an weiteren Umfragen teilzunehmen war der 12. Dezember 2017 bis 4. Januar 2018 für die FDP-Funktionäre, der 28. Januar 2018 bis 14. Februar 2018 für die Funktionäre von Bündnis 90/Die Grünen, der 4. bis 19. März 2018 für die Funktionäre der CDU und CSU und der 2. bis 20. März 2018 für die Funktionäre der SPD. Die erste Facebook-Umfrage wurde zwischen dem 18. Oktober und 24. November 2017 und die zweite Facebook-Umfrage wurde zwischen dem 6. und 21. Januar 2018 durchgeführt. Die zeitlichen Abläufe der Ereignisse der Koalitionsverhandlungen und der Befragungen werden von Tabelle 1 chronologisch dargestellt.

Tabelle 1: Zeitleiste der Koalitionsverhandlungen und der Befragungen (kursiv)

Datum	Ereignis
24. September 2017	Bundestagswahl Die SPD schließt in der Wahlnacht eine Neuauflage der Großen Koalition aus
18. Oktober – 24. November 2017	<i>Erste Facebook-Befragung unter den Anhängern der Parteien im Bundestag</i>
24. Oktober 2017	Beginn der Jamaika-Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen
25. Oktober – 6. November 2017	<i>Erste Befragung unter den Funktionären der FDP und Bündnis 90/Die Grünen</i>
19./20. November 2017	Abbruch der Jamaika-Sondierungsgespräche durch die FDP
7. Dezember 2017	Der SPD-Parteitag stimmt für die Aufnahme von Sondierungsgesprächen mit der CDU/CSU
12. Dezember 2017 – 4. Januar 2018	<i>Zweite Befragung unter den Funktionären und Anhängern der FDP</i>
3. – 17. Januar 2018	<i>Erste Befragung unter den Funktionären von CDU/CSU und SPD</i>
6. – 21. Januar 2018	<i>Zweite Facebook-Befragung unter den Anhängern der Parteien im Bundestag</i>
7. – 12. Januar 2018	Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU und SPD
21. Januar 2018	Der SPD-Parteitag stimmt für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU
26. – 27. Januar 2018	Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen
28. Januar – 14. Februar 2018	<i>Zweite Befragung unter den Funktionären und Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen</i>
7. Februar 2018	CDU/CSU und SPD einigen sich auf einen Koalitionsvertrag für eine Neuauflage der Großen Koalition
20. Februar – 2. März 2018	Mitgliedervotum der SPD zum Koalitionsvertrag
2. – 20. März 2018	<i>Zweite Befragung unter den Funktionären und Anhängern der SPD</i>
4. – 19. März 2018	<i>Zweite Befragung unter den Funktionären und Anhängern von CDU/CSU</i>
4. März 2018	Verkündung der Zustimmung der SPD-Mitglieder zum Koalitionsvertrag
12. März 2018	Unterzeichnung des Koalitionsvertrags

Insgesamt beteiligten sich 5,658 Funktionäre an der ersten Welle der Umfragen, von denen 2,123 auch an der zweiten Welle teilnahmen.

Die Stichproben unter den Anhängern der Parteien wurden mithilfe des Facebook Sampling-Verfahrens durchgeführt, welches von Jäger (2017) vorgeschlagen wurde, um Stichproben von schwer zu erreichenden

Populationen wie politischen Aktivisten entnehmen zu können. Über die Werbefunktion „Facebook Ads“ haben Wissenschaftler die Möglichkeit, einem zu definierenden Personenkreis in den sozialen Medien Facebook und Instagram Werbeanzeigen mit Einladungen zu einem Online-Fragebogen zu senden. Dabei kann der Personenkreis auf diverse Interessen, etwa der Mitgliedschaft in einer Facebook-Seite einer bestimmten politischen Partei, begrenzt werden. Des Weiteren besteht die Möglichkeit, Quoten für verschiedene Altersgruppen, das Geschlecht oder Regionen zu definieren, um die Überrepräsentativität von bestimmten Gruppen im Voraus oder während des Sampling-Prozesses zu reduzieren.

Der Sampling-Prozess ist anonym und Facebook versendet randomisierte Einladungen an den zuvor definierten Personenkreis, die auf der Facebook-Seite eines Nutzers erscheinen (mit großem Bild im Haupttext, mit kleinem Bild rechts oben auf der Startseite oder im News-Feed). Das Facebook Sampling-Verfahren erwies sich bislang als kostengünstige Möglichkeit, Umfragen mit einer hohen Teilnehmeranzahl zu erreichen. Das Verfahren ist bereits in einigen Studien zum politischen Verhalten von politischen Aktivisten oder von Parteimitgliedern zum Einsatz gekommen (z. B. Samuels und Zucco 2014; Bentancur et al. 2019; Ibáñez und Jäger 2019; Jäger 2019).

Für dieses Forschungsvorhaben wurden über „Facebook Ads“ per Zufallswahl Anhänger der jeweiligen Parteien zu einem Fragebogen eingeladen. Für jede Partei wurden hierbei neun Altersquoten (18-25, 26-30, 31-35, 36-40, 41-45, 46-50, 51-55, 56-60, 61 Jahre und älter) verwendet. Die verwendeten Quoten ließen sich durch das Budget für „Facebook Ads“ regulieren und orientierten sich an der offiziellen Altersverteilung der Mitglieder der jeweiligen Parteien (Niedermayer 2018).

Unter den 5.236 Facebook Nutzern, die an der Umfrage teilnahmen, waren entsprechend der verwendeten Anhänger-Definition 407 Anhänger der CDU/CSU, 795 der SPD, 1.479 der AfD, 606 der FDP, 366 der Linke und 316 von Bündnis 90/Die Grünen. Insgesamt beteiligten sich also 3.969 Anhänger der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien an der Facebook-Umfrage. Die Werbeanzeigen wurden 154.712 Mal für 102.286 Nutzer auf ihrer Facebook-Seite angezeigt (durchschnittliche Werbeanzeigen pro Nutzer: 1,51). 5.853 klickten auf die Werbeanzeige für weitere Information, was eine Klickrate von 0.06 Prozent entspricht – ein hoher Wert im Vergleich zu vorherigen Studien, die auf dem Facebook Sampling-Verfahren beruhten. Die Rücklaufquote unter denjenigen, die auf die Werbeanzeige klickten, betrug 89,5 Prozent.

Die Umfrageteilnehmer verteilten sich wie folgt auf die verschiedenen Parteien:

CDU/CSU

1.586 der 6.893 eingeladenen Funktionäre von CDU/CSU beteiligten sich an der Umfrage, was einer Rücklaufquote von ca. 23 Prozent entsprach. 1.233 waren Funktionäre bei der CDU und 353 bei der CSU.

Bei der CDU hatten 53,5 Prozent der Funktionäre ein leitendes Parteiamt auf der Kreisebene und 74,5 Prozent waren in einem Kreistag vertreten. 3,1 Prozent hatten ein leitendes Parteiamt auf Landesebene und 3,8 Prozent waren Mitglieder eines Landesparlaments. 0,4 Prozent hatten ein leitendes Parteiamt auf Bundesebene und 0,8 Prozent waren Mitglieder des Deutschen Bundestages oder des Europäischen Parlaments. Das Durchschnittsalter der Teilnehmer betrug 53 Jahre. 19,7 Prozent der Teilnehmer waren weiblich und 61,2 Prozent der Teilnehmer hatten mindestens einen Universitätsabschluss.

Bei der CSU hatten 57,7 Prozent der Teilnehmer ein leitendes Parteiamt auf der Kreisebene und 63,6 Prozent waren in einem Kreistag vertreten. 1,9 Prozent hatten ein leitendes Parteiamt in Bayern und 2,3 Prozent waren Mitglieder des Bayerischen Landtages. Das Durchschnittsalter der Teilnehmer betrug 52,7 Jahre. 18,6 Prozent der Teilnehmer waren weiblich und 53,9 Prozent der Teilnehmer hatten mindestens einen Universitätsabschluss.

Unter den 407 Unions-Anhängern der Facebook-Umfrage waren 40,7 Prozent der Teilnehmer auch Mitglied bei der CDU/CSU. Das Durchschnittsalter betrug 49 Jahre. 21,3 Prozent der Teilnehmer waren weiblich und 36,9 Prozent der Teilnehmer hatten mindestens einen Universitätsabschluss.

An der zweiten Umfrage des Unions-Panels nahmen 512 Funktionäre und 40 Anhänger teil.

SPD

Die Daten der SPD-Befragungen beruhen auf Jäger und Weitzel (2019a, 2019b). Insgesamt beteiligten sich 2.231 der 6.875 eingeladenen SPD-Funktionäre an der Umfrage, was einer Rücklaufquote von 32,5 Prozent entsprach. Unter den Funktionären hatten 59,3 Prozent ein leitendes Parteiamt auf der Kreisebene und 58,7 Prozent waren in einem Kreistag vertreten. 4,4 Prozent hatten ein leitendes Parteiamt auf Landesebene und 3,1 Prozent waren Mitglieder eines Landesparlaments. 0,5 Prozent hatten ein leitendes Parteiamt auf Bundesebene und 0,6 Prozent waren Mitglieder des Deutschen Bundestags. Das Durchschnittsalter der Teilnehmer betrug 51,4 Jahre. 32,6 Prozent der Teilnehmer waren weiblich und 59,9 Prozent der Teilnehmer hatten mindestens einen Universitätsabschluss.

Unter den 795 SPD-Anhängern der Facebook-Umfrage waren 56,4 Prozent der Teilnehmer auch Mitglied bei der SPD. Das Durchschnittsalter der teilnehmenden Anhänger betrug 50,4 Jahre. 23,9 Prozent der Teilnehmer waren weiblich und 31,3 Prozent der Teilnehmer hatten mindestens einen Universitätsabschluss.

An der zweiten Umfrage des SPD-Panels nahmen insgesamt 941 Funktionäre und 132 Anhänger teil.

AfD

Unter den 1.479 AfD-Anhängern der Facebook-Umfrage waren 8,4 Prozent der Teilnehmer auch Mitglied bei der AfD. Das Durchschnittsalter der teilnehmenden Anhänger betrug 50,6 Jahre. 26,4 Prozent der Teilnehmer waren weiblich und 20,4 Prozent der Teilnehmer hatten mindestens einen Universitätsabschluss.

FDP

744 der 2.297 eingeladenen FDP-Funktionäre beteiligten sich an der Umfrage, was einer Rücklaufquote von 32,4 Prozent entsprach. Unter den Funktionären hatten 76,7 Prozent ein leitendes Parteiamt auf der Kreisebene und 44,4 Prozent waren in einem Kreistag vertreten. 11,1 Prozent hatten ein leitendes Parteiamt auf Landesebene und 2,6 Prozent waren Mitglieder eines Landesparlaments. 0,9 Prozent hatten ein leitendes Parteiamt auf Bundesebene. Das Durchschnittsalter der Teilnehmer betrug 51,8 Jahre. 17,7 Prozent der Teilnehmer waren weiblich und 63,3 Prozent der Teilnehmer hatten mindestens einen Universitätsabschluss.

Unter den 606 FDP-Anhängern der Facebook-Umfrage waren 16,2 Prozent der Teilnehmer auch Mitglied bei der FDP. Das Durchschnittsalter der teilnehmenden FDP-Anhänger betrug 49,3 Jahre. 27,2 Prozent der Teilnehmer waren weiblich und 43,5 Prozent der Teilnehmer hatten mindestens einen Universitätsabschluss.

An der zweiten Umfrage des FDP-Panels nahmen 309 Funktionäre und 75 Anhänger teil.

Die Linke

Unter den 366 Linke-Anhängern der Facebook-Umfrage waren 9,1 Prozent auch Mitglied bei der Linken. Das Durchschnittsalter der teilnehmenden Anhänger betrug 47,8 Jahre. 29,9 Prozent der Teilnehmer waren weiblich und 30,1 Prozent der Teilnehmer hatten mindestens einen Universitätsabschluss.

Bündnis 90/Die Grünen

1.097 der 3.073 eingeladenen Funktionäre von Bündnis 90/Die Grünen beteiligten sich an der Umfrage, was einer Rücklaufquote von 35,7 Prozent entsprach. Unter den Funktionären hatten 51,6 Prozent ein leitendes Parteiamt auf der Kreisebene und 62,7 Prozent waren in einem Kreistag vertreten. 5,9 Prozent hatten ein leitendes Parteiamt auf Landesebene und 2,8 Prozent waren Mitglieder eines Landesparlaments. 0,5 Prozent hatten ein leitendes Parteiamt auf Bundesebene und 0,4 Prozent waren Mitglieder des Deutschen Bundestags. Das Durchschnittsalter der Teilnehmer betrug 51,4 Jahre. 41,4 Prozent der Teilnehmer waren weiblich und 69,9 Prozent der Teilnehmer hatten mindestens einen Universitätsabschluss.

Unter den 316 Grüne-Anhängern der Facebook-Umfrage waren 32,7 Prozent der Teilnehmer auch Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen. Das Durchschnittsalter der teilnehmenden Anhänger betrug 46,2 Jahre. 38,4 Prozent der Teilnehmer waren weiblich und 55,2 Prozent der Teilnehmer hatten mindestens einen Universitätsabschluss.

An der zweiten Umfrage des Grünen-Panels nahmen 361 Funktionäre und 75 Anhänger teil.

3. Die Ergebnisübersicht der Befragungen

3.1 Die Umfragen zur Großen Koalition

Im Mittelpunkt der Befragung zu den GroKo-Koalitionsverhandlungen stand die Frage, inwiefern sich die Funktionäre der CDU, CSU und SPD für eine Neuauflage der Großen Koalition aussprechen würden. Insbesondere für die SPD-Funktionäre handelte es sich hierbei um eine Gretchenfrage, da sie selbst im Mitgliederentscheid über diese Fragestellung abstimmen sollten. Bei den SPD-Funktionären stieß die erneute Durchführung eines Mitgliederentscheids zum Koalitionsvertrag mit 90,4 Prozent auf breite Zustimmung. Bei der CDU/CSU stieß ein möglicher Mitgliederentscheid auf weniger Gegenliebe: 41,2 Prozent der CDU-Funktionäre und 33,3 Prozent der CSU Funktionäre wären für die Durchführung eines Mitgliederentscheids zur Großen Koalition gewesen. Bei den Anhängern der Union befürwortete eine Mehrheit von 60,7 Prozent solch eine Abstimmung.

Das Vorgehen des SPD-Bundesvorstands – zuerst den Gang in die Opposition anzukündigen und sich nach dem Scheitern von „Jamaika“ offen für Koalitionsgespräche mit der Union zu zeigen – bewerteten 62,4 Prozent der SPD Funktionäre als richtig. 19,4 Prozent hielten den angekündigten Gang in die Opposition für richtig und die Gesprächsbereitschaft für falsch. Bei 14 Prozent war der Meinung, dass der angekündigte Gang in die Opposition falsch und die Gesprächsbereitschaft richtig waren. Knapp 4,3 Prozent hielten beides für falsch. Unter den SPD-Anhängern waren 44 Prozent der Auffassung, dass beides richtig war. 40,1 Prozent hielten nur den angekündigten Gang in die Opposition für richtig, während 11,5 Prozent nur die Gesprächsbereitschaft für gerechtfertigt hielten. 4,5 Prozent der SPD-Anhänger lehnten beides ab.

Abbildung 1: Zustimmung zur Großen Koalition in Prozent

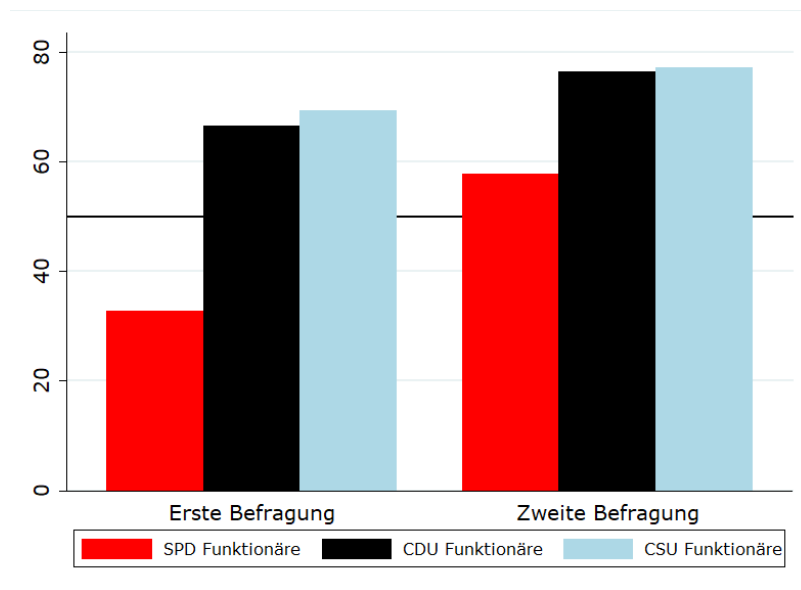
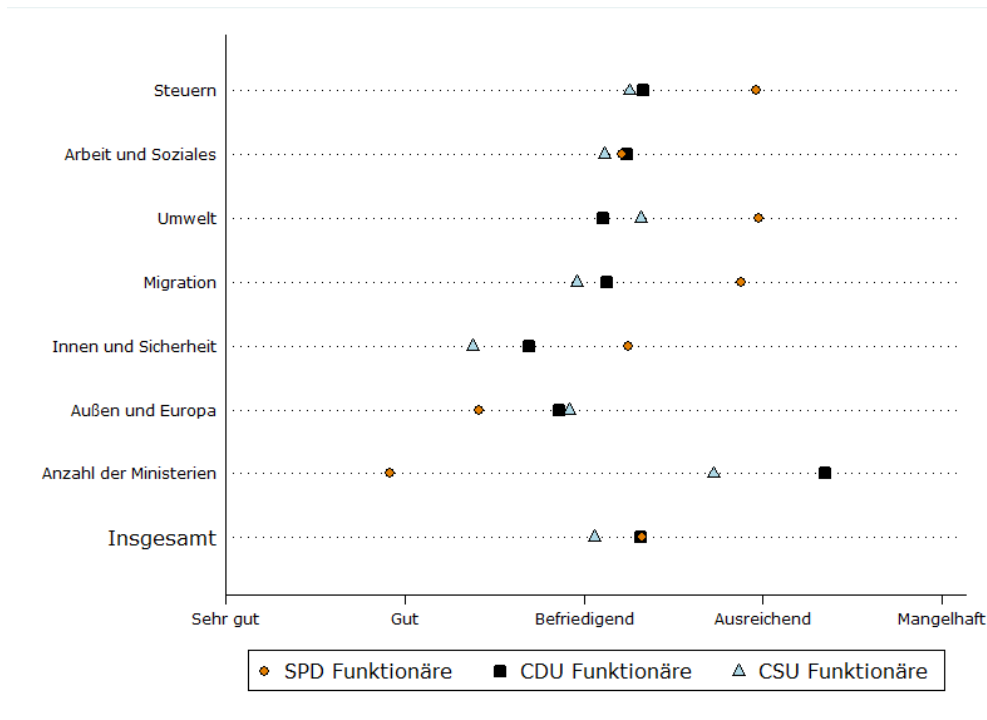


Abbildung 1 zeigt die Zustimmung der involvierten Parteien zur Großen Koalition in der ersten und in der zweiten Befragung, daher vor und kurz nach dem Mitgliederentscheid der SPD. Wir sehen, dass ein deutlicher Meinungsumschwung bei der SPD stattfand. Waren in der ersten Befragung lediglich 32,9 Prozent für eine GroKo-Neuaufgabe, stimmte eine Mehrheit von 57,7 Prozent der SPD-Funktionäre im Mitgliederentscheid der Großen Koalition zu. Die Zustimmung war signifikant geringer als das Gesamtergebnis von 66 Prozent. Bereits beim ersten Mitgliederentscheid 2013 zur Großen Koalition fanden Jäger und Weitzel (2019a, 2019b), dass die Zustimmungsraten der Funktionäre zum Koalitionsvertrag signifikant unterhalb des allgemeinen Ergebnisses lag. Bei den Unionsparteien sprachen sich bereits in der ersten Befragung eine klare Mehrheit von 66,5 Prozent bei der CDU und 69,4 Prozent bei der CSU für eine erneute Koalition mit der SPD aus. Die Zustimmung zur Großen Koalition stieg zur zweiten Befragung auf 76,5 bzw. 77,2 Prozent an. Die erwartete Zustimmung fiel bei allen Parteien geringer aus: Bei der SPD rechneten die Funktionäre im Durchschnitt mit einem knappen Scheitern des Mitgliederentscheids mit 49,6 Prozent Zustimmung. Bei der CDU/CSU lautete die durchschnittliche erwartete Zustimmung in einem hypothetischen Mitgliederentscheid 63,9 bzw. 62,9 Prozent.

In der zweiten Befragung wurden die Teilnehmer auch nach ihrer Bewertung der Koalitionsverhandlungen ihrer Parteien gefragt, was graphisch von Abbildung 2 dargestellt wird. Dazu sollten die Teilnehmer Noten von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend) für verschiedene Themengebiete der Verhandlungen verteilen. In der Gesamtbewertung bewerteten alle Teilnehmer die Verhandlungsergebnisse ihrer Parteien sehr ähnlich: CSU-Funktionäre gaben ihrer Partei im Durchschnitt eine 3,1; die Verhandlungsergebnisse der CDU und SPD erhielten von ihren Funktionären im Durchschnitt eine 3,3. In den einzelnen Themengebieten unterscheiden sich die Bewertungen zum Teil deutlich. Dies ist insbesondere für die Anzahl der Ministerien der Fall. Während CDU/CSU hier mit 4,3 bzw. 3,7 die relativ schlechteste Benotung von ihren Funktionären erhielten, bekam die SPD hier mit 1,9 ihre relativ beste Benotung von ihren Funktionären. Signifikant schlechtere Benotungen für ihr Verhandlungsergebnis bekommt die SPD allerdings in den Themengebieten Steuern, Umwelt, Migration und Inneres und Sicherheit. In dem Themengebiet Innen und Sicherheit waren die Uni-on-Funktionäre am zufriedensten mit dem Verhandlungsergebnis ihrer Parteien.

Abbildung 2: Bewertung der Verhandlungen in einzelnen Themenfeldern



In der ersten Befragung vor Beginn der Koalitionsverhandlungen sollten die Teilnehmer auswählen, auf welche programmatische Positionen ihre Parteien unter keinen Umständen in den Koalitionsverhandlungen verzichten sollten. Die Liste bestand aus elf zentralen Forderungen der eigenen Partei bzw. der Verneinung der Forderungen des möglichen Koalitionspartners.

Die Abbildungen 3 und 4 zeigen die „roten Linien“ der CDU/CSU und SPD Funktionäre und Anhänger. Bei den Funktionären und Anhängern der CDU/CSU waren vor allem Maßnahmen zur Begrenzung der Migration „rote Linien“ für die Koalitionsverhandlungen. Hier und in anderen Themengebieten kam es allerdings zu signifikanten Unterschieden zwischen den Unionsparteien. 66,8 Prozent der CDU-Funktionäre führten die Ernennung der drei Maghreb-Staaten Tunesien, Algerien und Marokko als sichere Herkunftsstaaten für Flüchtlinge als „rote Linie“ für die Koalitionsverhandlungen mit der SPD. Bei den CSU-Funktionären waren es mit 53,4 Prozent signifikant weniger. Während 57,6 Prozent der CSU-Funktionäre eine Obergrenze für Asylbewerber nannten, waren es bei der CDU 44,4 Prozent. Für 13,8 Prozent der SPD-Funktionäre war der sichere Status für die Maghreb-Staaten ein rotes Tuch, während 38,1 Prozent keinen Verhandlungsspielraum für eine Obergrenze für Flüchtlinge sahen. Die CSU-Forderung nach einer Erhöhung der Mütterrente wurde mit 34,8 Prozent fast doppelt so häufig bei den CSU-Funktionären genannt als bei den CDU-Funktionären mit 17,9 Prozent.

Im Gegensatz dazu dominierten soziale Themen bei den Sozialdemokraten. Mit 63,8 Prozent war die Einführung einer Solidarrente die am häufigsten genannte „rote Linie“ für die Koalitionsverhandlungen, gefolgt von höheren Steuern für Besserverdienende (60,1 Prozent) und der Einführung einer Bürgerversicherung (58 Prozent). Die Bürgerversicherung stieß auf starken Widerstand bei den Funktionären der Unionsparteien. 57,3 bzw. 62,3 Prozent der CDU/CSU-Funktionäre nannten die Nicht-Einführung einer Bürgerversicherung als „rote Linie“ – bei den Unionsanhängern waren es mit 19,9 Prozent deutlich weniger.

Abbildung 3: „Rote Linien“ der CDU/CSU für die Koalitionsverhandlungen

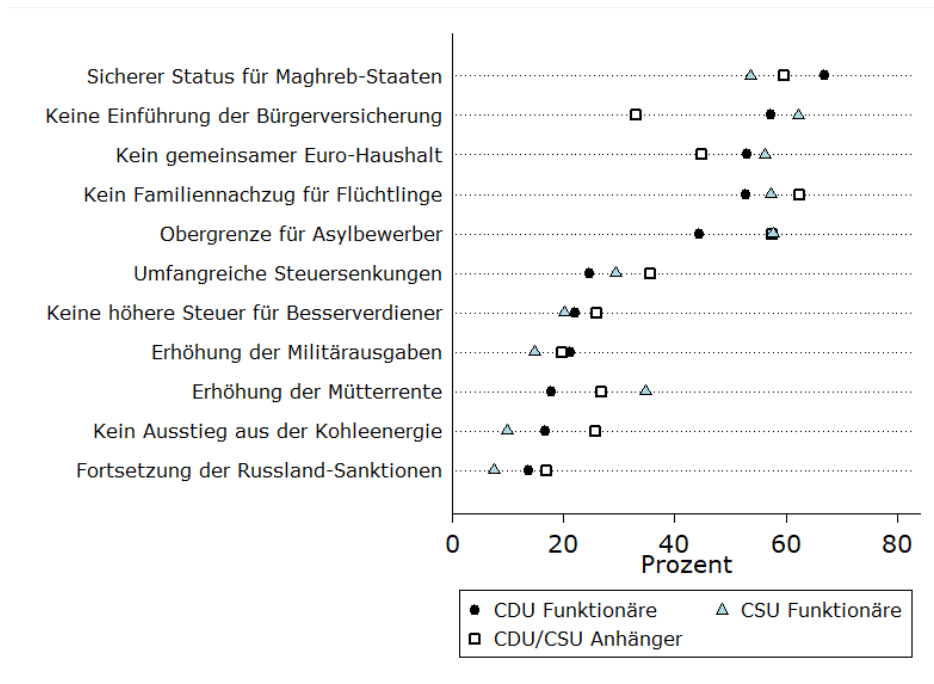
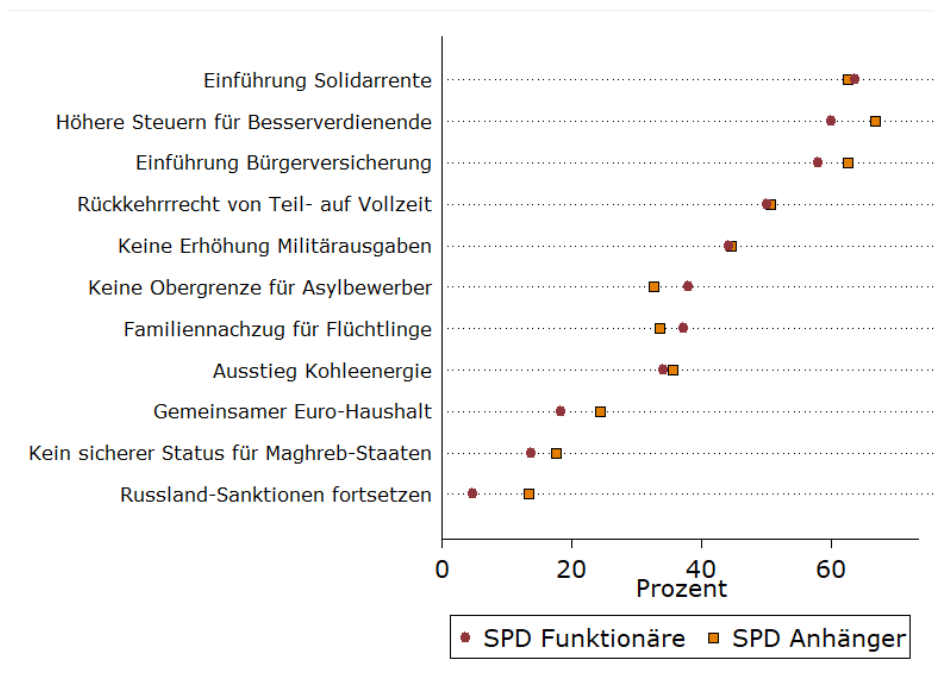


Abbildung 4: „Rote Linien“ der SPD für die Koalitionsverhandlungen



Am 29. Oktober 2018 kündigte Angela Merkel an, dass sie nicht mehr für den CDU-Parteivorsitz kandidieren werde und dass sie nach dem Ende der jetzigen Legislaturperiode 2021 nicht erneut für das Kanzleramt zur Verfügung stehen werde. Bereits in der zweiten Umfrage wurden Funktionäre und Anhänger der CDU/CSU gefragt, ob ihrer Meinung nach Angela Merkel bei der nächsten Bundestagswahl erneut als Kanzlerkandidatin für die CDU/CSU antreten solle. Das Umfrageergebnis wird in Abbildung 5 gezeigt. Eine deutliche Mehrheit von 78 Prozent der CDU-Funktionäre, 84,4 Prozent der CSU-Funktionäre und 80 Prozent der

CDU/CSU-Anhänger war der Meinung, dass Merkel nicht erneut für das Kanzleramt kandidieren soll. Bloß 16,4 Prozent der CDU-Funktionäre, 11,9 Prozent der CSU-Funktionäre und 17,5 Prozent der CDU/CSU-Anhänger stimmten zu, dass Merkel auch für die nächste Bundestagswahl die Kanzlerkandidatin von CDU/CSU werden soll.

Abbildung 5: Soll Ihrer Meinung nach Angela Merkel bei der nächsten Bundestagswahl erneut als Kanzlerkandidatin für die CDU/CSU antreten?

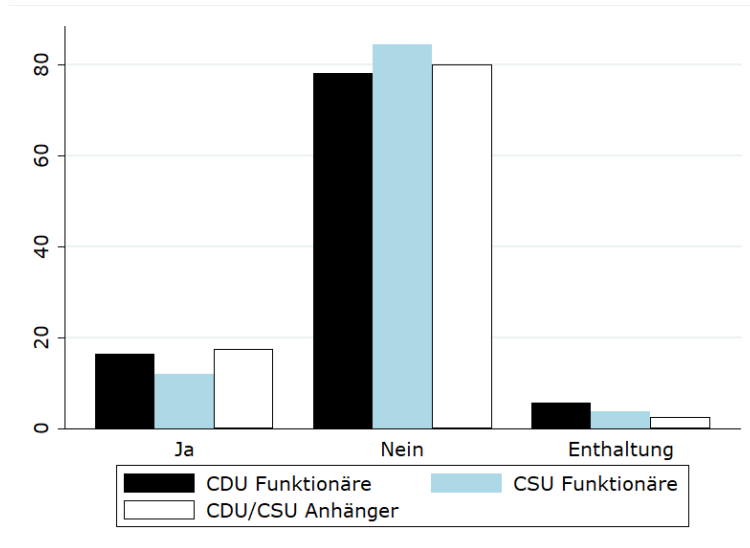
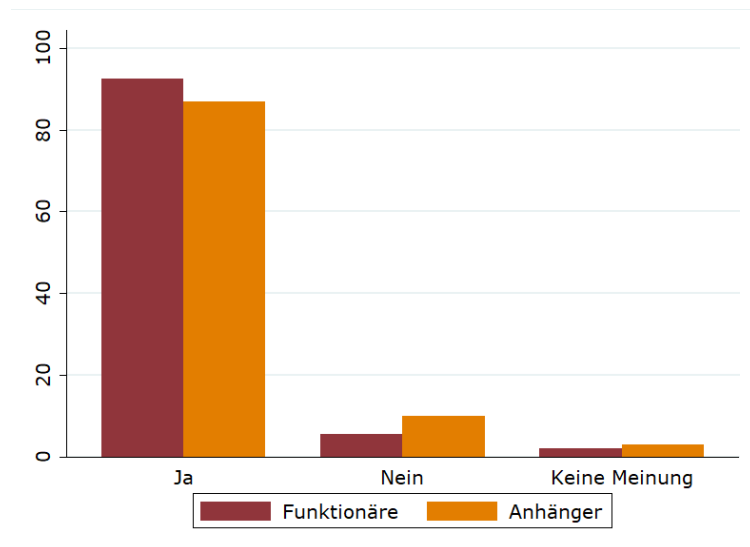


Abbildung 6: War es Ihrer Meinung nach richtig, dass Martin Schulz auf das Amt des Außenministers verzichtet?

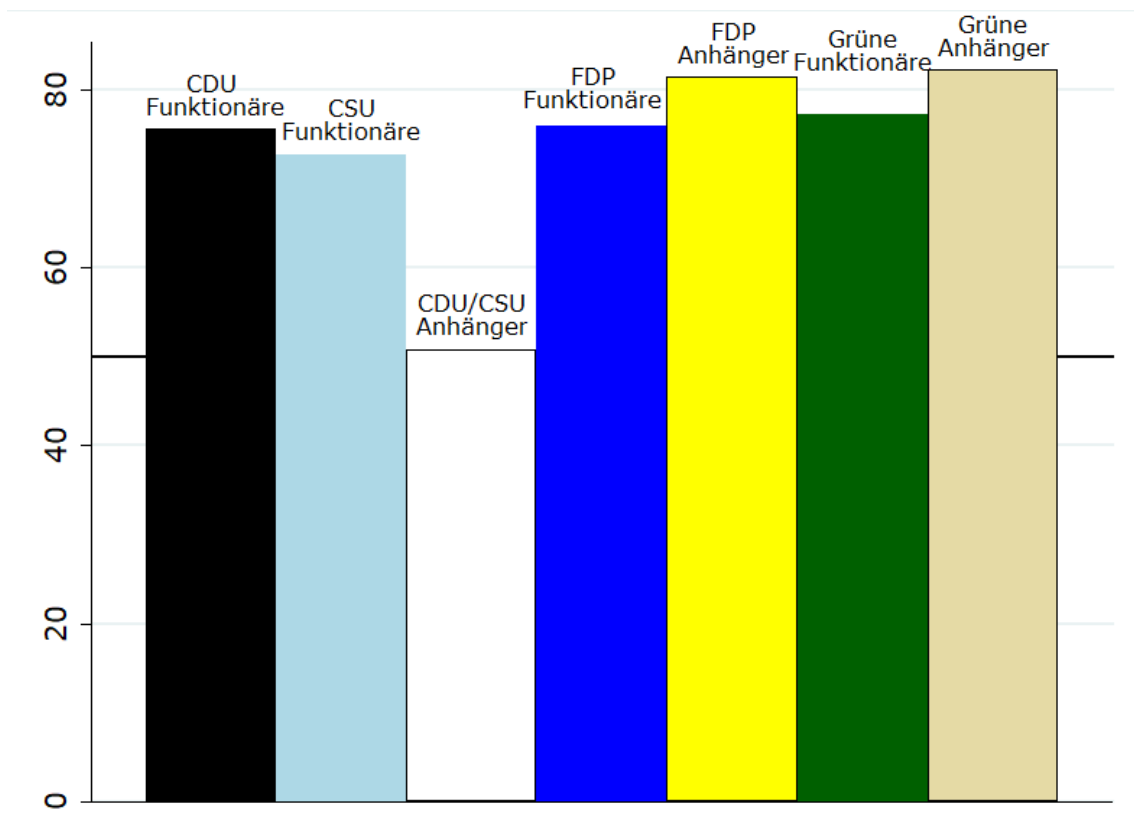


Die Funktionäre und Anhänger der SPD wurden in der zweiten Umfrage gefragt, ob es ihrer Meinung nach richtig war, dass der damalige SPD-Parteivorsitzende Martin Schulz auf das Amt des Außenministers verzichtete (Abbildung 6). Martin Schulz' Entscheidung zum Verzicht auf den Außenministerposten nach interner Kritik bewerteten 92,4 Prozent der SPD-Funktionäre und 87 Prozent der SPD-Anhänger als richtig. Bloß 5,5 Prozent der SPD-Funktionäre und 9,9 Prozent der SPD-Anhänger hielten die Entscheidung für falsch.

3.2 Die Umfragen zur Jamaika-Koalition

Eine mögliche Jamaika-Koalition zwischen der CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen stieß zum Zeitpunkt der Befragung bis auf eine Ausnahme auf deutliche Zustimmung, wie wir in Abbildung 7 sehen können. Bei den Grünen betrug die Zustimmung 77,1 Prozent bei den Funktionären und 82,2 Prozent bei den Anhängern; bei der FDP waren es 75,8 Prozent (Funktionäre) und 81,4 Prozent (Anhänger). Auch bei den CDU/CSU Funktionären hätten 75,5 bzw. 72,6 Prozent das Zustandekommen einer Jamaika-Koalition befürwortet. Lediglich die Anhänger der Union waren mit einer Zustimmung von 50,7 Prozent in dieser Frage tief gespalten. Bei der Frage zur Durchführung eines Mitgliederentscheids zur Jamaika-Koalition sahen die Zustimmungswerte bei der FDP und Bündnis 90/Die Grünen ähnlich aus. 83,1 und 73 Prozent der FDP Funktionäre und Anhänger hätten einen Mitgliederentscheid befürwortet. Bei den Grünen waren es 91,4 Prozent (Funktionäre) bzw. 74 Prozent (Anhänger).

Abbildung 7: Zustimmung zu „Jamaika“ in Prozent



Die Abbildungen 8 und 9 zeigen die „roten Linien“ der FDP und Bündnis 90/Die Grünen-Funktionäre und Anhänger. Für die FDP-Funktionäre und -Anhänger war die Einführung eines Einwanderungsgesetzes nach kanadischem Vorbild mit 73,6 bzw. 74,8 Prozent die wichtigste „rote Linie“ für die Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen. Ungefähr die Hälfte der Teilnehmer an der FDP-Umfrage war außerdem der Meinung, dass die FDP auf keinen Fall einem Verbot des Verbrennungsmotors und einem gemeinsamen Haushalt für die Eurozone zustimmen sollte. Ähnlich hoch war die Zustimmung für die Bedingung von umfangreichen Steuersenkungen. Auf Seiten der Grünen sahen wiederum ca. ein Drittel der Funktionäre (33,9 Prozent) ein Verbot des Verbrennungsmotors ab 2030 als eine Bedingung für die Koalitionsverhandlungen an. Bei der Einführung eines gemeinsamen Euro-Haushalts waren es 9,1 Prozent und höhere Steuern für Besserverdienende war für 31,9 Prozent der Grünen-Funktionäre eine Bedingung.

Abbildung 8: „Rote Linien“ der FDP für die Koalitionsverhandlungen

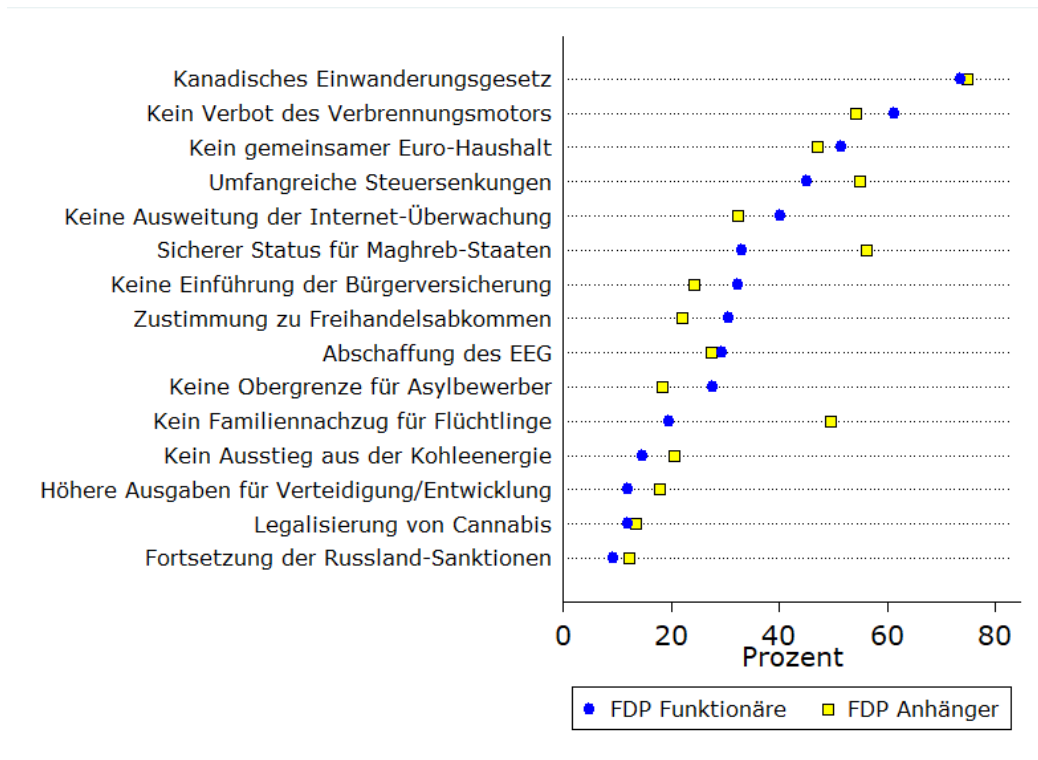
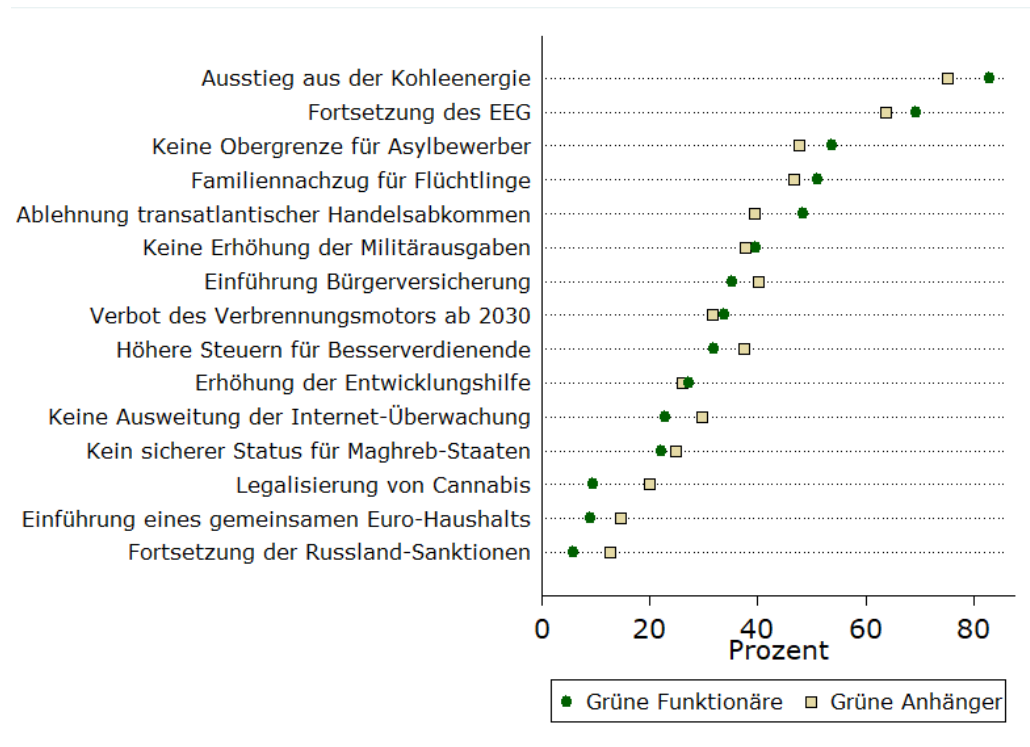
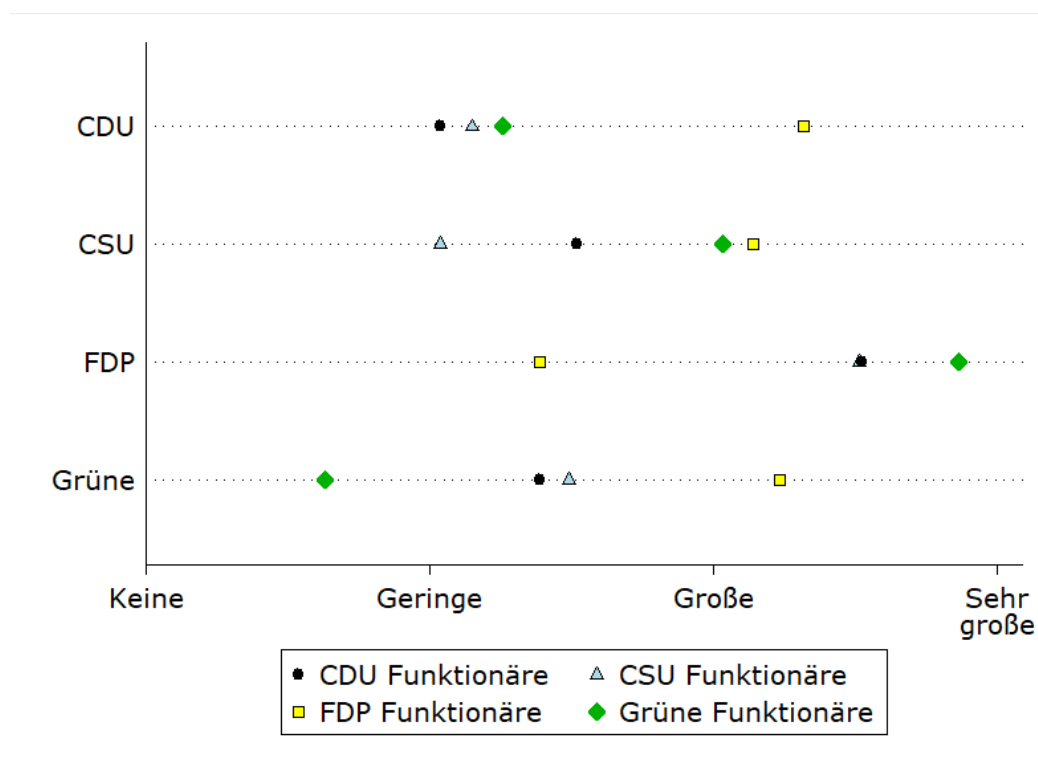


Abbildung 9: „Rote Linien“ von Bündnis 90/Die Grünen für die Koalitionsverhandlungen



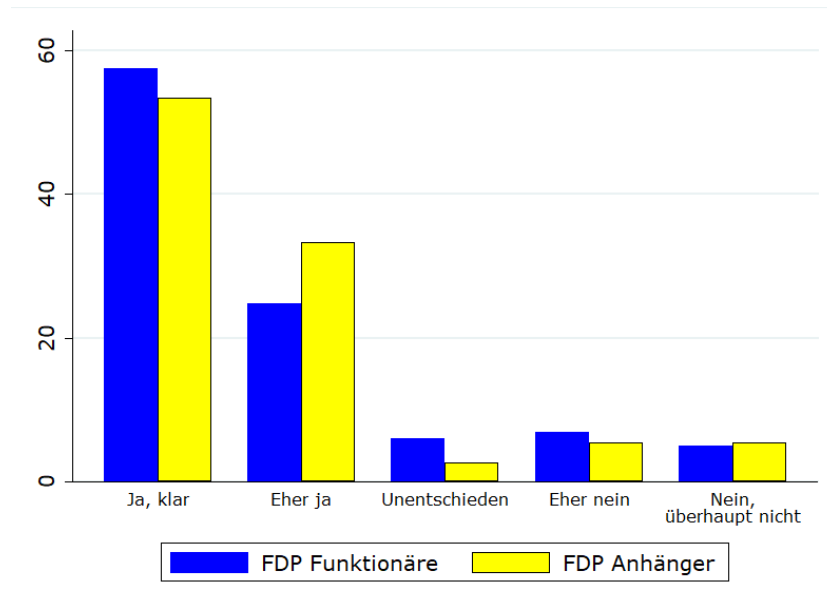
Die wichtigsten „roten Linien“ für die Funktionäre und Anhänger der Grünen waren mit 82,9 bzw. 75,2 Prozent der Ausstieg aus der Kohleenergie, gefolgt von der Fortsetzung des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mit 69,2 bzw. 63,8 Prozent. Keine Obergrenze für Flüchtlinge und den leichteren Familiennachzug für Flüchtlinge sahen knapp die Hälfte der Grünen als nicht verhandelbare Punkte für die Koalitionsverhandlungen an. Bei den FDP-Funktionären waren 14,8 bzw. 29,3 Prozent der Befragten der Auffassung, dass die FDP nur in Koalitionsverhandlungen gehen sollte, wenn sie sich auf keinen Ausstieg aus der Kohleenergie einlässt bzw. die Abschaffung des EEG einleitet. In den Themengebieten zur Migration kam es zu signifikanten Unterschieden zwischen den Funktionären und Anhängern der FDP: Die Anerkennung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer war für 33,1 Prozent der FDP-Funktionäre eine „rote Linie“ – bei den FDP-Anhängern waren es 56,2 Prozent. Die Aussetzung des Familiennachzugs bei Flüchtlingen war für 49,4 Prozent der FDP-Anhänger eine Bedingung für die Koalitionsgespräche, während dies nur bei 19,6 Prozent der FDP-Funktionäre der Fall war. Bei den Grünen gab es die größte Diskrepanz von ca. zehn Prozentpunkten zwischen Funktionären und Anhängern bei der Ablehnung der transatlantischen Handelsabkommen TTIP und CETA und bei der Legalisierung von Cannabis.

Abbildung 10: Verantwortung für das Scheitern von „Jamaika“



In der zweiten Befragung der FDP und Grüne Funktionäre bzw. der ersten CDU/CSU-Befragung wurden die Teilnehmer befragt, wie hoch sie die Verantwortung der einzelnen Parteien für das Scheitern von „Jamaika“ einordnen. Wie in Abbildung 10 dargestellt, sahen die Befragten jeweils die geringste Verantwortung bei ihrer eigenen Partei. Die Funktionäre der CDU/CSU und von Bündnis 90/Die Grünen sahen die Schuld vor allem bei der FDP, die die Koalitionsgespräche als erstes für offiziell beendet erklärt hatte. Bei den FDP-Funktionären war es umgekehrt. Während CSU-Funktionäre die Verantwortung der CDU und CSU sehr ähnlich bewerteten, sahen die CDU-Funktionäre eine relativ größere Verantwortung für das Scheitern von „Jamaika“ bei der CSU.

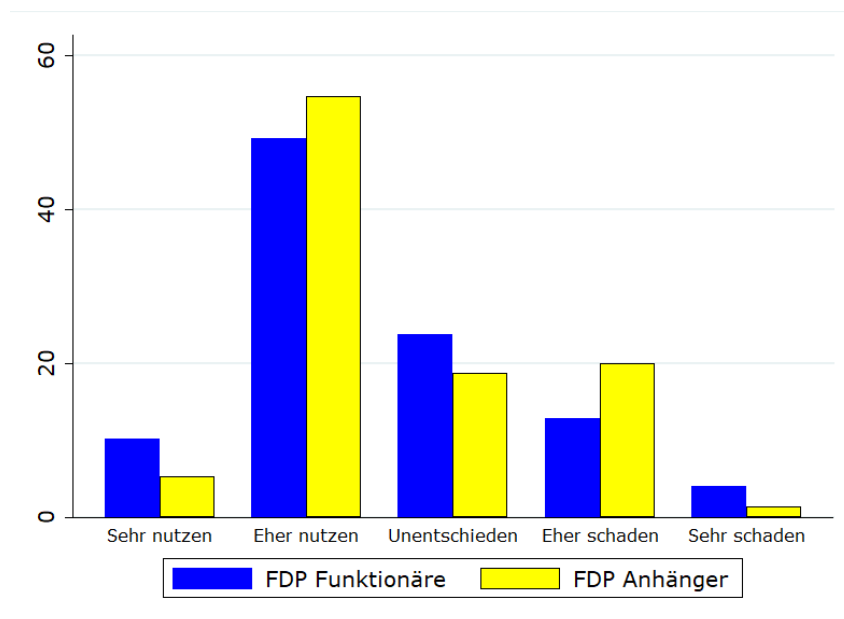
Abbildung 11: War es die richtige Entscheidung, die Sondierungsgespräche abubrechen?



Die Verhandlungen über eine mögliche Jamaika-Koalition endeten am späten Abend des 19. November 2017, als die FDP-Führung bekannt gab, dass sie sich aus den Sondierungsgesprächen zurückzieht. In der zweiten Auflage der FDP-Umfrage war es daher ein Anliegen, die Teilnehmer zu befragen, wie sie den Abbruch der Gespräche beurteilen.

Abbildung 11 zeigt die Antworten der FDP-Funktionäre und Anhänger auf die Frage, ob es die richtige Entscheidung der FDP-Führung war, die Sondierungsgespräche abubrechen. Eine deutliche Mehrheit von 82,8 Prozent der FDP-Funktionäre und 86,7 Prozent der FDP-Anhänger beantworteten die Frage mit ‚Ja, klar‘ oder ‚Eher ja‘. 11,9 und 10,7 Prozent der FDP-Funktionäre und -Anhänger waren der Meinung, dass der Abbruch eine falsche Entscheidung war.

Abbildung 12: Langfristige Auswirkungen des Jamaika-Scheiterns für die FDP

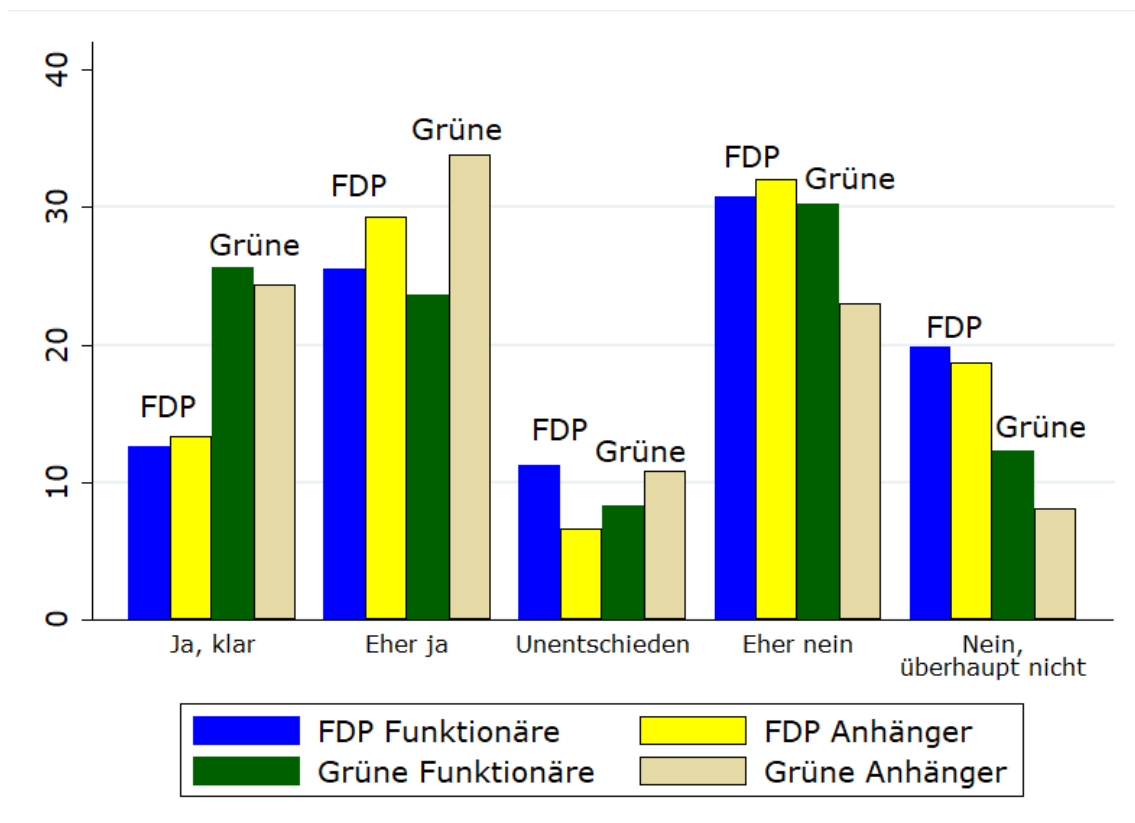


Wie wir in Abbildung 12 sehen, ging auch eine Mehrheit von 59,4 bzw. 60 Prozent der FDP-Funktionäre und -Anhänger davon aus, dass der Abbruch der FDP langfristig eher oder sehr nutzen wird. Lediglich 16,8 Prozent der Funktionäre und 21,3 Prozent der Anhänger glaubten, dass das Jamaika-Scheitern der FDP langfristig eher oder sehr schaden wird.

Zum Zeitpunkt der zweiten FDP- und Bündnis 90/Die Grünen-Umfragen stand die Neuauflage der Großen Koalition noch in den Sternen und verschiedene Medien berichteten, dass sich der FDP-Vizevorsitzende, Wolfgang Kubicki, eine Wiederaufnahme der Verhandlungen vorstellen könnte, falls die Verhandlungen über eine Große Koalition scheitern sollten.

Abbildung 13 zeigt, wie die Funktionäre und Anhänger der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen diese Frage beurteilten. Eine Minderheit unter den FDP-Funktionären (38,1 Prozent) und FDP-Anhängern (42,7 Prozent) konnte sich eher oder sehr für den Kubicki-Vorschlag erwärmen. Jeweils 50,7 Prozent der FDP-Funktionäre und -Anhänger lehnte eine Wiederaufnahme der Jamaika-Verhandlungen eher oder sehr ab. Auf Seiten von Bündnis 90/Die Grünen fand der Vorschlag einer Wiederaufnahme hingegen eine Mehrheit: 49,3 Prozent der Grünen-Funktionäre war eher oder sehr der Meinung, dass die Verhandlungen wiederaufgenommen werden sollten, während 42,5 Prozent eher oder sehr dagegen waren. Bei den Grünen-Anhängern war die Zustimmung mit 58,1 Prozent bei einer Ablehnung von 31,1 Prozent noch größer.

Abbildung 13: Sollten die Jamaika-Verhandlungen wiederaufgenommen werden, falls die GroKo-Verhandlungen scheitern sollten?



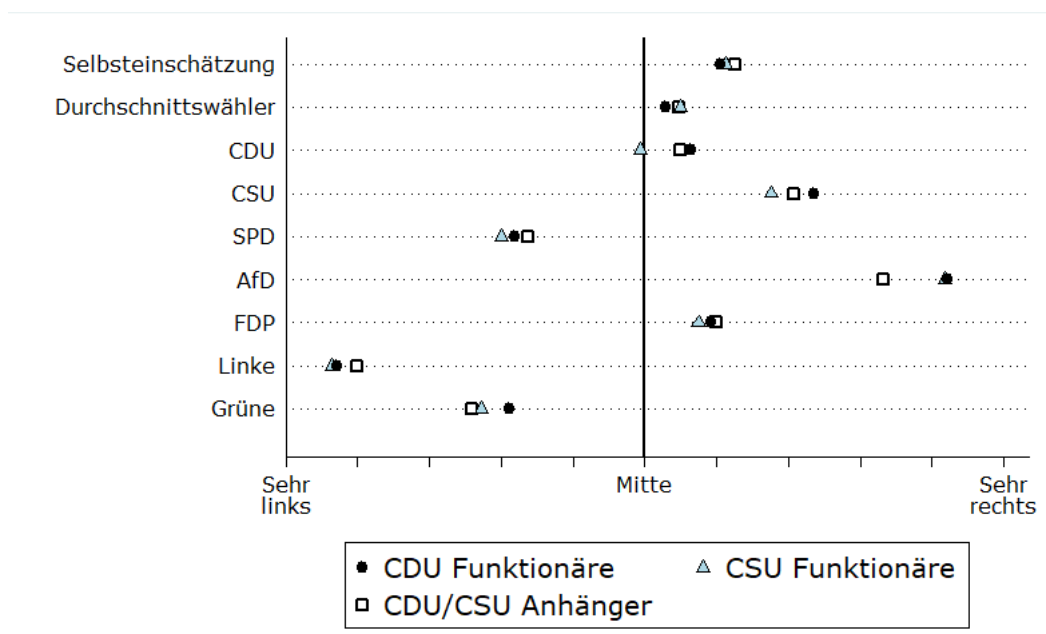
3.3 Programmatische Positionen der Befragten

In der jeweils ersten Befragung wurden drei Arten von Umfrage-Items verwendet, um die programmatische Nähe und die Positionen der Parteien zu messen. Erstens sollten die Teilnehmer sich selbst, den Durchschnittswähler und alle im Bundestag vertretenen Parteien auf einer Links-Rechts-Dimension von 0 (Sehr links) über 5 (Mitte) bis 10 (Sehr rechts) einordnen. Zweitens sollten die Teilnehmer angeben, was sie von den anderen Parteien auf einer Skala von 0 (Überhaupt nichts) über 5 (Neutral) bis 10 (Sehr viel) halten. Drittens bestand der Fragebogen aus mehreren unterschiedlichen Suggestivfragen, die mit „Stimme stark zu“, „Stimme zu“, „Weder noch“, „Lehne ab“ oder „Lehne stark ab“ beantwortet werden konnten, d. h. Werte von 0 bis 4 annehmen konnten. Es wurde darauf geachtet, dass ein Themengebiet mit einer ähnlichen Anzahl von Suggestivfragen in beide Richtungen abgedeckt wurde.

Im Folgenden werden die Links-Rechts-Platzierungen, die Beliebtheitsbewertungen und die programmatischen Positionen geordnet nach dem jeweiligen Zustimmungsggrad der Parteien graphisch dargestellt.

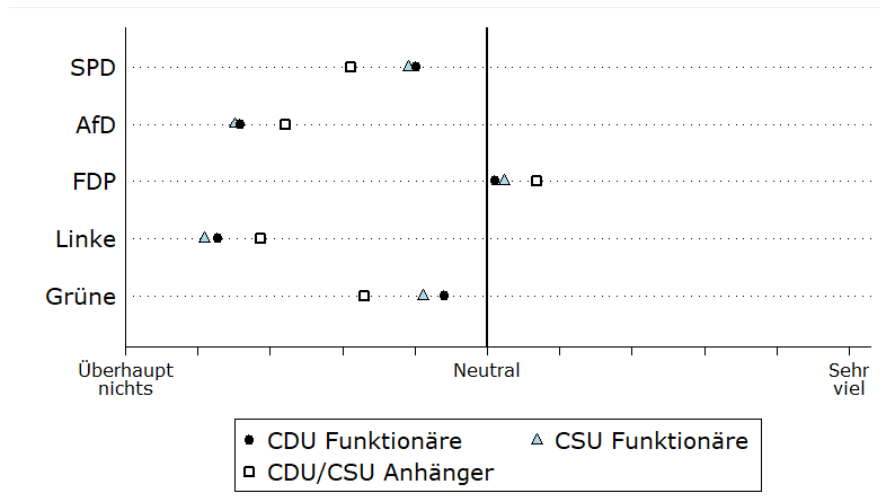
3.3.1 CDU/CSU

Abbildung 14: Links-Rechts-Platzierungen der CDU/CSU



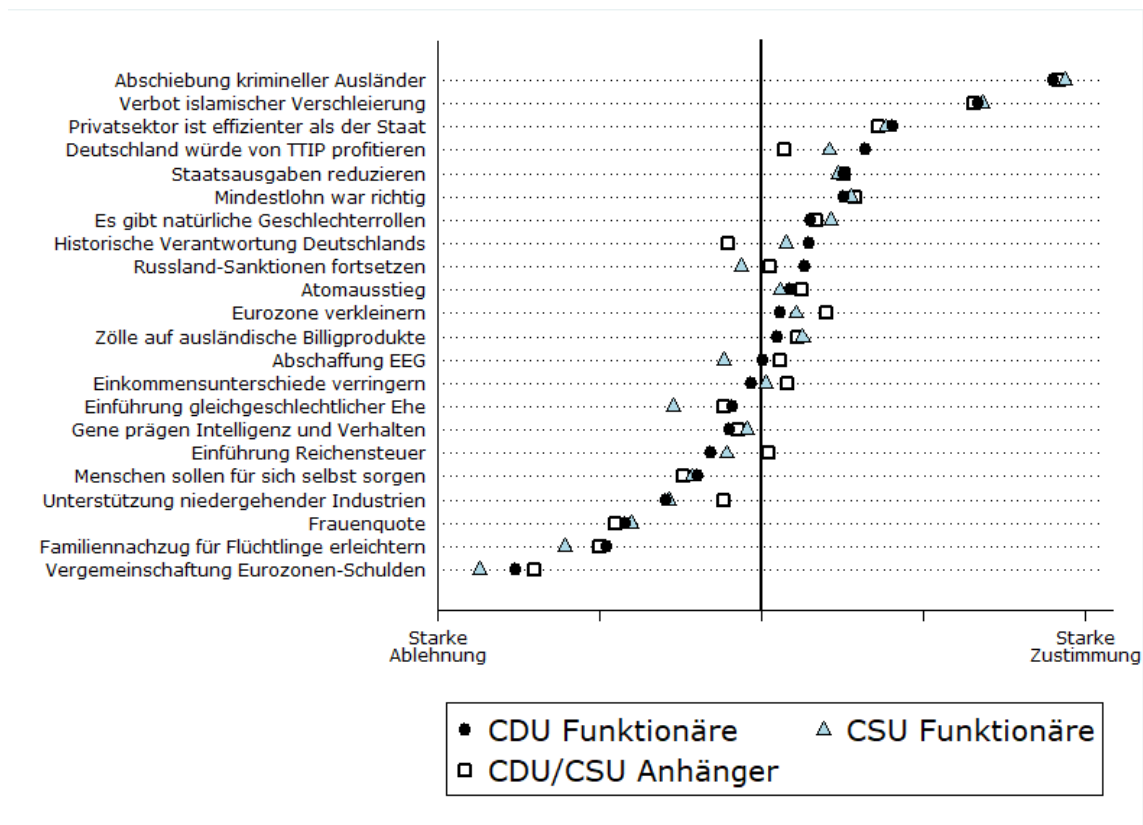
Die Links-Rechts-Platzierungen der CDU/CSU werden von Abbildung 14 dargestellt. Auf der Links-Rechts-Dimension ordnen sich die drei Unionsgruppen knapp rechts der Mitte ein. Die durchschnittlichen Werte sind dabei mit 6,0 (CDU Funktionäre), 6,1 (CSU Funktionäre) und 6,3 (CDU/CSU Anhänger) ähnlich. Signifikante Unterschiede existierten allerdings bei der Einordnung der CDU: Während CDU-Funktionäre mit 5,6 und CDU/CSU-Anhänger mit 5,5 die CDU signifikant linker als sich selbst einordneten, wurde die Partei von den CSU-Funktionären mit 4,9 sogar knapp links der Mitte eingeordnet. Die CSU wurde wiederum von den CDU-Funktionären (7,4) Unionsanhängern (7,1) signifikant rechter eingeordnet als von den CSU-Funktionären (6,8). Alle Unionsgruppen ordnen die CSU rechts von der CDU und von der Selbsteinschätzung ein. Die AfD wurde von den Unionsanhängern mit 8,3 als signifikant weniger rechts eingeordnet als bei den CDU/CSU-Funktionären (jeweils 9,2).

Abbildung 15: Beliebtheitsbewertungen der CDU/CSU



In Abbildung 15 werden die durchschnittlich vergebenen Beliebtheitspunkte von Seiten der CDU/CSU gezeigt. Der zukünftige Koalitionspartner SPD bekam bei den CDU und CSU Funktionären 4,0 bzw. 3,9. Bei den Unionsanhängern sind es mit 3,1 signifikant weniger. Die FDP war bei allen Unionsgruppen die beliebteste andere Partei mit Werten knapp über 5. Bei den CDU-Funktionären war Bündnis 90/Die Grünen auch signifikant beliebter als die SPD. Die unbeliebteste Partei bei den CDU/CSU Funktionären war Die Linke mit 2,3 bzw. 2,1 Beliebtheitspunkten. Bei den Unionsanhängern waren die Grünen und SPD signifikant unbeliebter und die AfD und Die Linke signifikant beliebter im Vergleich zu den Funktionären.

Abbildung 16: Verschiedene programmatische Positionen der CDU/CSU



In Abbildung 16 werden die programmatischen Positionen der CDU/CSU dargestellt. Die Abschiebung krimineller Ausländer und das Verbot islamischer Verschleierung stießen auf die größte Zustimmung, während die Vergemeinschaftung der Eurozonen-Schulden und der Familiennachzug für Flüchtlinge die stärkste Ablehnung hervorriefen. Des Weiteren fiel die Unterstützung für TTIP, Russland-Sanktionen, das EEG und die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe signifikant geringer bei den CSU-Funktionären als bei den CDU-Funktionären aus. Allerdings gab es bis auf die Russland-Sanktionen keine Frage, in der sich CDU und CSU in der durchschnittlichen Bewertung signifikant unterschieden. Die Durchschnittswerte für die Unionsanhänger waren vor allem in einigen Fragen, die eine generelle Unterstützung der freien Marktwirtschaft suggerieren (Freihandelsabkommen, Reichensteuer, Subventionen für niedergehende Industrien), signifikant geringer im Vergleich zu den CDU/CSU-Funktionären. Die durchschnittliche Abweichung für alle Items betrug 0,13 Punkte zwischen CDU und CSU Funktionären, 0,15 Punkte zwischen CDU-Funktionären und Unions-Anhängern und 0,16 Punkte zwischen CSU-Funktionären und Unions-Anhängern.

3.3.2 SPD

Abbildung 17: Links-Rechts-Platzierungen der SPD

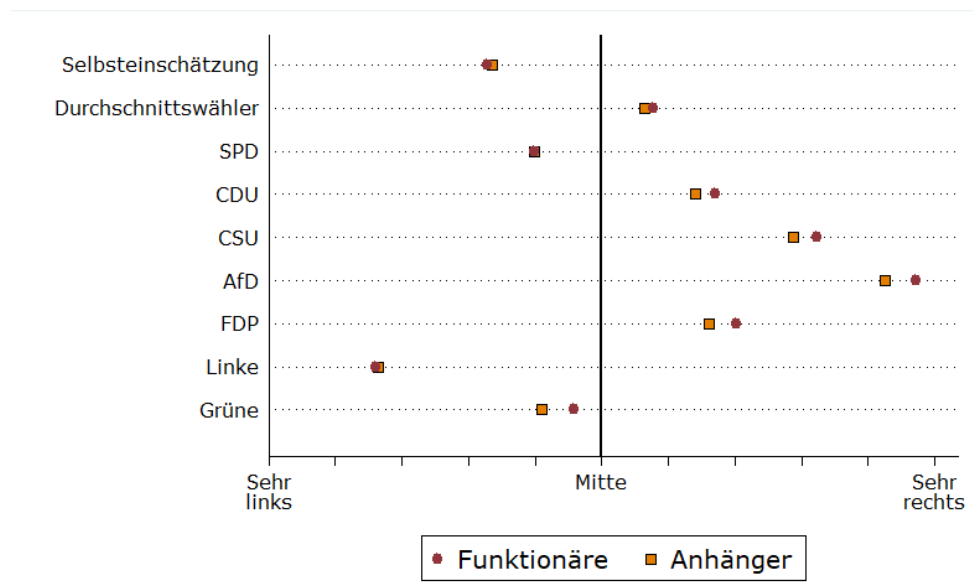


Abbildung 17 zeigt, dass sowohl die Selbsteinschätzung (3,3) als auch die Verortung der SPD (4,0) in der Links-Rechts-Dimension bei SPD-Funktionären und SPD-Anhängern im Durchschnitt identisch waren. SPD-Anhänger sahen die CDU, CSU, AfD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen als signifikant linker an als es die SPD-Funktionäre taten.

Sowohl Die Linke als auch Bündnis 90/Die Grünen waren beliebter als die CDU/CSU bei der SPD, wobei Die Linke bei den SPD-Anhängern die Nase vorn hatte und Bündnis 90/Die Grünen die beliebteste andere Partei bei den SPD-Funktionären war (Abbildung 18). Der Koalitionspartner CDU erhielt von den SPD-Funktionären und -Anhängern im Durchschnitt eine Bewertung von 3,6 bzw. 3,3, bei der CSU waren es lediglich 1,8 bzw. 2,0 – nur die AfD mit 0,3 bzw. 0,9 war noch unbeliebter bei der SPD. Abbildung 16 fasst diese Bewertungen graphisch zusammen.

Abbildung 18: Beliebtheitsbewertungen der SPD

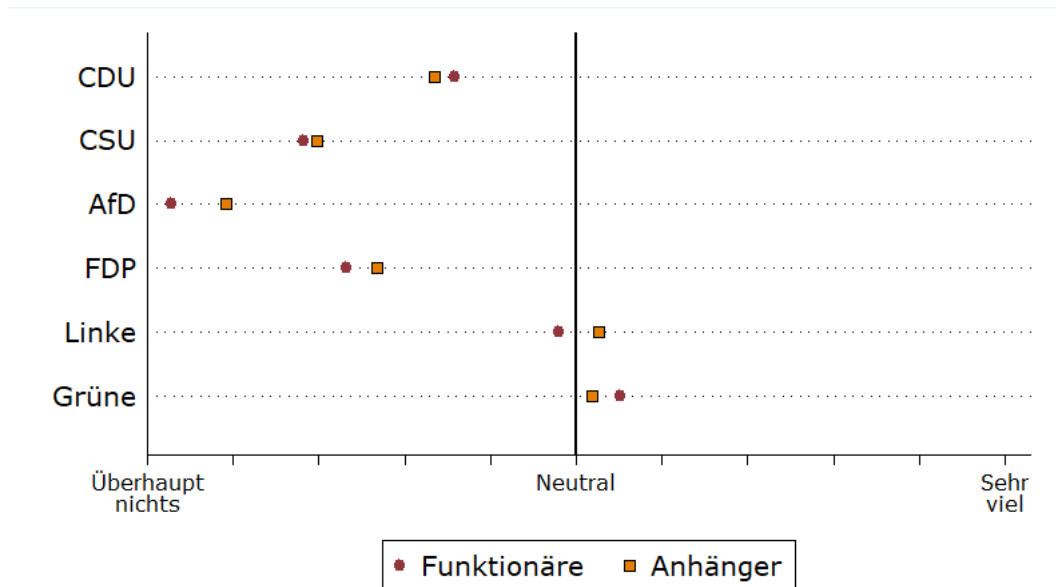
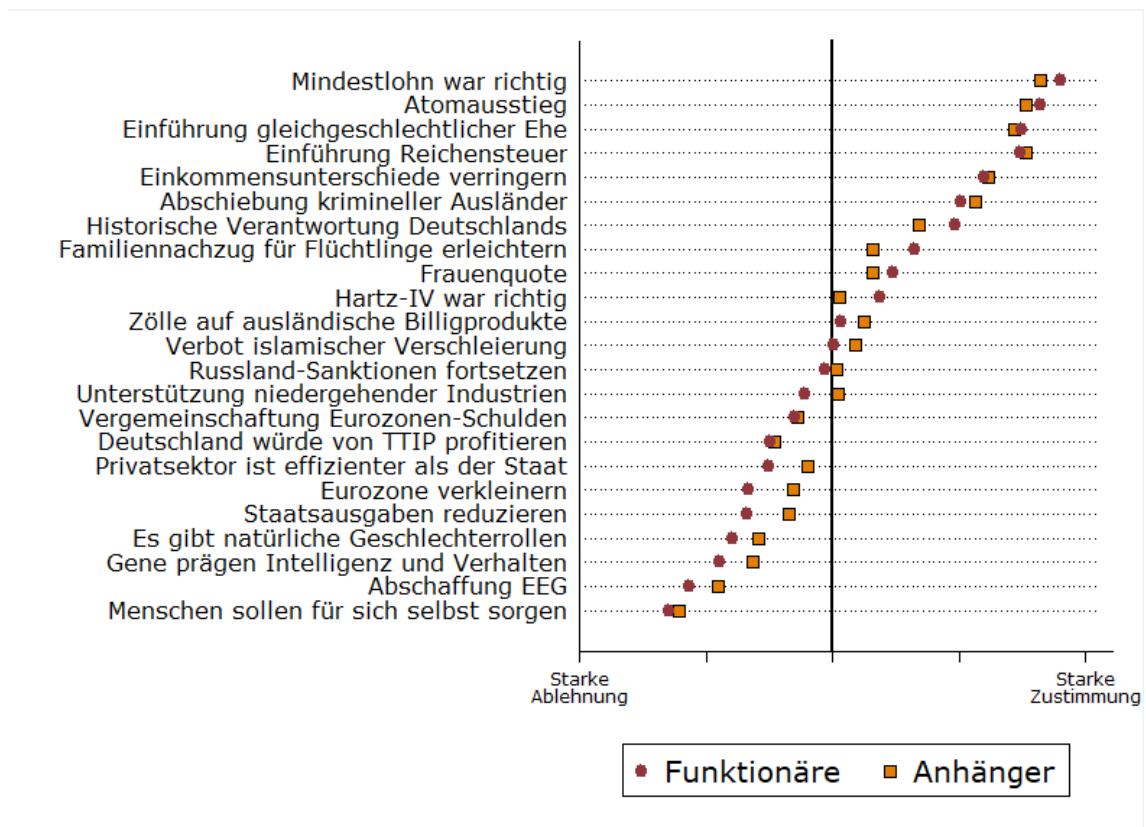


Abbildung 19: Verschiedene programmatische Positionen der SPD

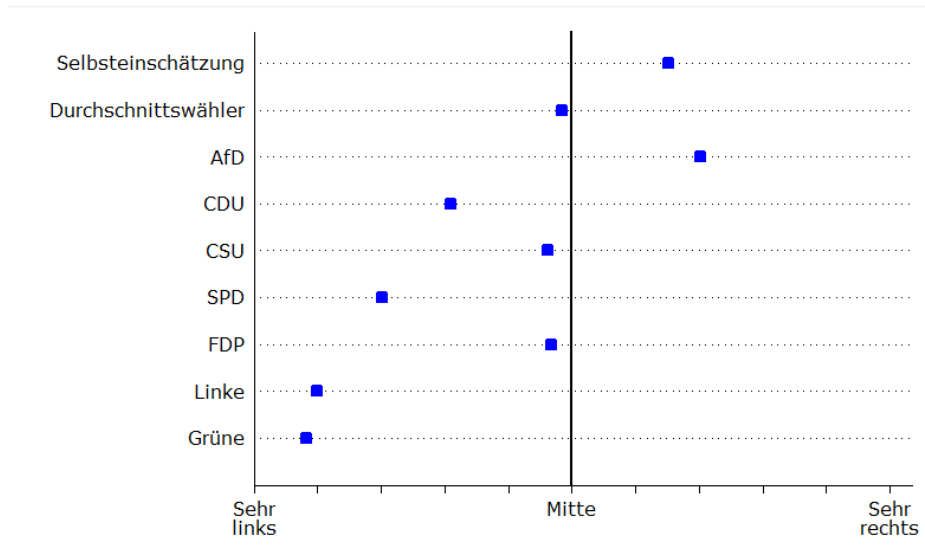


In Abbildung 19 sehen wir die verschiedenen programmatischen Positionen der SPD. Die höchsten Zustimmungsergebnisse wurden bei dem Mindestlohn, dem Atomausstieg, der gleichgeschlechtlichen Ehe und der Einführung einer Reichensteuer erzielt. Die größte Ablehnung bei den Sozialdemokraten gab es bei der Aussage, dass Menschen für sich selbst sorgen sollen und bei der Forderung nach der Abschaffung des

EEG. Signifikante Unterschiede zwischen SPD-Funktionären und -Anhängern gab es in einigen Fragen, wie z. B. beim Familiennachzug für Flüchtlinge, der Aussage, dass Hartz-IV richtig war, der Verkleinerung der Eurozone oder der Reduzierung der Staatsausgaben. Allerdings gab es keine Unterschiede in der grundsätzlichen Bewertung einer Aussage. Die durchschnittliche Abweichung für alle Items betrug 0,17 Punkte zwischen SPD-Funktionären und SPD-Anhängern.

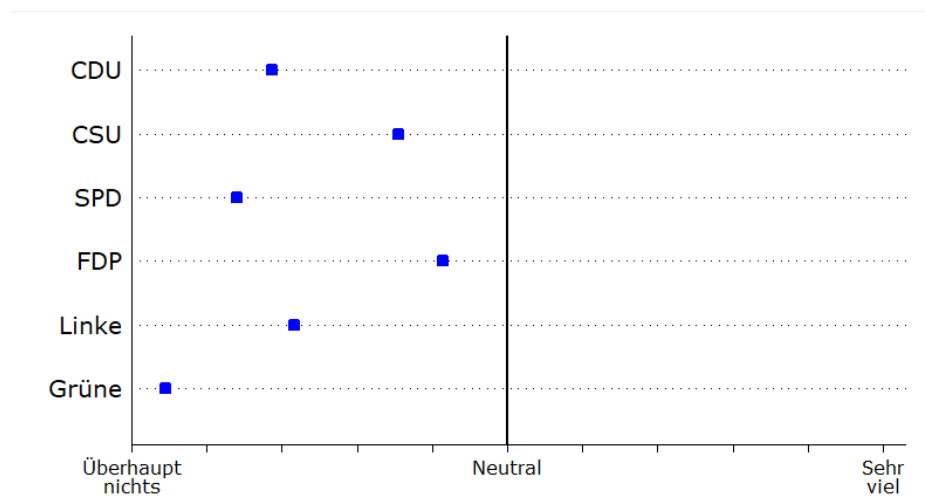
3.3.3 AfD

Abbildung 20: Links-Rechts-Platzierungen der AfD



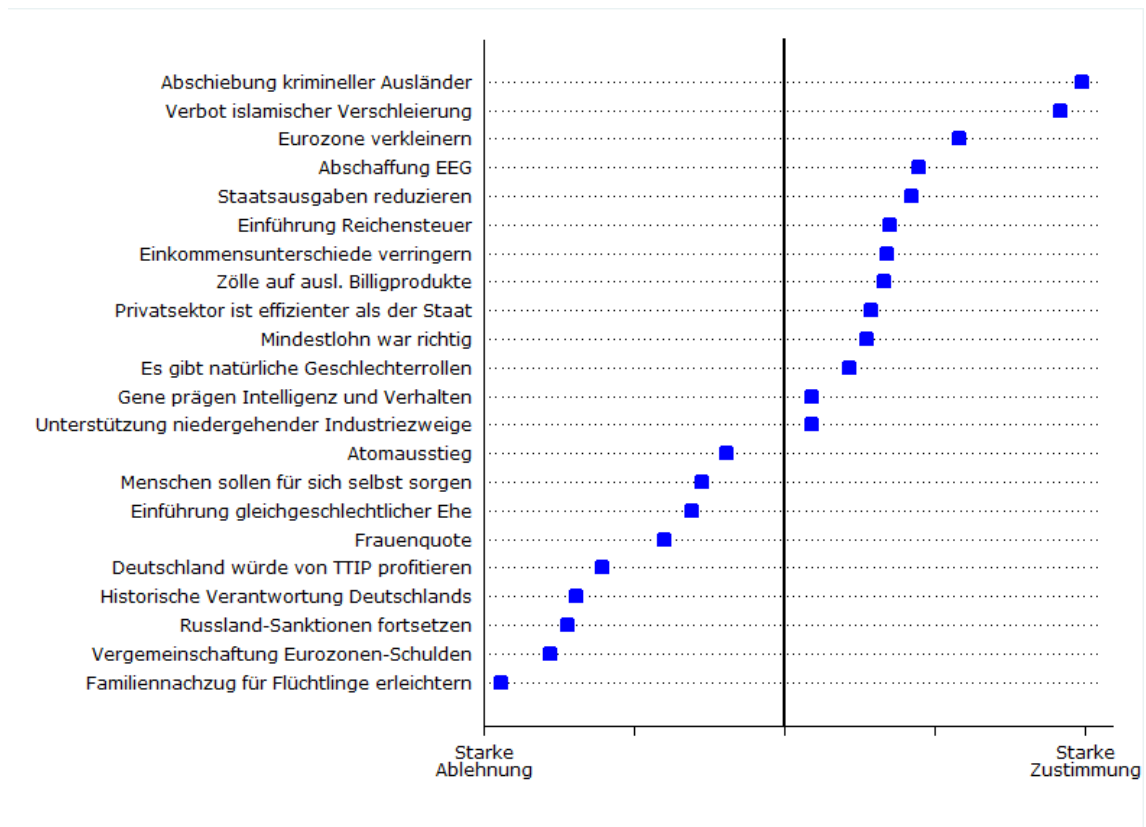
Die Abbildungen 20 bis 22 zeigen die Links-Rechts-Platzierungen, die Beliebtheitsbewertungen und die programmatischen Positionen der AfD-Anhänger. Die AfD-Anhänger sahen sich im Durchschnitt rechts der Mitte mit einem Wert von 6,5. Die AfD wurde signifikanter rechts von der Selbsteinschätzung mit einem Wert von 7,0 eingeordnet. Auffällig bei der Einordnung ist, dass AfD-Anhänger alle anderen Parteien und den Durchschnittswähler links der Mitte einordnen.

Abbildung 21: Beliebtheitsbewertungen der AfD



Insgesamt wurden alle anderen Parteien von den AfD-Anhängern als negativ bewertet. Die relativ beliebteste andere Partei war die FDP mit 4,1, gefolgt von der CSU mit 3,6. Die Linke wird mit durchschnittlich 2,2 signifikant höher bewertet als die CDU mit 1,9. Das Schlusslicht waren die Grünen mit 0,5 Beliebtheitspunkten.

Abbildung 22: Verschiedene programmatische Positionen der AfD

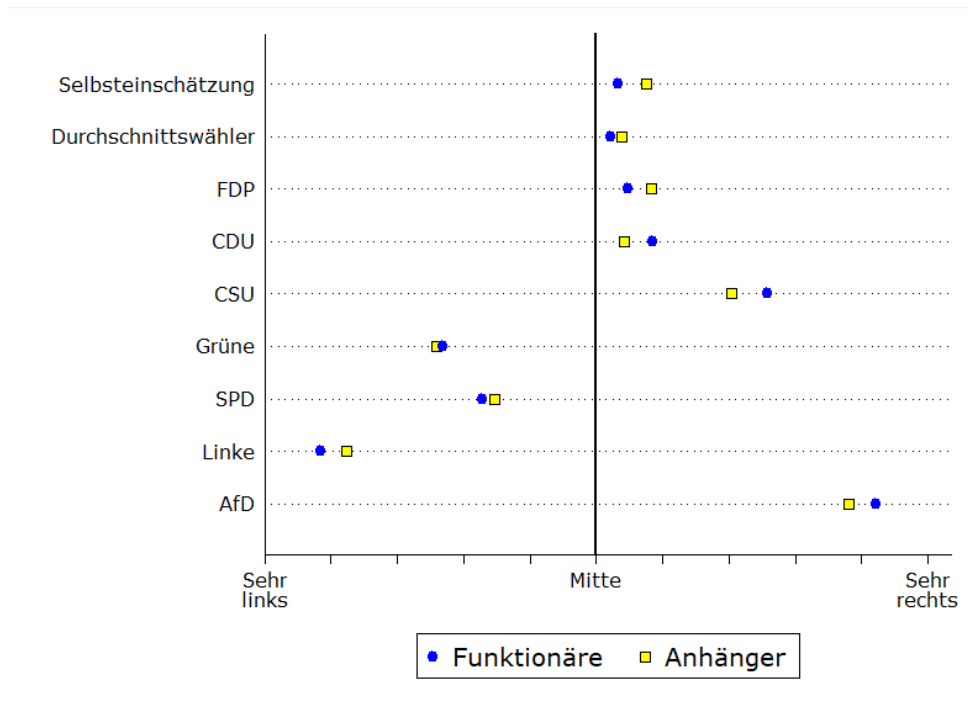


Bei den programmatischen Positionen gab es die größte Zustimmung unter den AfD-Anhängern für die Abschiebung krimineller Ausländer, dem Verbot islamischer Verschleierung und der Ablehnung des Familiennachzugs für Flüchtlinge. Auch in einigen außenpolitischen Fragen bestand große Einigkeit innerhalb der AfD-Anhängerschaft (Eurozone verkleinern, keine Vergemeinschaftung der Eurozonen-Schulden, Russland-Sanktionen beenden).

3.3.4 FDP

Die Links-Rechts-Platzierungen der FDP werden von Abbildung 23 dargestellt. Die FDP-Funktionäre ordnen sich im Durchschnitt mit 5,3 in die Skala ein, während sich die FDP-Anhängerschaft mit einem Wert von 5,7 signifikanter rechts sah. Die FDP-Anhänger platzieren auch die FDP mit 5,8 signifikanter weiter rechts als die FDP-Funktionäre (5,5). Signifikante Unterschiede bestanden des Weiteren noch für die CDU, CSU und AfD, die von den FDP-Anhängern als signifikant linker in der Skala eingeordnet wurden relativ zu den FDP-Funktionären.

Abbildung 23: Links-Rechts-Platzierungen der FDP



Wie Abbildung 24 zeigt, war die CDU die beliebteste Partei bei den FDP-Funktionären mit einem positiven Wert von 5,4 Beliebtheitspunkten. Es folgten bei den FDP-Funktionären die SPD (4,0), Bündnis 90/Die Grünen (3,9) und die CSU (3,8), die sich allerdings nicht signifikant in ihrer Beliebtheit voneinander unterscheiden. Bei allen zu bewerteten Parteien gab es signifikante Unterschiede zwischen Funktionären und Anhängern. Die CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen waren beliebter bei den FDP-Funktionären, während bei den FDP-Anhängern relativ höhere Beliebtheitspunkte für die CSU, AfD und Die Linke vergeben wurden.

Abbildung 24: Beliebtheitsbewertungen der FDP

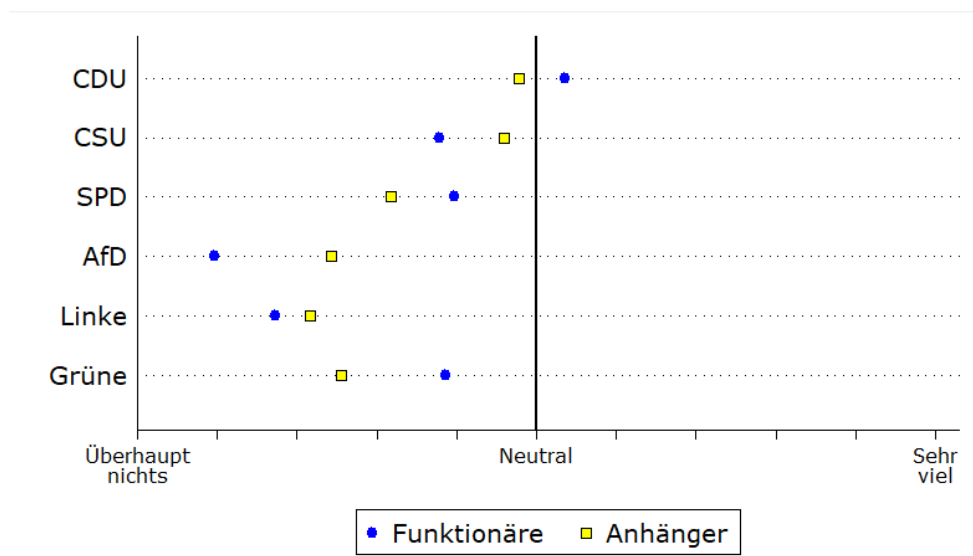
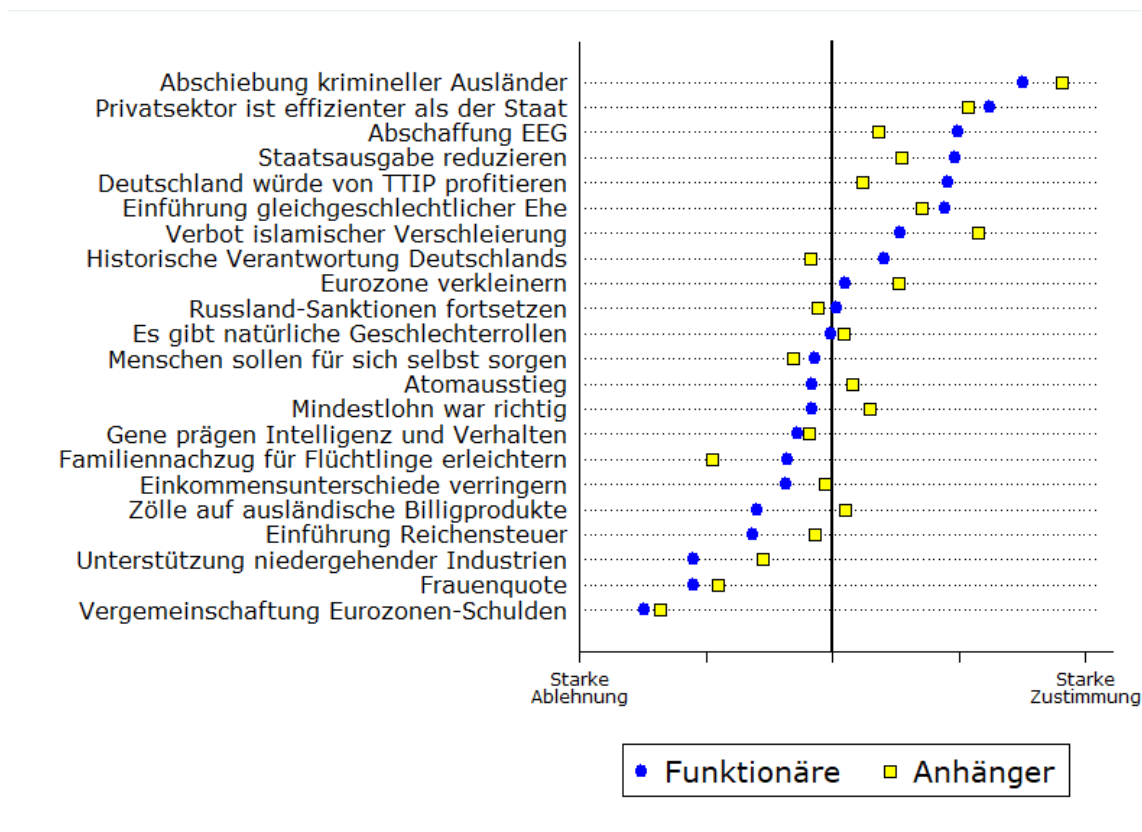


Abbildung 25: Verschiedene programmatische Positionen der FDP



Bei den programmatischen Positionen der FDP (Abbildung 25) erhielten die Abschiebung krimineller Ausländer und die Aussage, dass der Privatsektor effizienter als der Staat sei die größten Zustimmungsraten bei den FDP-Funktionären und -Anhängern, während es die höchsten Ablehnungsraten für die Vergemeinschaftung der Eurozonen-Schulden und für die Einführung einer allgemeinen Frauenquote gab. In der Mehrzahl der Fragen existierten signifikante Unterschiede zwischen den Funktionären und den Anhängern der FDP. Die Anhänger unterschieden sich auch in einigen Fragen in der grundsätzlichen Bewertung von den Funktionären: Während die Anhänger im Durchschnitt die Aussage, dass die Deutschen aufgrund ihrer Vergangenheit eine besondere Verantwortung gegenüber den anderen Völkern hätten verneinte, wurde diese Frage im Durchschnitt von den Funktionären bejaht. Den Atomausstieg, den Mindestlohn und die Einführung von Zöllen auf ausländische Billigprodukte befürworteten die FDP-Anhänger im Durchschnitt, während die FDP-Funktionäre diese Aussagen ablehnten. Die durchschnittliche Abweichung für alle Items betrug 0,38 Punkte zwischen FDP-Funktionären und FDP-Anhängern und war somit die höchste Abweichung zwischen Funktionären und Anhängern einer Partei im Datensatz.

3.3.5 Die Linke

Die Abbildungen 26 bis 28 zeigen die Links-Rechts-Platzierungen, die Beliebtheitsbewertungen und die programmatischen Positionen der Linke-Anhänger. Die Anhänger sahen sich im Durchschnitt auf der Links-Rechts-Skala bei 2,7 – die Partei Die Linke wurde signifikant weiter links bei 1,9 eingestuft. Die SPD wurde mit 5,0 exakt in der Mitte verortet. Keine andere Partei wurde von den Anhängern der Linke positiv bewertet. Die SPD war mit durchschnittlich 4,2 Beliebtheitspunkten an erster Stelle, der Unterschied zu Bündnis 90/Die Grünen mit 3,8 Beliebtheitspunkten war allerdings nicht signifikant. Am unbeliebtesten waren die AfD mit 2,4 und die CSU mit 2,9 – auch hier ist der Unterschied nicht signifikant.

Abbildung 26: Links-Rechts-Platzierungen der Linke

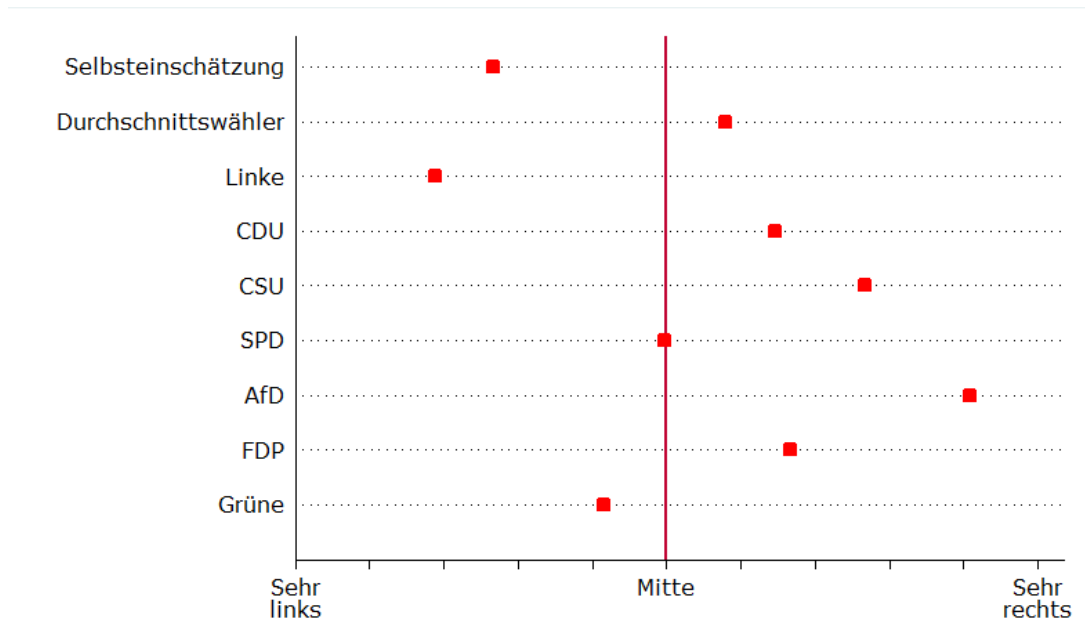
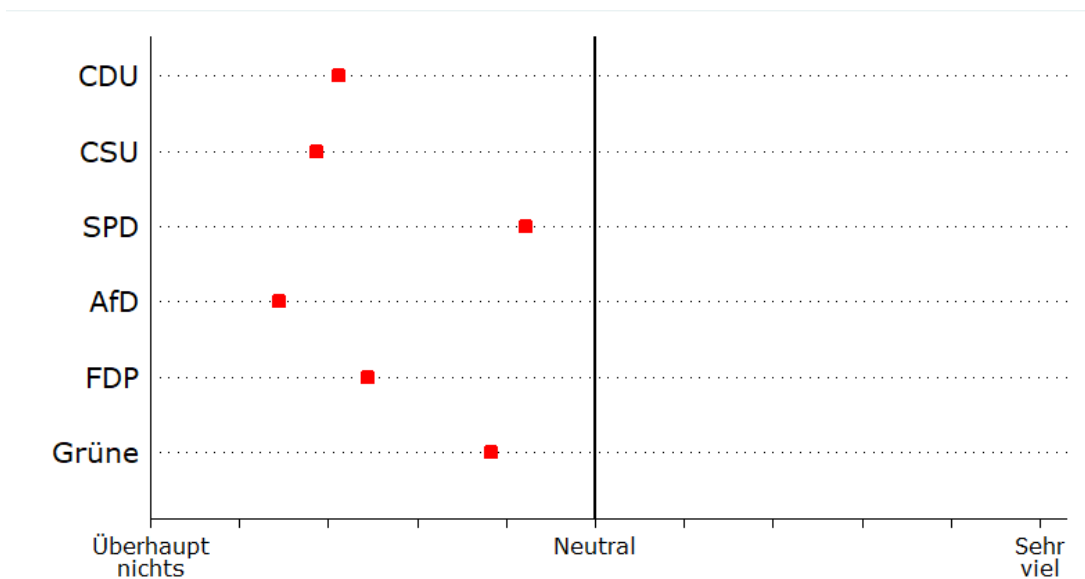
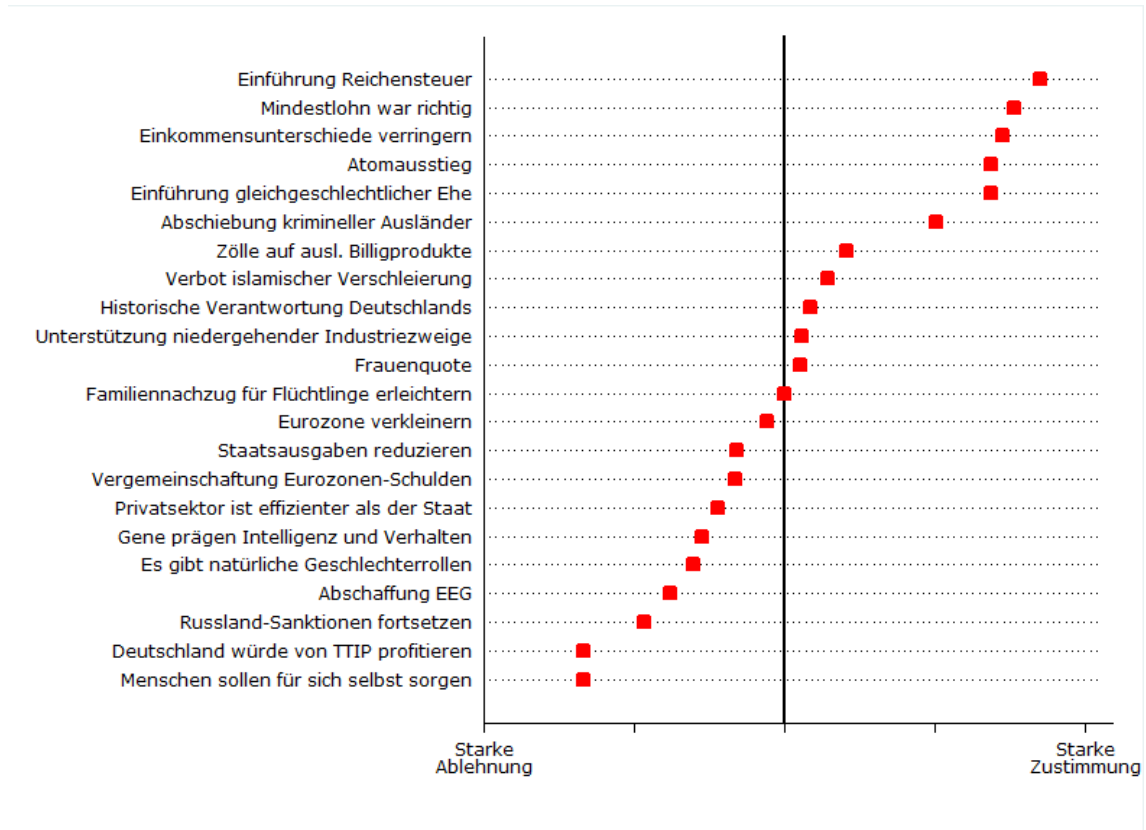


Abbildung 27: Beliebtheitsbewertungen der Linke



Bei den programmatischen Positionen gab es die größte Zustimmung unter den Linke-Anhängern bei diversen Fragen zur sozialen Gerechtigkeit (Einführung Reichensteuer, Mindestlohn, Einkommensunterschiede verringern, Ablehnung der Aussage, dass Menschen für sich selbst sorgen sollen). Des Weiteren stieß auch der Atomausstieg, die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe und die Abschiebung krimineller Ausländer auf große Zustimmung bei den Anhängern der Linken, während sowohl das Freihandelsabkommen TTIP als auch die Russland-Sanktionen auf starke Ablehnung stießen.

Abbildung 28: Verschiedene programmatische Positionen der Linke



3.3.6 Bündnis 90/Die Grünen

Abbildung 29: Links-Rechts-Platzierungen von Bündnis 90/Die Grünen

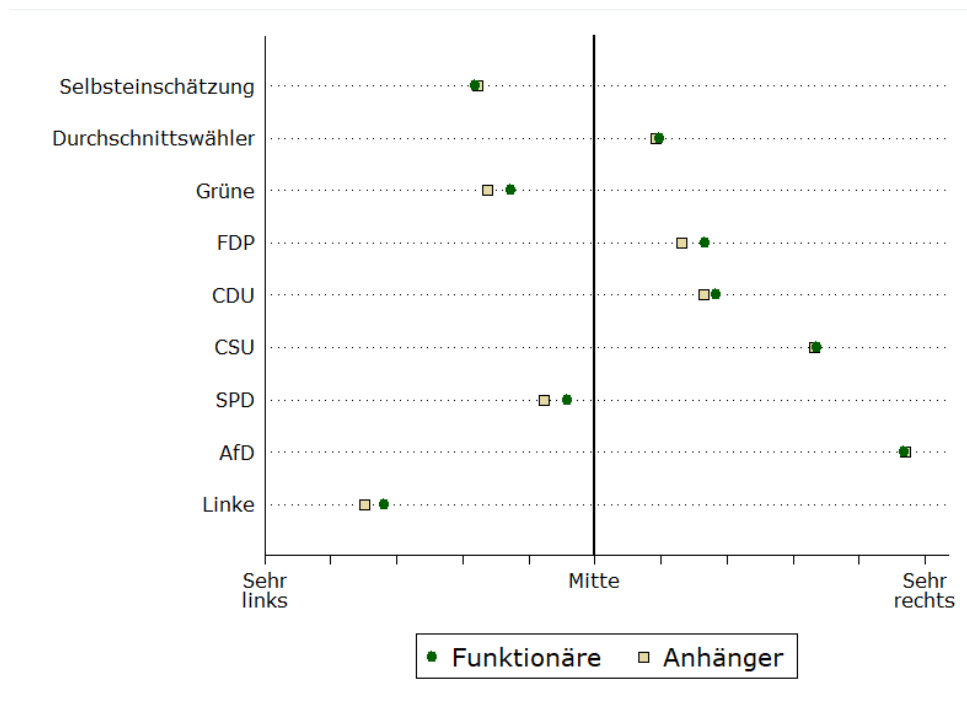
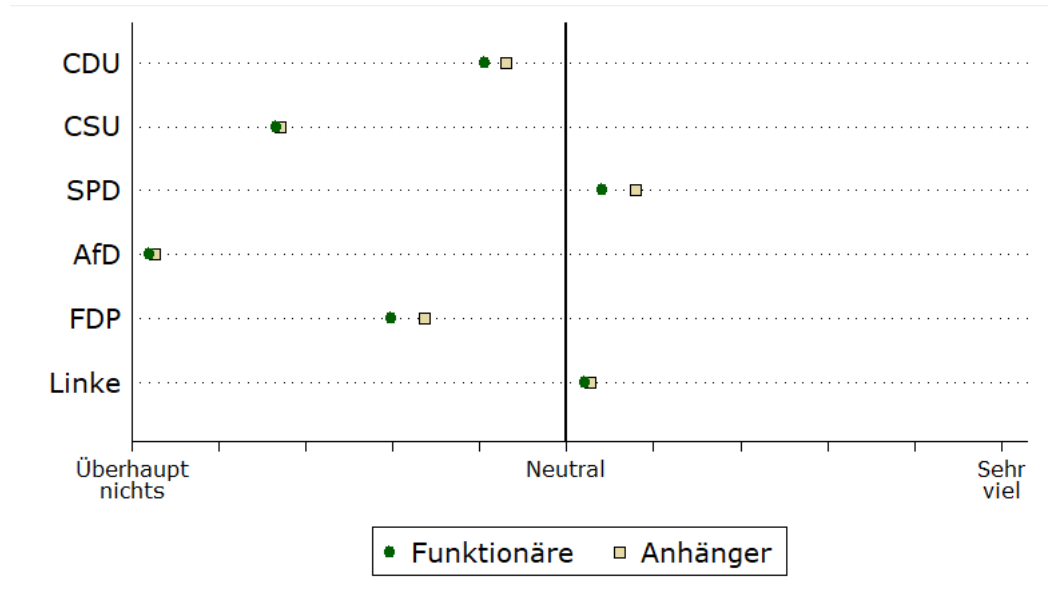


Abbildung 29 zeigt die Links-Rechts-Platzierungen von Bündnis 90/Die Grünen. Sowohl Funktionäre als auch Anhänger ordneten sich mit 3,2 links im Parteienspektrum ein. Die eigene Partei wurde von den Grünen-Anhängern im Durchschnitt bei 3,4 gesehen. Bei den Funktionären war die Einordnung mit 3,7 signifikant rechter. Die Jamaika-Verhandlungspartner FDP und CDU wurden von den Grünen-Funktionären ähnlich bei 6,7 und 6,8 gesehen, die CSU weiter rechts bei 8,4.

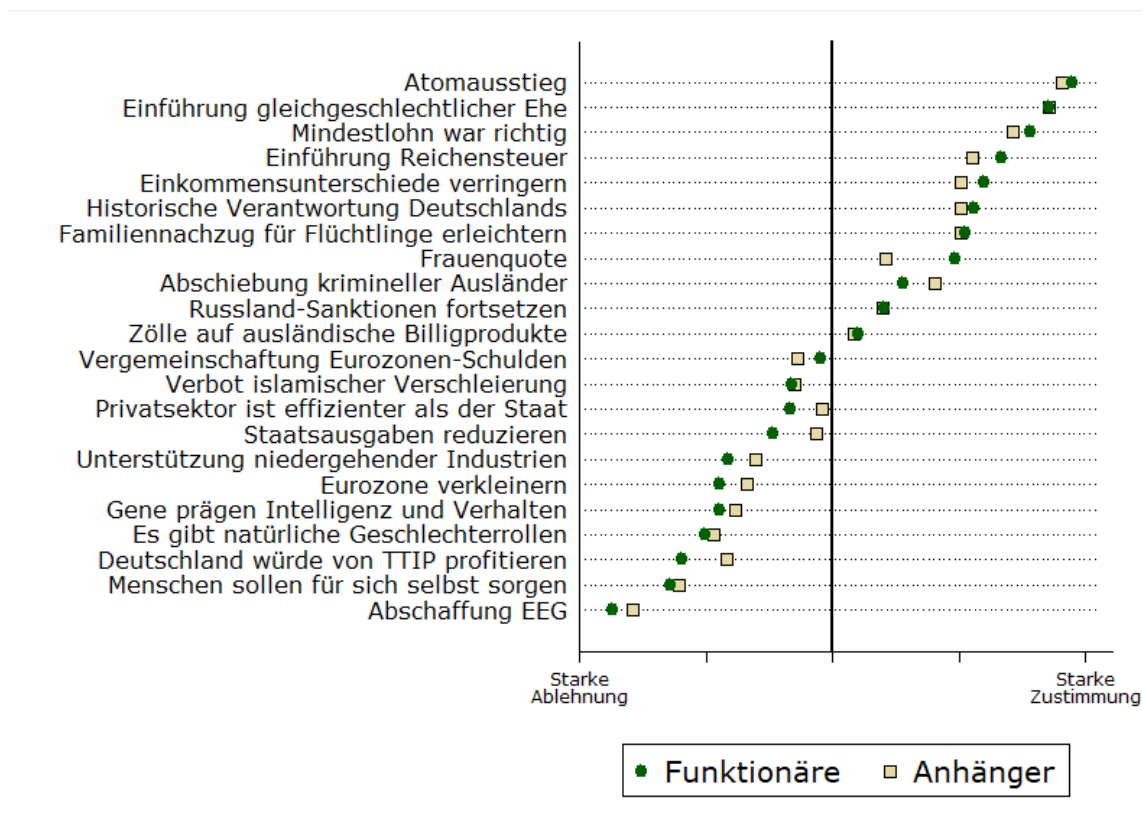
Abbildung 30: Beliebtheitsbewertungen von Bündnis 80/Die Grünen



Sowohl die SPD als auch Die Linke wurden von den Grünen im Durchschnitt leicht positiv gesehen (Abbildung 30). Alle Jamaika-Verhandlungspartner wurden negativ gesehen, wobei die CDU die relativ beliebteste Partei ist, gefolgt von der FDP und der CSU. Die AfD war mit 0,2 Beliebtheitspunkten bei den Grünen-Funktionären bzw. mit 0,3 bei den Grünen-Anhängern am unbeliebtesten.

Wie in Abbildung 31 zu sehen, genoss der Atomausstieg die höchste Zustimmung unter den Grünen, gefolgt von der Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe und des Mindestlohns. Die Abschaffung des EEG wurde am stärksten abgelehnt. Auch die Aussagen, dass Menschen für sich selbst sorgen sollen und dass Deutschland von TTIP profitieren würde, stießen auf wenig Gegenliebe. Zwischen den Funktionären und Anhängern gab es keine Unterschiede in der grundsätzlichen Bewertung einer Frage, allerdings gab es einige signifikante Unterschiede, vor allem bei der Einführung einer allgemeinen Frauenquote, die relativ stärker unter den Funktionären befürwortet wurde als bei den Anhängern der Grünen. Die durchschnittliche Abweichung für alle Items betrug 0,16 Punkte zwischen Funktionären und Anhängern der Grünen.

Abbildung 31: Verschiedene programmatische Positionen von Bündnis 90/Die Grünen



3.3.7 Fazit

Vergleicht man die Einordnungen und Positionen im gesamten Parteienspektrum, dann lassen sich folgende Beobachtungen machen: Erstens konzentrierten sich die Selbsteinschätzungen der Teilnehmer in der Nähe der politischen Mitte im Vergleich zu den Einordnungen durch die Funktionäre der jeweils anderen Parteien. Die Werte reichten von 2,7 (Linke-Anhänger) und 3,2 (Grüne-Funktionäre) bis 6,3 (Union-Anhänger) und 6,5 (AfD-Anhänger). Das heißt, dass die Teilnehmer dazu tendieren, ihre Position eher als moderat einzuschätzen. Zweitens wurde der Durchschnittswähler von allen Gruppen bis auf die AfD-Anhänger (4,8) im Durchschnitt als leicht rechts der Mitte eingeordnet. Die Werte reichten von 5,2 (FDP-Funktionäre) und 5,3 (CDU-Funktionäre) bis 5,9 und 6,0 (Grüne-Anhänger und -Funktionäre).

Drittens korreliert die Einordnung der verschiedenen Parteien stark mit den eigenen ideologischen Ansichten. Parteien mit größeren programmatischen Differenzen wurden tendenziell von beiden Seiten als radikaler eingestuft. Die Einordnung der CDU reicht von 3,1 (AfD-Anhänger) und 4,9 (CSU-Funktionäre) bis 6,7 (SPD-Funktionäre und Grüne-Anhänger) und 6,8 (Grüne-Funktionäre), während CDU-Funktionäre und Unionsanhänger die Partei bei 5,3 bzw. 5,5 sahen. Bei der CSU reicht das Spektrum von 4,6 (AfD-Anhänger) bis zu 8,3 (SPD-Funktionäre und Grüne-Anhänger) und 8,4 (Grüne-Funktionäre). Die Werte für die SPD reichten von 2,0 (AfD-Anhänger) bis 5,0 (Linke-Anhänger), bei der FDP reichten die Werte von 4,7 (AfD-Anhänger) bis 7,0 (SPD-Funktionäre) und die Grünen wurden bei Werten von 0,8 (AfD-Anhänger) bis 4,6 (SPD-Funktionäre) gesehen. Bei den Einordnungen der AfD und der Linken gab es eine kleinere Spannweite und die Einordnung der eigenen Anhänger war die moderateste. Von den anderen Parteien wurde die AfD

bei Werten zwischen 8,3 (Unionsanhänger) und 9,7 (SPD- und Grüne-Funktionäre) gesehen; die AfD-Anhänger platzierten ihre Partei bei 7,0. Die Platzierung der Linke reichte von 0,6 und 0,7 (CSU- und CDU-Funktionäre) bis 1,8 (Grüne-Funktionäre). Die Linke-Anhänger sahen ihre eigene Partei bei 1,9.

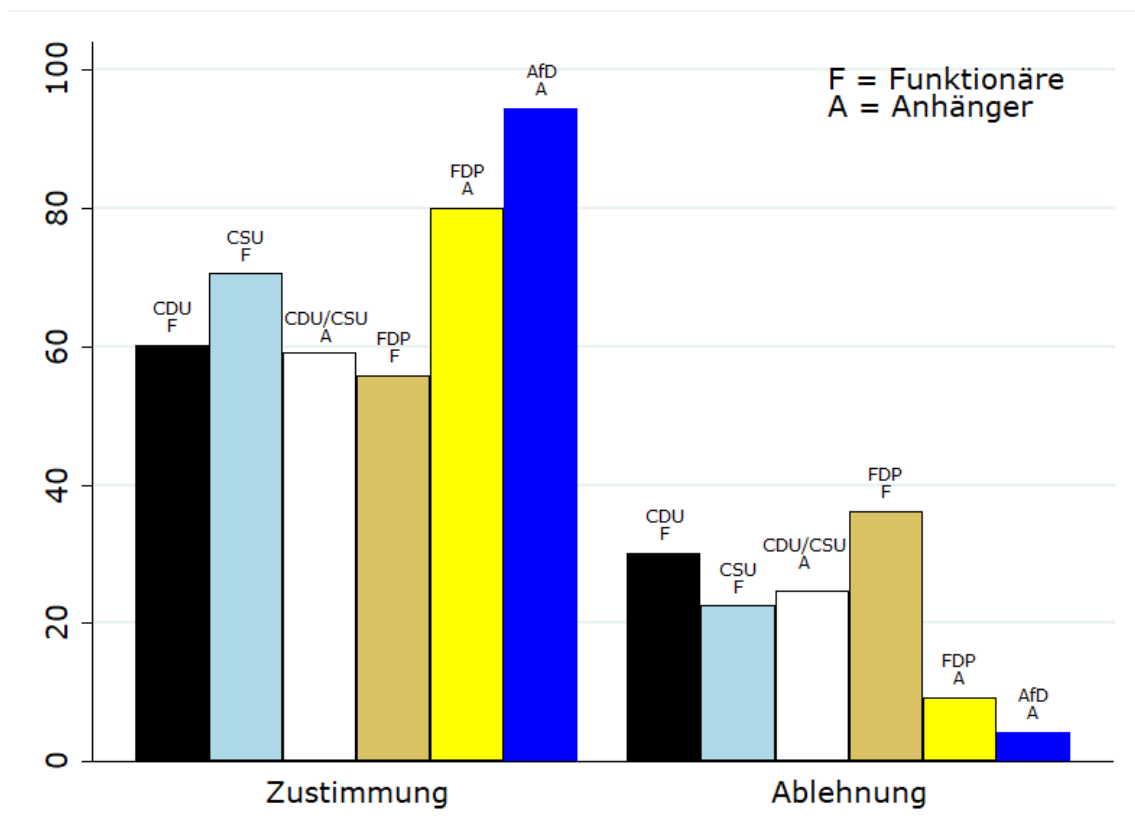
Viertens sahen Anhänger von Parteien im linken Spektrum des Parteiensystems (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke) eine signifikant größere Distanz zwischen dem Durchschnittswähler und der eigenen Position bzw. der Position der eigenen Partei. So betrug die durchschnittliche selbst-diagnostizierte Distanz zwischen dem Durchschnittswähler und der eigenen Position (eigene Partei) 3,1 (3,9) bei Anhängern von Die Linke, 2,8 (2,3) bei Grünen-Funktionären, 2,7 (2,5) bei Grünen-Anhängern, 2,5 (1,8) bei SPD-Funktionären und 2,3 (1,6) bei SPD-Anhängern. Im Vergleich dazu fielen die Werte für Teilnehmer von Parteien rechts der Mitte geringer aus: 0,1 (0,3) bei den FDP-Funktionären, 0,4 (0,4) bei den FDP-Anhängern, 0,6 (1,3) bei den CSU-Funktionären, 0,8 (0,4) bei den CDU-Anhängern, 0,8 (0,8) bei den Unionsanhängern und 1,7 (2,1) bei den AfD-Anhängern.

Fünftens existierte eine größere Überschneidung bei den programmatischen Suggestivfragen bei den Parteien links der Mitte. Die Items Einführung einer Reichensteuer, Mindestlohn, Einkommensunterschiede verringern, Atomausstieg und Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe landeten bei der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen unter den fünf Items mit der größten Zustimmung. Die Items „Menschen sollen für sich selbst sorgen“, „Abschaffung des EEG“ und die Aussage, es gibt natürliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen, welche zu unterschiedlichen Geschlechterrollen in der Gesellschaft führen, gehören bei diesen drei Parteien zu den fünf Items mit der größten Ablehnung. Lediglich bei den Russland-Sanktionen und dem Familiennachzug für Flüchtlinge gab es größere und grundsätzliche Unterschiede zwischen den Befragten von SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Die durchschnittliche Abweichung für alle Items betrug 0,29 Punkte zwischen SPD- und Grüne-Funktionären, 0,35 Punkte zwischen SPD-Funktionären und Linke-Anhängern und 0,51 Punkte zwischen Grüne-Funktionären und Linke-Anhängern.

Rechts der Mitte gab es zwar auch bei CDU/CSU, der AfD und der FDP ähnlich hohe Zustimmung- oder Ablehnungsraten für einige Items, z. B. bei der Reduzierung von Staatsausgaben, der Abschiebung krimineller Ausländer oder bei der Ablehnung der Vergemeinschaftung der Eurozonen-Schulden oder einer allgemeinen Frauenquote. Allerdings gibt es auch deutliche Unterschiede. Während TTIP eine starke Zustimmung unter den Befragten der CDU/CSU und FDP genoss, stieß TTIP auf starke Ablehnung bei den AfD-Anhängern; die gleichgeschlechtliche Ehe stößt bei den Befragten von CDU/CSU und AfD auf Ablehnung, während sich die Mehrheit der FDP-Funktionäre und -Anhänger für die gleichgeschlechtliche Ehe ausspricht. Die durchschnittliche Abweichung für alle Items reichte von 0,42 Punkte zwischen CDU- und FDP-Funktionären bis 0,89 Punkte zwischen FDP-Funktionären und AfD-Anhängern.

Obwohl eine Koalition zwischen CDU/CSU, FDP und AfD von allen Parteien im Voraus ausgeschlossen wurde, war eine Mehrheit der Befragten dieser Parteien der Meinung, dass die Parteien zumindest in der Flüchtlingsfrage programmatisch im Bundestag zusammenarbeiten sollten. Abbildung 32 zeigt die graphische Aufschlüsselung nach Parteien für die Frage an, ob CDU/CSU, AfD und FDP gemeinsam den Familiennachzug von Flüchtlingen über März 2018 hinaus aussetzen sollten, falls keine andere Mehrheit im Bundestag möglich ist. Die stärkste Zustimmung existierte bei den AfD-Anhängern, die die Frage zu 94,3 Prozent mit „Ja, auf jeden Fall“ oder „Eher ja“ beantworteten. Die grundsätzliche Zustimmung betrug 80 Prozent bei den FDP-Anhängern, 70,5 Prozent bei den CSU-Funktionären, 60,1 Prozent bei den CDU-Funktionären, 59 Prozent bei den Unions-Anhängern und 55,8 Prozent bei den FDP-Funktionären. Die allgemeine Ablehnung („Eher nein“ oder „Nein, auf keinen Fall“ Antworten) lag bei den AfD-Anhängern bei 4,3 Prozent, bei den CSU-Funktionären bei 22,5 Prozent, bei den FDP-Anhängern bei 9,3 Prozent, bei den Unions-Anhängern bei 24,6 Prozent, bei den CDU-Funktionären bei 30,1 Prozent und bei den FDP-Funktionären bei 36,2 Prozent.

Abbildung 32: Sollten CDU/CSU, AfD und FDP gemeinsam den Familiennachzug von Flüchtlingen über März 2018 hinaus aussetzen, falls keine andere Mehrheit im Bundestag möglich ist?



Sechstens waren die programmatischen Überschneidungen zwischen den Parteien der Jamaika- und GroKo-Koalitionsverhandlungen geringer als in den vorherigen Vergleichen. Die durchschnittliche Abweichung für alle Items für SPD-Funktionäre betrug 1,06 Punkte bzw. 1,09 Punkte mit Funktionären der CDU und CSU. Für Jamaika waren die Abweichungen noch größer im Falle der Grünen-Funktionäre. Die Unterschiede betragen 1,21 Punkte zur CDU, 1,26 Punkte zur CSU und 1,30 Punkte zur FDP. Die größten programmatischen Abweichungen im Datensatz existierten mit 1,48 bzw. 1,35 Punkten zwischen AfD-Anhängern und Funktionären bzw. Anhängern der Grünen.

3.4 Innerparteiliche Bewertungen der Befragten

Im Folgenden werden die Items besprochen, in denen die Teilnehmer Aspekte, Prozesse oder Politiker ihrer eigenen Partei bewerten sollten. Dies umfasst Fragen zur Zufriedenheit mit dem Bundestagswahlkampf der eigenen Partei, die Bewertung, ob die eigene Partei den folgenden innerparteilichen Aufgaben gerecht wird (Bemühungen um Neumitglieder zu werben, Beteiligung der einfachen Parteimitglieder an programmatischen Entscheidungen, Möglichkeit der einfachen Parteimitglieder führende Parteiämter zu bestimmen, Trennung innerhalb der Partei in verschiedene Flügel mit eigenem Führungspersonal und Anhängern, Kommunikation und Kooperation mit anderen gesellschaftspolitischen Organisationen und Akteuren, hat im Bundestagswahlprogramm eine klare Position bezogen), wobei jeder Teilnehmer die Antwortoptionen „Macht zu viel bzw. kommt zu häufig vor“, „Genau richtig“ und „Macht zu wenig bzw. kommt zu selten vor“ hatte. Außerdem sollten die Befragten angeben, was sie von den Spitzenpolitikern ihrer Parteien auf einer Skala von 0 (Überhaupt nichts) über 5 (Neutral) bis 10 (Sehr viel) halten. In einer weiteren Frage sollten die Teilnehmer auch die Eigenschaften angeben, die ihrer Meinung nach ein Politiker mitbringen sollte, um für ein

höheres politisches Amt geeignet zu sein. Hierbei konnten die Teilnehmer aus einer Liste von 14 Eigenschaften, deren Darstellung randomisiert wurde, drei Eigenschaften auswählen (Berufserfahrung als Unternehmer, Berufserfahrung in der Privatwirtschaft, Berufserfahrung in der öffentlichen Verwaltung, hohes Fachwissen in Politikfeldern, einen Universitätsabschluss, starkes Engagement innerhalb der Partei und in früheren Wahlkämpfen, gute Redefähigkeiten, gute Vermittlungsfähigkeiten, gute Verhandlungsfähigkeiten, langjährige Parteimitgliedschaft, starke Übereinstimmung mit den Grundüberzeugungen der Parteibasis, gute Kontakte zur Presse, gute Kontakte zur Privatwirtschaft, wohlhabend).

3.4.1 CDU/CSU

Abbildung 33: Zufriedenheit mit dem Wahlkampf von CDU bzw. CSU

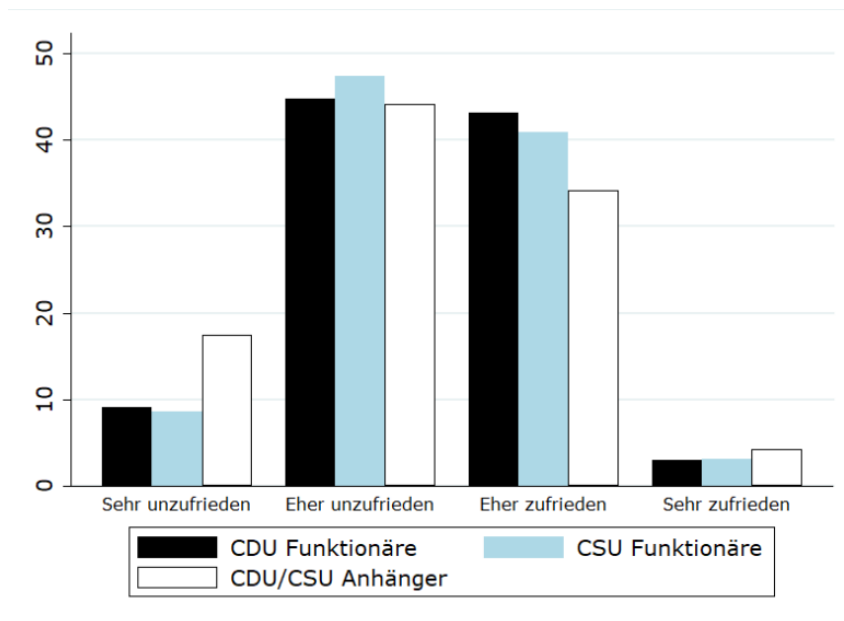


Abbildung 33 zeigt die Zufriedenheit mit dem Bundestagswahlkampf der CDU oder der CSU. Eine Mehrheit der CDU/CSU Funktionäre (53,9 bzw. 56 Prozent) und Anhänger (61,5 Prozent) waren eher oder sehr unzufrieden mit dem Wahlkampf. Der Großteil der Antworten entfiel auf die Kategorien „Eher unzufrieden“ und „Eher zufrieden“, wobei die „Eher unzufrieden“ Kategorie für alle Gruppen die häufigste Antwortoption war. Lediglich 4,3 Prozent der Unions-Anhänger, 3,1 Prozent der CSU-Funktionäre und 3,0 Prozent der CDU-Funktionäre waren mit dem Bundestagswahlkampf sehr zufrieden.

Abbildung 34 zeigt den Anteil der Befragten, die zufrieden waren mit mehreren internen Parteaufgaben der CDU und CSU. Bei den Bemühungen um Neumitglieder waren 27,7 Prozent der CDU-Funktionäre, 38,5 Prozent der Unions-Anhänger und 40,6 Prozent der CSU-Funktionäre zufrieden mit ihren Parteien. Eine Mehrheit von 70,8 Prozent der CDU-Funktionäre, 59,9 Prozent der Unions-Anhänger und 57,3 Prozent der CSU-Funktionäre war der Meinung, dass ihre Partei in dieser Frage zu wenig tut, während 1,5 Prozent der CDU-Funktionäre, 1,6 Prozent der Unions-Anhänger und 2,1 Prozent der CSU-Funktionäre fanden, dass ihre Parteien zu viel bei den Bemühungen um Neumitglieder machen. Die größte Zufriedenheit bei den Befragten gab es bei der Trennung innerhalb der Partei in verschiedene Flügel und bei der Kommunikation und Kooperation mit anderen gesellschaftspolitischen Organisationen und Akteuren. In den Fragen der programmatischen Beteiligung der Mitglieder und ob die Union eine klare konservative Position im Wahlkampf bezogen habe, war eine Mehrheit (54 bzw. 61,4 Prozent) der CDU-Funktionäre der Meinung, dass die Partei

zu wenig tut; bei den CSU-Funktionären waren es 42,7 bzw. 36,4 Prozent. Im Durchschnitt aller Aufgabengebiete waren die CSU-Funktionäre mit 53,9 Prozent signifikant zufriedener als die CDU-Funktionäre (45,6 Prozent) und die Unions-Anhänger (45,2 Prozent).

Abbildung 34: Anteil der „Genau richtig“ Antworten für verschiedene parteiinterne Aufgabengebiete der CDU/CSU

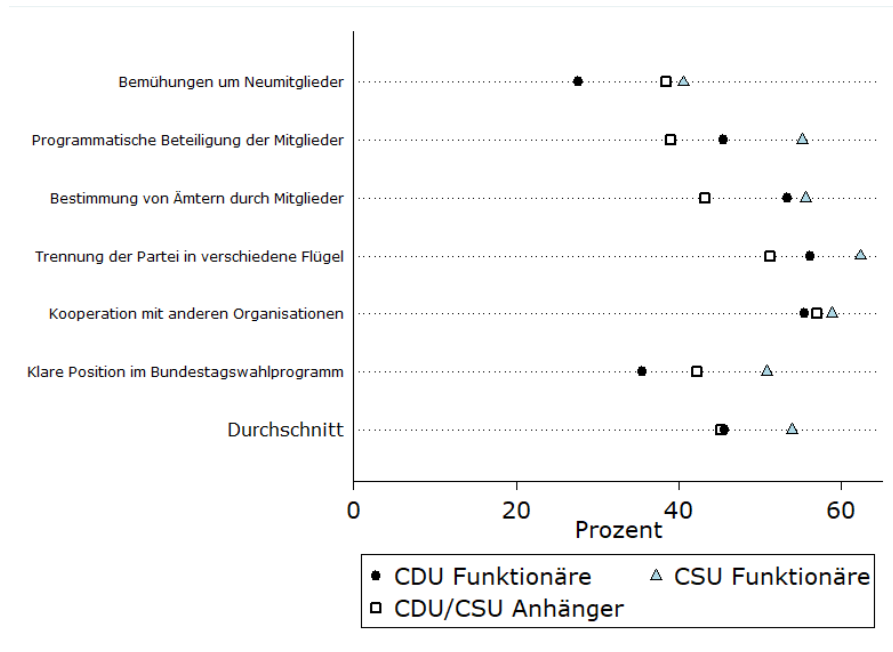
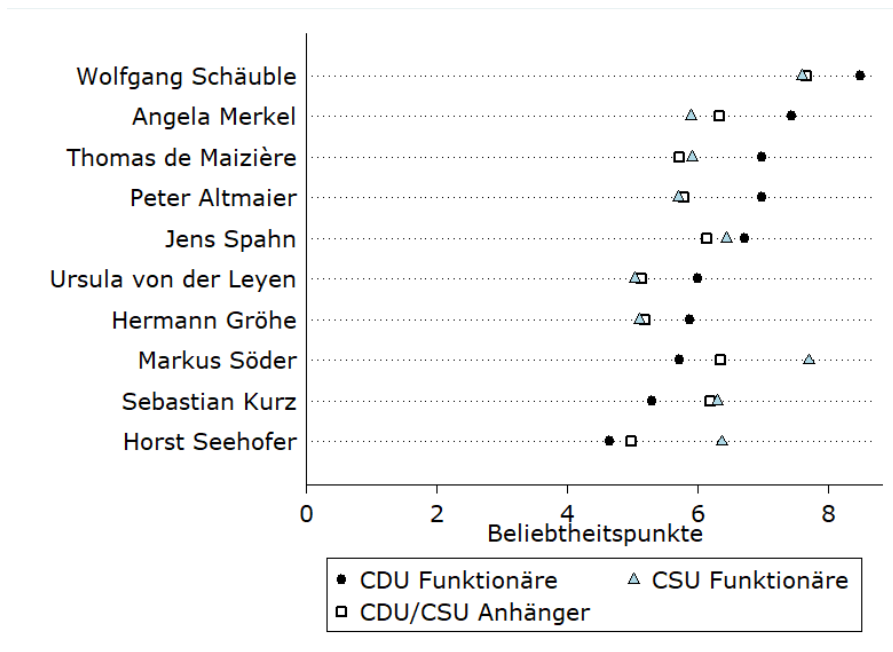


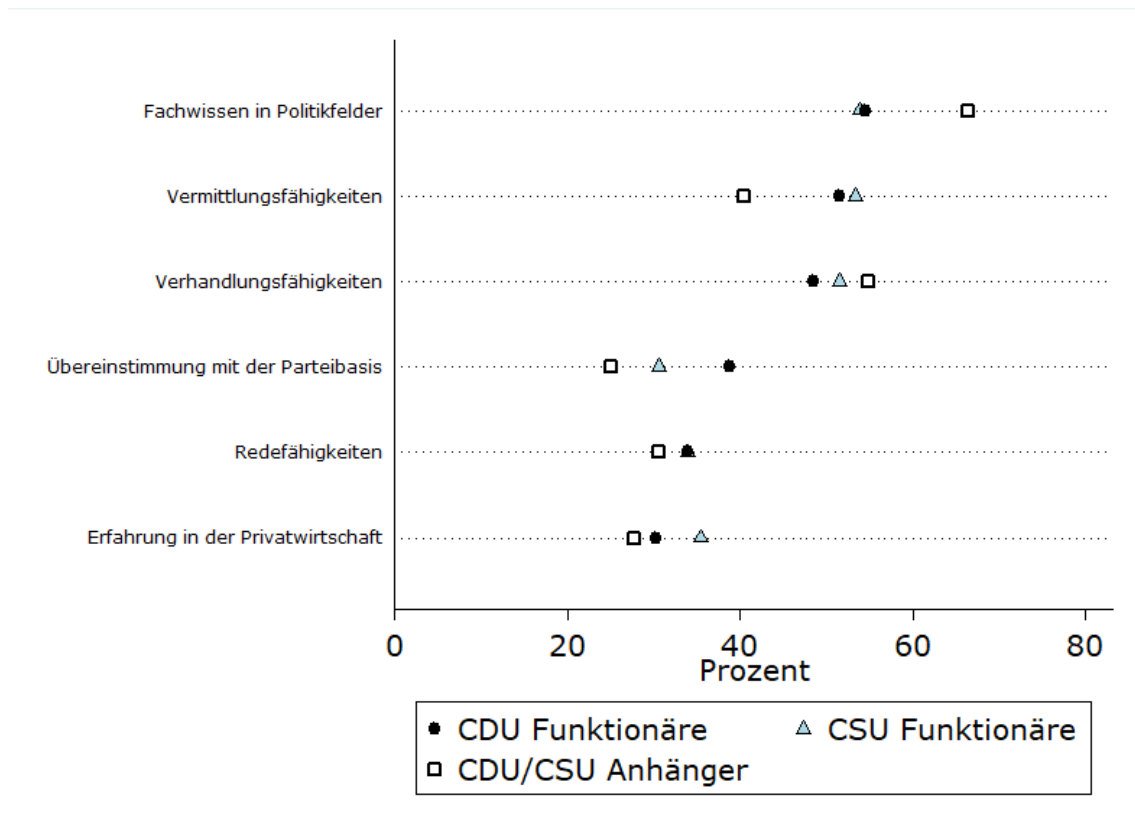
Abbildung 35: Die beliebtesten Politiker der CDU/CSU



In Abbildung 35 werden die Beliebtheitswerte für die beliebtesten Politiker der CDU/CSU gezeigt. Wolfgang Schäuble ist mit 8,5 Punkten bei den CDU-Funktionären und mit 7,5 Punkten bei den Unions-Anhängern

der beliebteste Politiker; bei den CSU-Funktionären landet Schäuble mit 7,6 Punkten hinter Markus Söder (7,7 Punkte). Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz war unter den CSU-Funktionären mit 6,3 Punkten beliebter als Angela Merkel mit 5,9 Punkten. Unter den CDU-Funktionären war Kurz mit 5,3 Punkten beliebter als Seehofer (4,6 Punkte). Bei den Bewertungen gab es generell einen deutlichen Unterschied zwischen den beiden Schwesterparteien. Bis auf Jens Spahn wurden CDU-Politiker von den CSU-Funktionären deutlich schlechter bewertet als von den CDU-Funktionären. Bei Markus Söder und Horst Seehofer fällt wiederum das Urteil der CDU-Politiker deutlich schlechter aus.

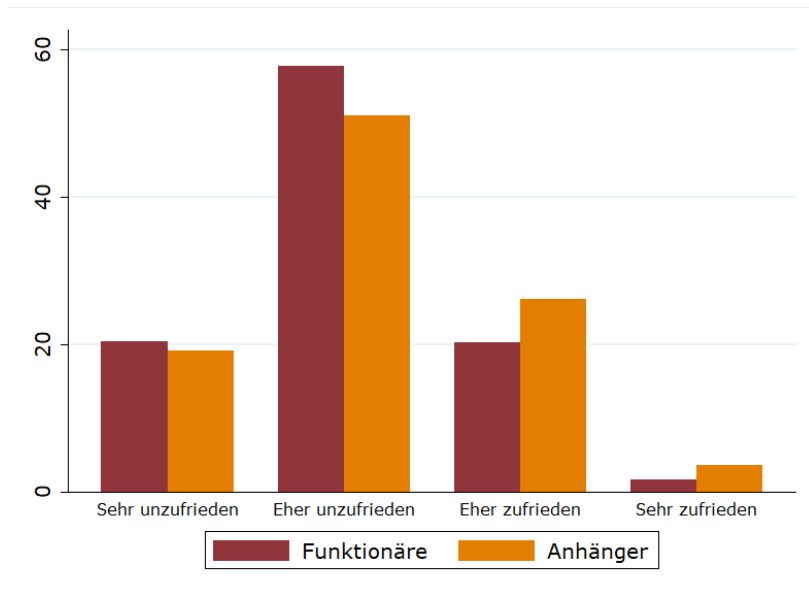
Abbildung 36: Nennung der wichtigsten Eigenschaften, die ein CDU/CSU Kandidat mitbringen sollte, um für ein höheres politisches Amt geeignet zu sein in Prozent.



In Abbildung 36 werden die wichtigsten Eigenschaften gezeigt, die ein geeigneter Kandidat laut den Befragten haben sollte. Fachwissen in Politikfeldern war bei den CDU-Anhängern mit 66,4 Prozent, bei den CDU-Funktionären mit 54,5 Prozent und bei den CSU-Funktionären mit 53,8 Prozent die häufigste genannte Kategorie. Andere für Politiker typische Kompetenzen wie Vermittlungs-, Verhandlungs- und Redefähigkeiten standen bei allen Beteiligten ähnlich hoch im Kurs. Des Weiteren legten die Teilnehmer noch Wert auf die Übereinstimmung mit den Grundüberzeugungen der Parteibasis und auf eine Berufserfahrung in der Privatwirtschaft.

3.4.2 SPD

Abbildung 37: Zufriedenheit mit dem Wahlkampf der SPD



Wie in Abbildung 37 zu sehen, war eine deutliche Mehrheit von 78 bzw. 70,2 Prozent der SPD-Funktionäre und Anhänger eher oder sehr unzufrieden mit dem SPD-Bundestagswahlkampf. Davon waren 20,3 Prozent der SPD-Funktionäre und 19,2 Prozent der SPD-Anhänger sehr unzufrieden. Nur eine kleine Minderheit von 1,7 Prozent der SPD-Funktionäre und 3,6 Prozent der SPD-Anhänger war sehr zufrieden mit dem eigenen Wahlkampf.

Abbildung 38: Anteil der „Genau richtig“ Antworten für verschiedene parteiinterne Aufgabengebiete der SPD

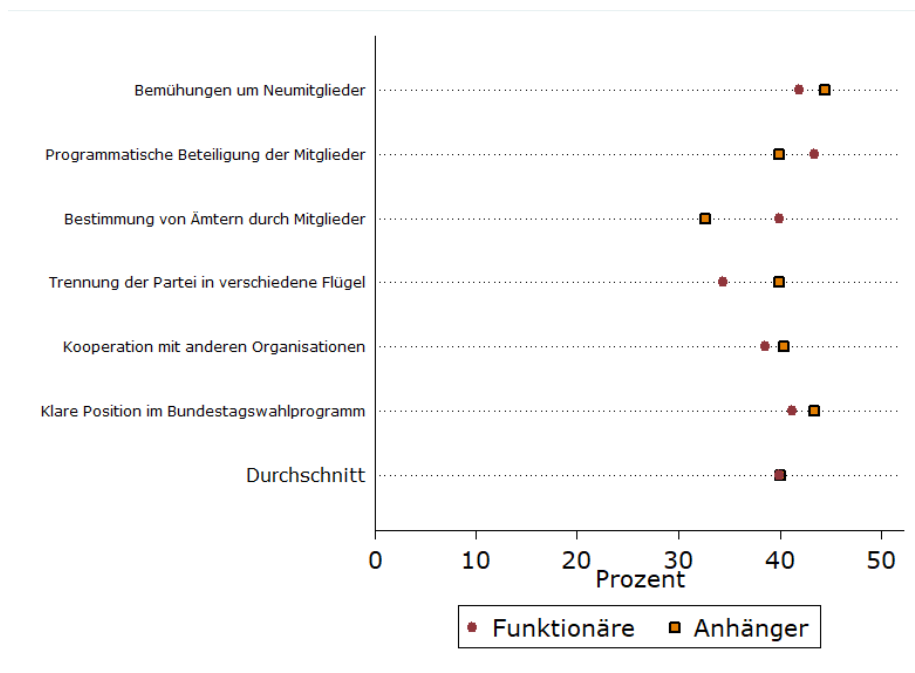
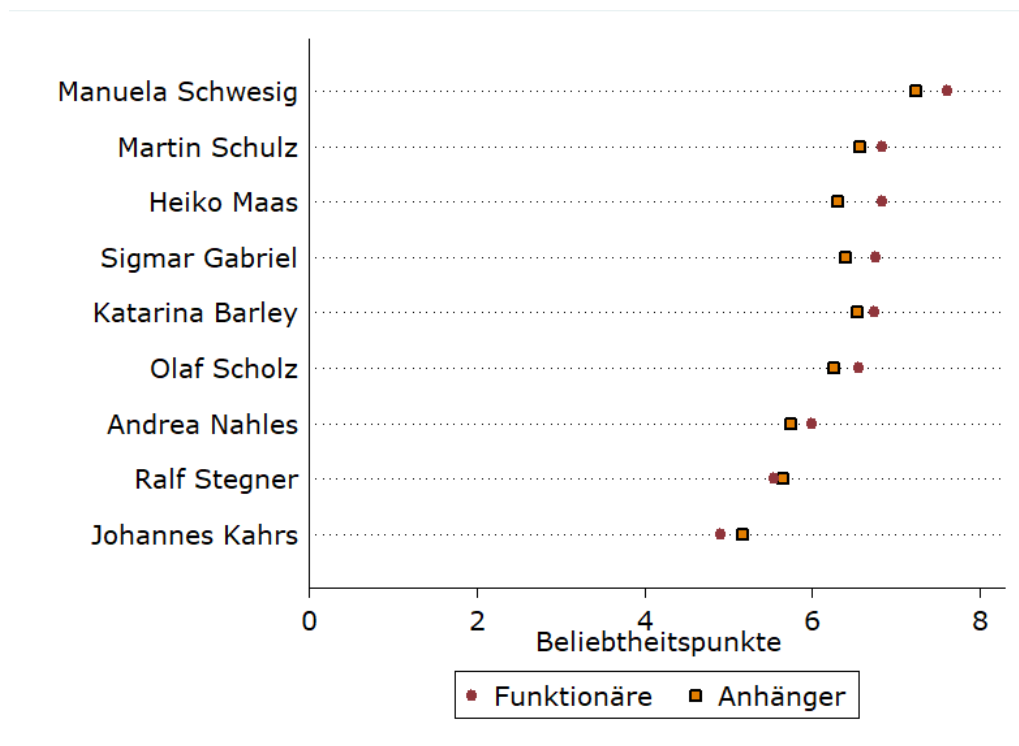


Abbildung 38 zeigt, dass auch eine Mehrheit der SPD-Funktionäre und Anhänger nicht zufrieden war mit den verschiedenen parteiinternen Aufgaben der SPD. In keinem Aufgabengebiet war eine Mehrheit zufrieden mit der SPD und der Durchschnittswert von 39,9 (Funktionäre) und 40,1 (Anhänger) war der niedrigste für beide Gruppen unter allen Parteien im Datensatz. Bis auf die Trennung der Partei in verschiedene Flügel war eine Mehrheit sowohl unter den Funktionären als auch unter den Anhängern der Meinung, dass die SPD in allen Themengebieten zu wenig macht. Bei der Trennung der Partei in verschiedene Flügel beurteilten wiederum 48,7 Prozent der Funktionäre und 37,4 Prozent der Anhänger, dass dies zu häufig in der SPD vorkommt.

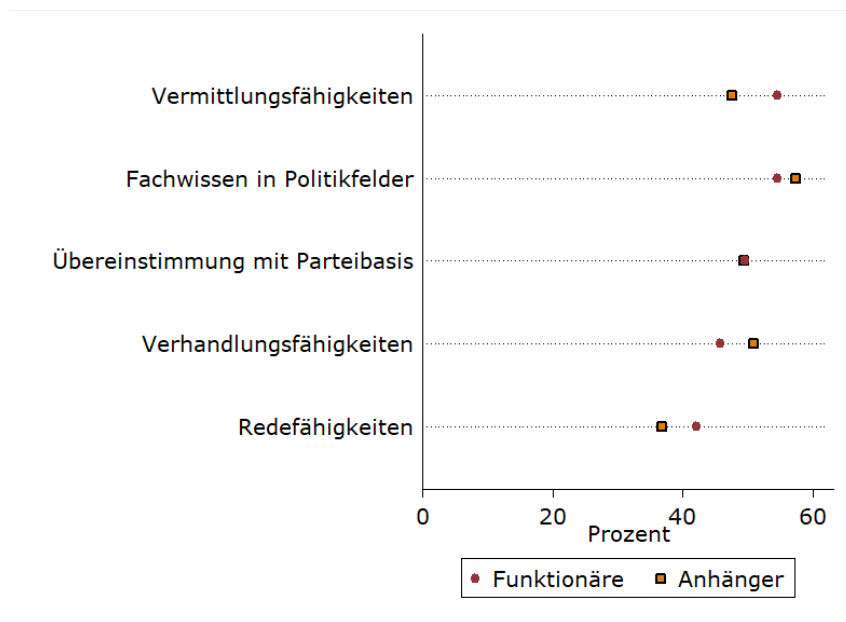
Abbildung 39: Die beliebtesten Politiker der SPD



In Abbildung 39 werden die beliebtesten Politiker der SPD gezeigt. Manuela Schwesig landete sowohl bei den SPD-Funktionären (7,6 Punkte) als auch bei den SPD-Anhängern (7,2 Punkte) auf dem ersten Platz, gefolgt vom damaligen SPD-Spitzenkandidat und Parteivorsitzenden Martin Schulz mit 6,8 bzw. 6,6 Beliebtheitspunkten. Schulz' Nachfolgerin auf dem Posten des SPD-Parteivorsitz, Andrea Nahles, kam mit 6,6 Punkten bei den SPD-Funktionären und mit 6,3 Punkten bei den SPD-Anhängern jeweils auf den sechsten Platz.

Die wichtigsten Eigenschaften, die ein Kandidat der SPD haben sollte, um für ein höheres Amt geeignet zu sein, sehen wir in Abbildung 40. Bei den SPD-Funktionären waren die Vermittlungsfähigkeiten mit 54,6 Prozent die häufigste genannte Eigenschaft; bei den SPD-Anhängern landete das Fachwissen in Politikfeldern mit 57,4 Prozent ganz vorne. Es folgte die Übereinstimmung mit den Grundüberzeugungen der Parteibasis mit 49,4 bzw. 49,3 Prozent.

Abbildung 40: Nennung der wichtigsten Eigenschaften, die ein SPD Kandidat mitbringen sollte, um für ein höheres politisches Amt geeignet zu sein in Prozent.



3.4.3 AfD

Abbildung 41: Zufriedenheit mit dem Wahlkampf der AfD

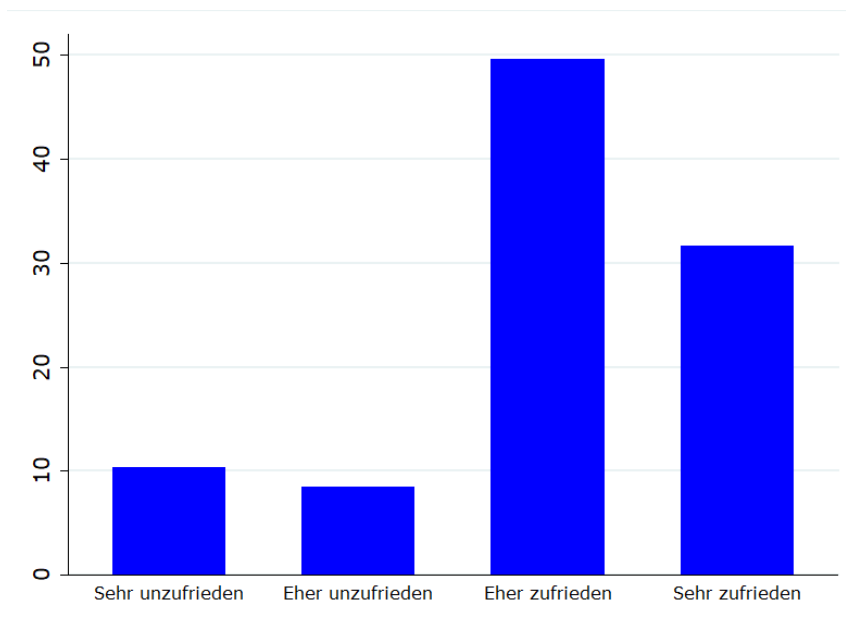
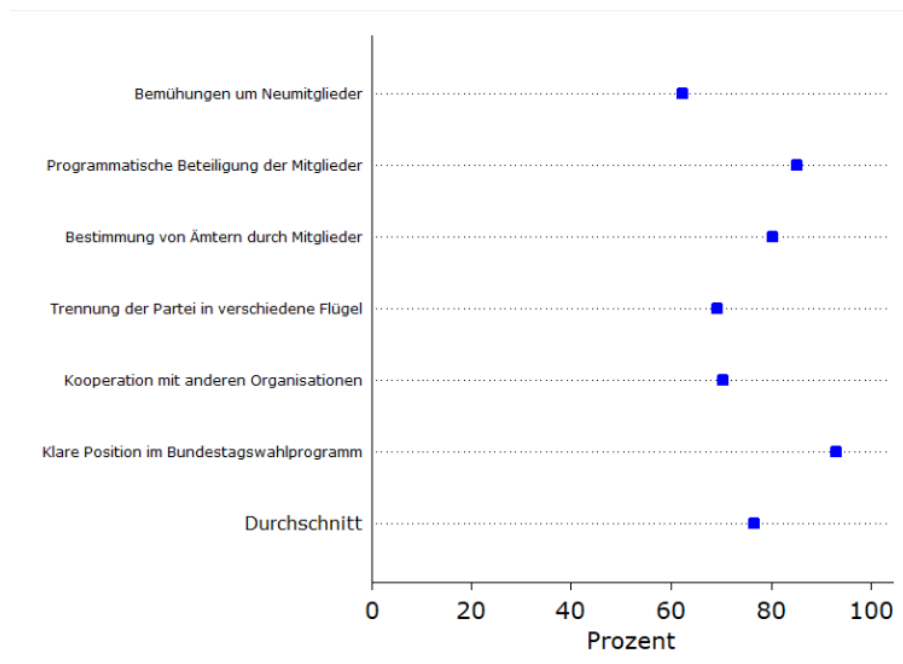


Abbildung 41 zeigt, dass eine große Mehrheit von 81,2 Prozent der AfD-Anhänger mit dem Bundestagswahlkampf ihrer Partei eher oder sehr zufrieden war, wobei 31,6 Prozent die beste Kategorie für ihre Partei wählten. Im Gegensatz dazu waren 10,3 Prozent der Anhänger sehr unzufrieden mit dem AfD-Bundestagswahlkampf. Insgesamt waren die AfD-Anhänger am zufriedensten mit dem Wahlkampf ihrer Partei im Vergleich mit den Anhängern der anderen Parteien.

Abbildung 42: Anteil der „Genau richtig“ Antworten für verschiedene parteiinterne Aufgabengebiete der AfD



Auch was die verschiedenen parteiinternen Aufgabengebiete betrifft, waren die AfD-Anhänger mit einem Durchschnittswert von 76,7 Prozent unter allen Anhängern am zufriedensten mit ihrer Partei. Anhand von Abbildung 43 können wir sehen, dass in jedem parteiinternen Aufgabengebiet eine Mehrheit der AfD-Anhänger zufrieden mit der AfD war. Die Werte reichten von 62,3 Prozent bei den Bemühungen um Neumitglieder bis zu 93 Prozent bei einer klaren patriotischen Position im Bundestagswahlprogramm. Höhere kritische Werte gab es bei den Bemühungen um Neumitglieder; 35,7 Prozent der AfD-Anhänger waren hier der Meinung, dass die AfD zu wenig tut. Bei der Trennung der Partei in verschiedene Flügel waren wiederum 19,8 Prozent der Meinung, dass dies zu viel vorkommt.

Abbildung 43: Die beliebtesten Politiker der AfD

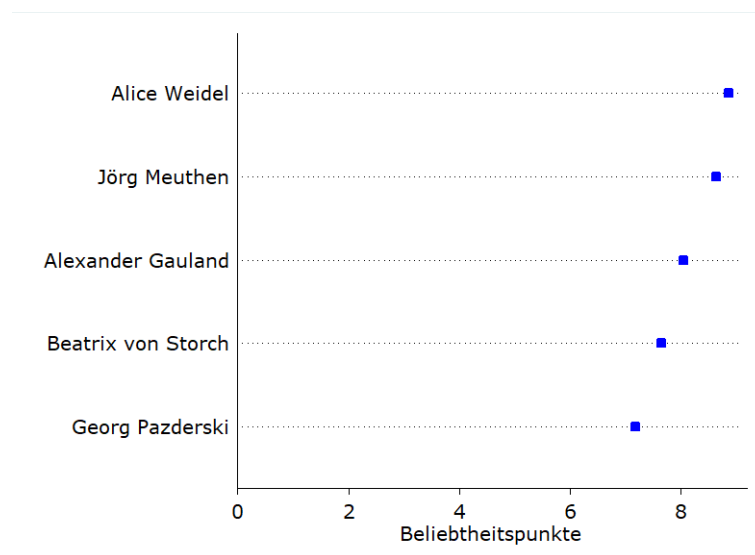
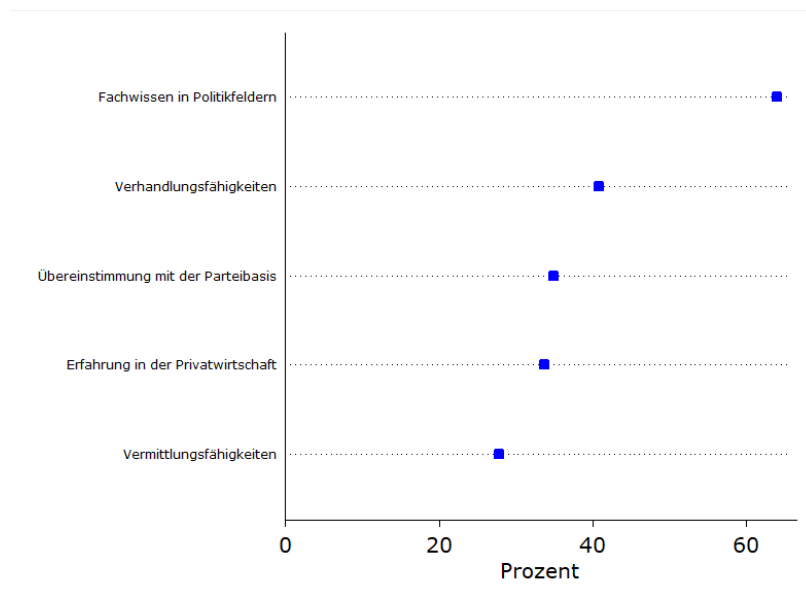


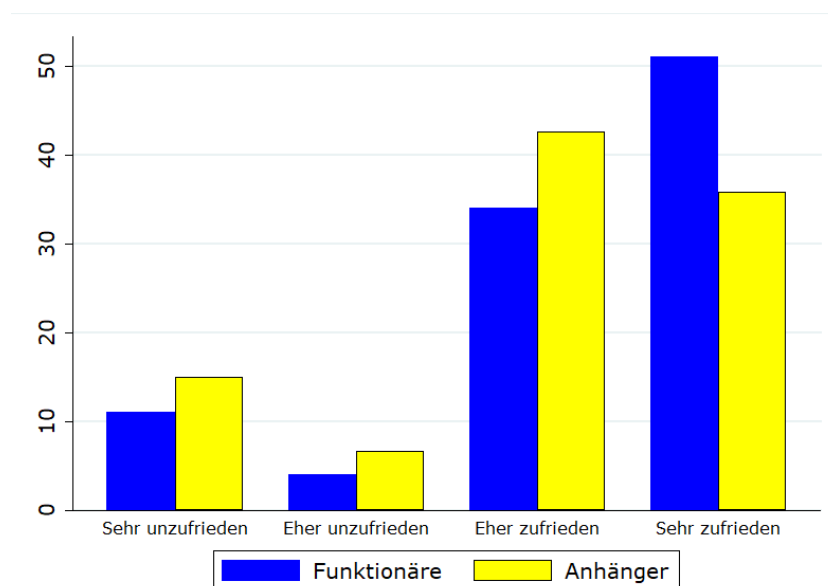
Abbildung 44: Nennung der wichtigsten Eigenschaften, die ein AfD Kandidat mitbringen sollte, um für ein höheres politisches Amt geeignet zu sein in Prozent.



Wie in Abbildung 43 zu sehen, war Alice Weidel mit 8,9 Beliebtheitspunkten die beliebteste Politikerin unter den AfD-Anhängern. Es folgten die beiden Parteivorsitzenden Jörg Meuthen und Alexander Gauland mit 8,6 und 8,0 Punkten. Abbildung 44 zeigt die wichtigsten Eigenschaften, die ein Kandidat laut den AfD-Anhängern mitbringen muss. Auf Platz 1 landet klar mit 64,1 Prozent das Fachwissen in Politikfeldern. Es folgen gute Verhandlungsfähigkeiten (40,9 Prozent), die Übereinstimmung mit den Grundüberzeugungen der Parteibasis (34,9 Prozent), Berufserfahrung in der Privatwirtschaft (33,7 Prozent) und gute Vermittlungsfähigkeiten (27,8 Prozent).

3.4.4 FDP

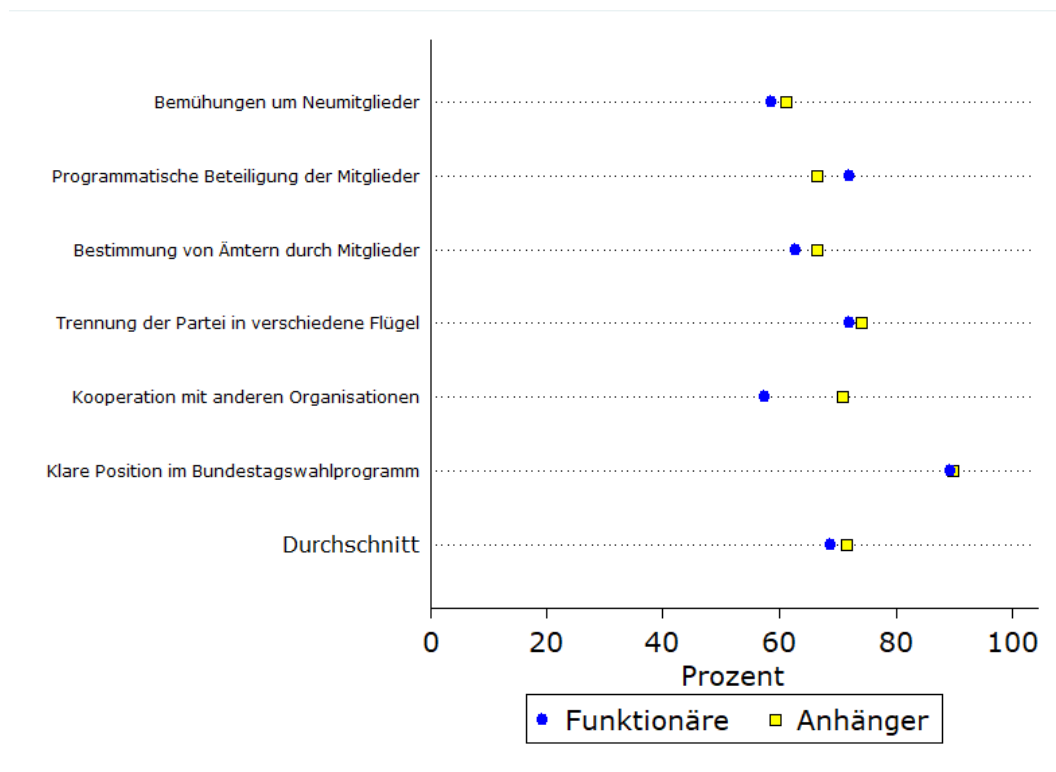
Abbildung 45: Zufriedenheit mit dem Wahlkampf der FDP



In Abbildung 45 wird die Zufriedenheit der FDP-Funktionäre und Anhänger mit dem Bundestagswahlkampf der FDP dargestellt. Eine deutliche Mehrheit von 85,1 Prozent der FDP-Funktionäre und 78,4 Prozent der FDP-Anhänger waren sehr oder eher zufrieden mit dem Bundestagswahlkampf der FDP. Auf die „sehr zufrieden“ Kategorie entfielen dabei 51 Prozent (FDP-Funktionäre) und 35,8 Prozent (FDP-Anhänger), was den Spitzenwert unter allen Parteien für Funktionäre und Anhänger darstellte. Auf der anderen Seite waren 11 Prozent der Funktionäre und 15 Prozent der Anhänger sehr unzufrieden mit dem Wahlkampf.

In Abbildung 46 werden die Bewertungen der verschiedenen parteiinternen Aufgabengebiete der FDP dargestellt. In jedem Themengebiet war eine Mehrheit zufrieden. Besonders mit einer klaren liberalen Position im Bundestagswahlprogramm waren die Befragten zufrieden; 89,8 Prozent der Anhänger und 89,3 Prozent der Funktionäre hielten die FDP Position hier für genau richtig. Im Durchschnitt aller Items waren 71,5 Prozent der Anhänger und 68,7 Prozent der Funktionäre mit der FDP zufrieden. Am meisten Kritik gab es bei den Bemühungen um Neumitglieder, wo 38,9 Prozent der Funktionäre und 35,5 Prozent der Anhänger der Meinung waren, dass die FDP zu wenig macht. 39,7 Prozent der Funktionäre waren auch dieser Auffassung für die Kommunikation und Kooperation mit anderen gesellschaftspolitischen Organisationen und Akteuren.

Abbildung 46: Anteil der „Genau richtig“ Antworten für verschiedene parteiinterne Aufgabengebiete der FDP



Wie in Abbildung 47 zu sehen, war der Parteivorsitzende und Spitzenkandidat Christian Lindner mit 9,2 Punkten bei den Funktionären und 8,8 Punkten bei den Anhängern der beliebteste FDP-Politiker unter den Befragten. Es folgten für beide Gruppen Wolfgang Kubicki (8,3 bzw. 8,0 Punkte), Alexander Graf Lambsdorff (7,7 bzw. 7,2 Punkte), Hermann Otto Solms (7,5 bzw. 6,6 Punkte) und Katja Suding (6,9 bzw. 6,6 Punkte).

Abbildung 47: Die beliebtesten Politiker der FDP

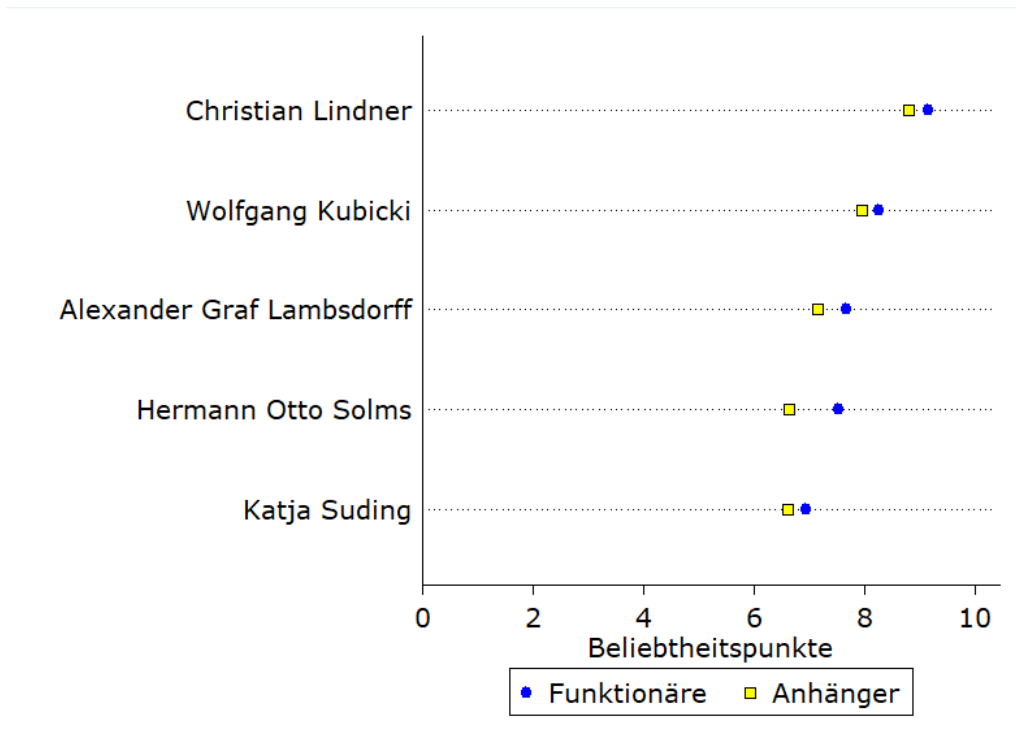
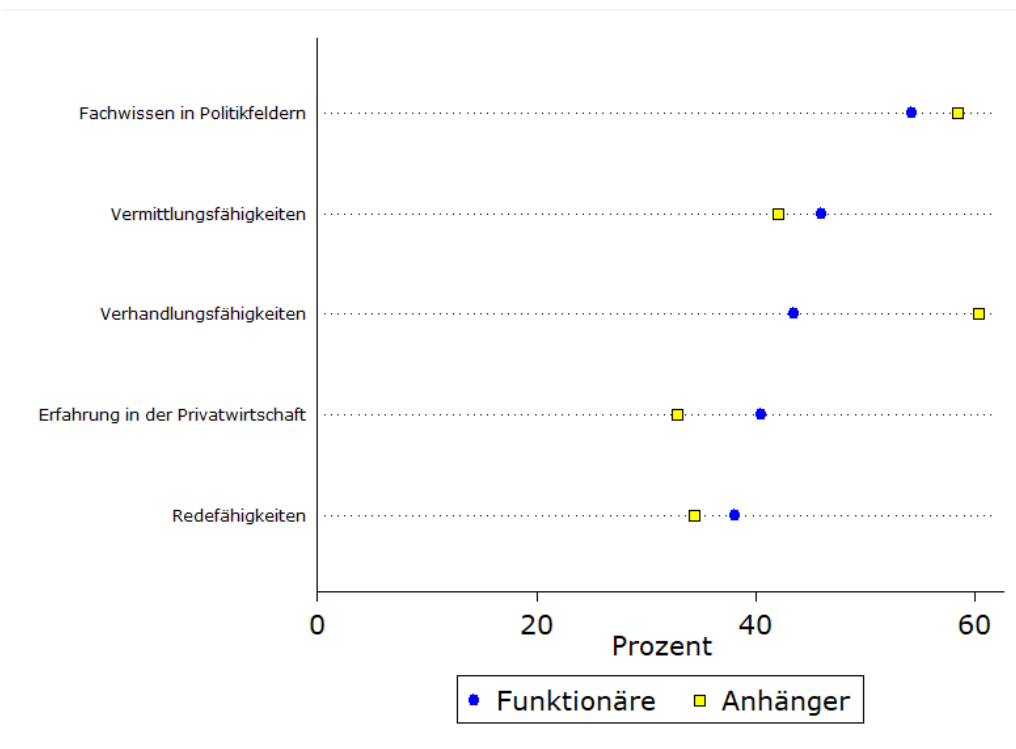


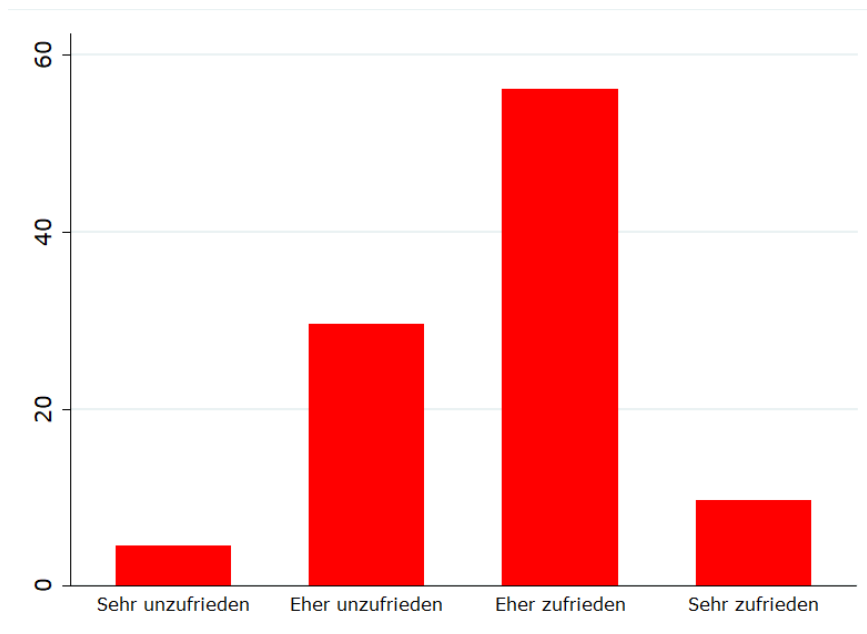
Abbildung 48: Nennung der wichtigsten Eigenschaften, die ein FDP Kandidat mitbringen sollte, um für ein höheres politisches Amt geeignet zu sein in Prozent.



Die wichtigsten Eigenschaften, die laut den Befragten ein geeigneter FDP-Kandidat mitbringen muss, werden in Abbildung 48 gezeigt. Auf dem ersten Platz bei den FDP-Funktionären landete Fachwissen in Politikfeldern mit 54,3 Prozent. Bei den FDP-Anhängern lautete der Wert 58,5 Prozent, was allerdings noch von Verhandlungsfähigkeiten mit 60,4 Prozent überboten wurde. Neben dem Fachwissen und den Verhandlungs-, Vermittlungs- und Redefähigkeiten landete auch die Berufserfahrung in der Privatwirtschaft mit 40,5 Prozent bei den FDP-Funktionären und 32,8 Prozent bei den FDP-Anhängern in den Top-5 der wichtigsten Eigenschaften.

3.4.5 Die Linke

Abbildung 49: Zufriedenheit mit dem Wahlkampf der Linke



In Abbildung 49 wird die Zufriedenheit der Linke-Anhänger mit dem Bundestagswahlkampf der Linke erfasst. 65,8 Prozent der Befragten waren eher oder sehr zufrieden mit dem Wahlkampf, wobei 9,7 Prozent sehr zufrieden waren. Im Gegensatz dazu waren 4,6 Prozent der Linke-Anhänger sehr unzufrieden mit dem Wahlkampf ihrer Partei.

Abbildung 50 zeigt die Zufriedenheit der Linke-Anhänger mit den verschiedenen parteiinternen Aufgabenbereiche der Linke. Im Durchschnitt aller Items war eine knappe Mehrheit von 51,1 Prozent der Befragten zufrieden. Die Werte reichten von 39,3 Prozent für die Bemühungen um Neumitglieder bis zu 72 Prozent für eine klare linke Position im Bundestagswahlprogramm. Laut 58,6 Prozent der Befragten machte die Linke zu wenig bei den Bemühungen um Neumitglieder und 49,7 Prozent waren derselben Auffassung bei der Bestimmung von Parteiämtern durch die Mitglieder. 38,6 Prozent beurteilten, dass die Trennung in Parteiflügel zu häufig auftritt.

Gregor Gysi war mit 9,0 Punkten der beliebteste Linke-Politiker der Linke-Anhänger, wie wir in Abbildung 51 sehen können. Es folgten Sahra Wagenknecht mit 8,4 Punkten, Dietmar Bartsch mit 7,1 Punkten, Oscar Lafontaine mit 7,0 Punkten und die Parteivorsitzenden Katja Kipping mit 6,1 Punkten und Bernd Riexinger mit 6,1 Punkten.

Abbildung 50: Anteil der „Genau richtig“ Antworten für verschiedene parteiinterne Aufgabengebiete der Linke

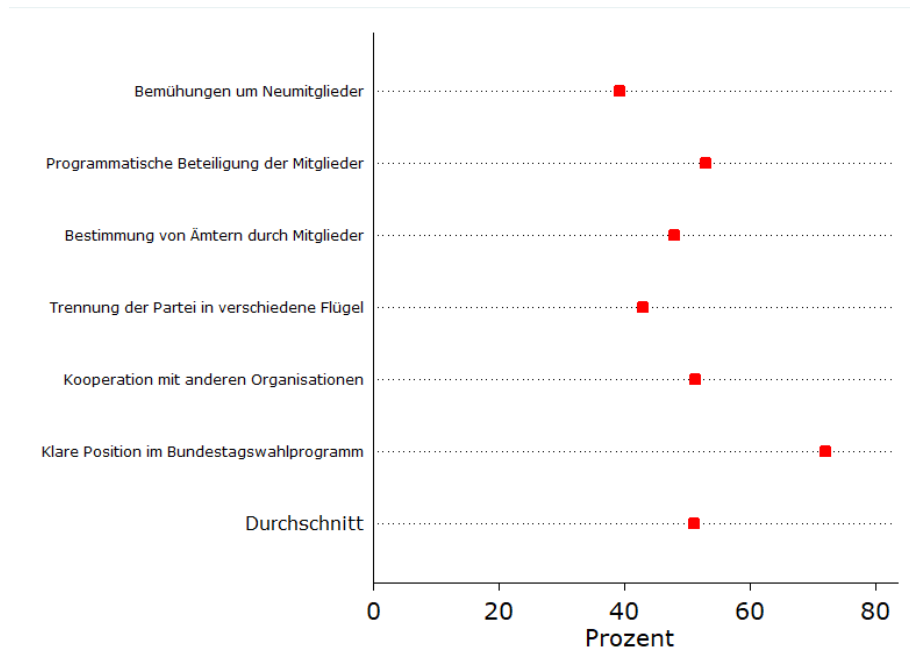


Abbildung 51: Die beliebtesten Politiker der Linke

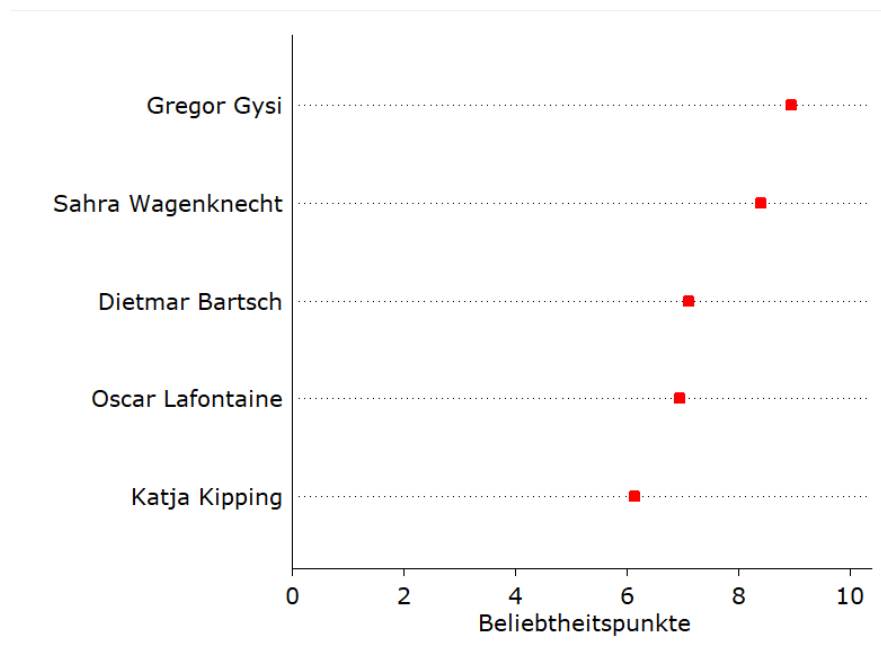
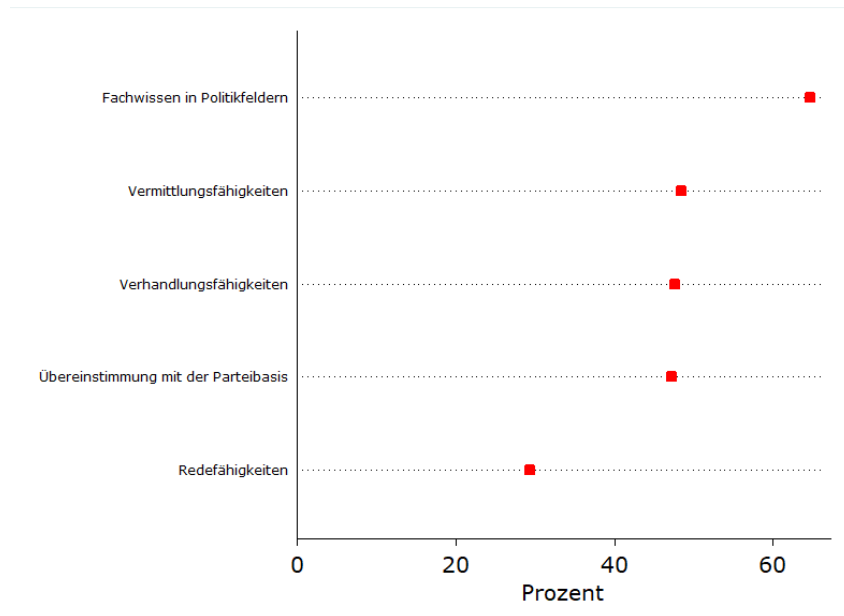


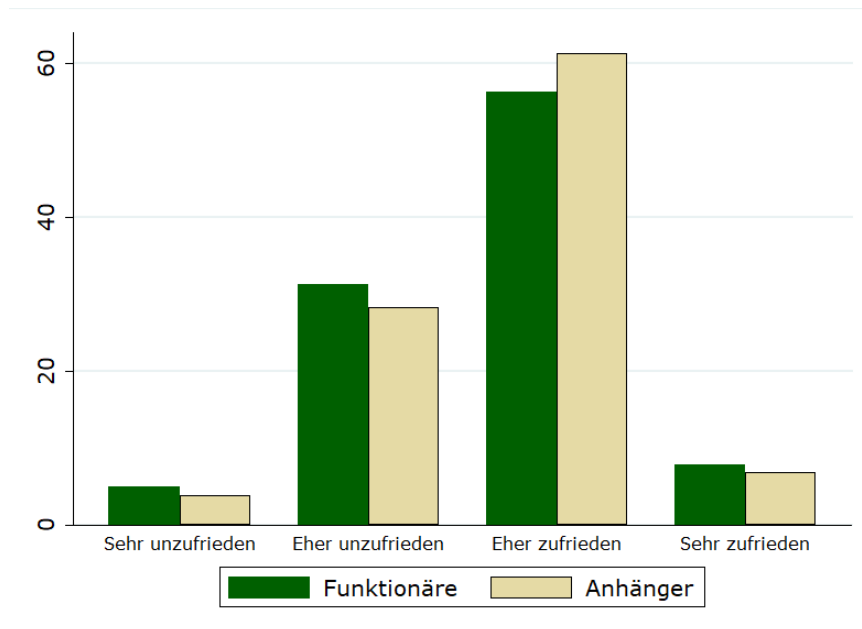
Abbildung 52 zeigt die fünf wichtigsten Eigenschaften für einen geeigneten Linke-Kandidaten. An erster Stelle landete das Fachwissen in Politikfeldern, welches von 64,7 Prozent der Linke-Anhänger genannt wurde. Es folgte mit ähnlichen Nennungen die Vermittlungsfähigkeiten (48,4 Prozent), die Verhandlungsfähigkeiten (47,6 Prozent) und die Übereinstimmung mit den Grundüberzeugungen der Parteibasis (47,2 Prozent). Auf Rang fünf landeten mit 29,4 Prozent die Redefähigkeiten.

Abbildung 52: Nennung der wichtigsten Eigenschaften, die ein Linke Kandidat mitbringen sollte, um für ein höheres politisches Amt geeignet zu sein in Prozent.



3.4.6 Bündnis 90/Die Grünen

Abbildung 53: Zufriedenheit mit dem Wahlkampf von Bündnis 90/Die Grünen



In Abbildung 53 wird die Zufriedenheit der Funktionäre und Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen mit dem Bundestagswahlkampf der Grünen graphisch dargestellt. 68 Prozent der Grünen-Anhänger und 63,9 Prozent der Grünen-Funktionäre waren eher oder sehr zufrieden mit dem Wahlkampf. Davon entfielen die meisten Antworten auf die „eher zufrieden“ Kategorie; 7,8 Prozent der Grünen-Funktionäre und 6,8 Prozent der Grünen-Anhänger waren sehr zufrieden mit dem Bundestagswahlkampf. Auf der anderen Seite waren 4,9 Prozent der Grünen-Funktionäre und 3,7 Prozent der Grünen-Anhänger sehr unzufrieden.

Abbildung 54: Anteil der „Genau richtig“ Antworten für verschiedene parteiinterne Aufgabengebiete von Bündnis 90/Die Grünen

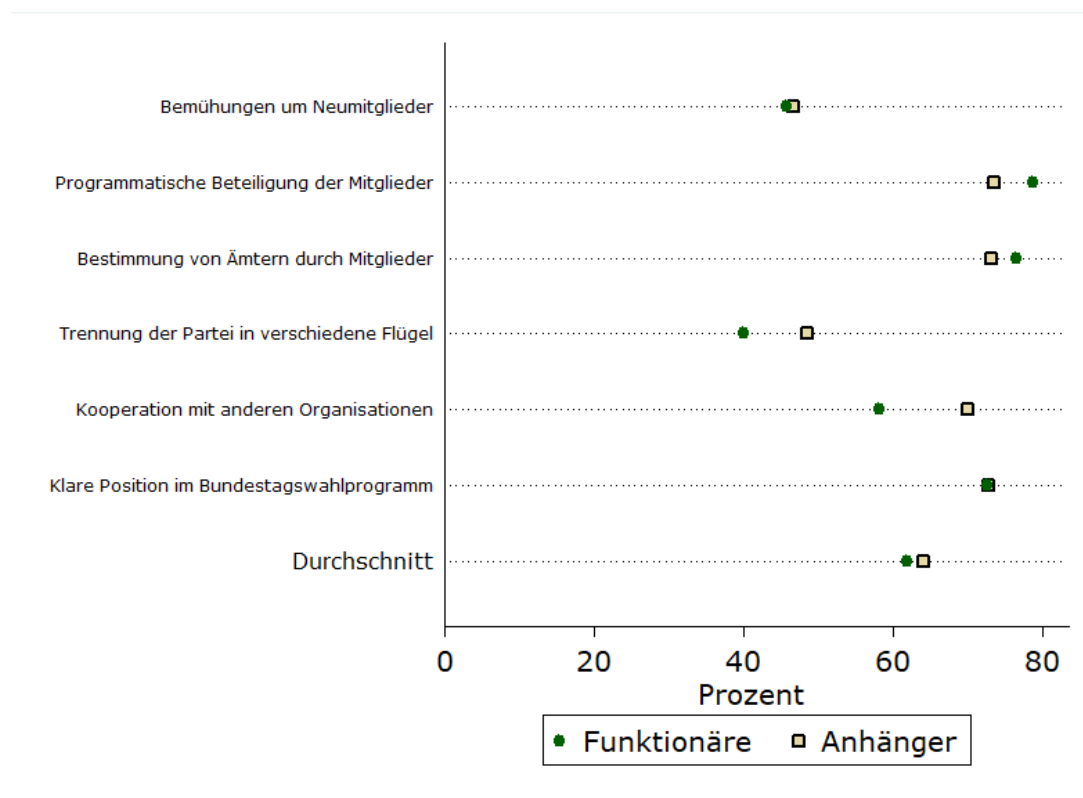


Abbildung 54 zeigt den Anteil der „Genau richtig“ Antworten für verschiedene parteiinterne Aufgabengebiete von Bündnis 90/Die Grünen. Im Durchschnitt aller sechs Items waren 64,1 Prozent der Grünen-Anhänger und 61,9 Prozent der Grünen-Funktionäre zufrieden mit ihrer Partei. Bei den einzelnen Items gab es jedoch teilweise starke Unterschiede. Sowohl bei der Beteiligung der Mitglieder an der Programmatik der Partei (78,7 bzw. 73,5 Prozent) und an der Bestimmung der Parteiämter (76,5 bzw. 73,1 Prozent) als auch bei einer klaren grünen Position im Bundestagswahlprogramm (75,5 bzw. 72,7 Prozent) gab es die höchste Zufriedenheit unter den Funktionären bzw. Anhängern der Grünen. Bei der Kooperation mit anderen Organisationen und Akteuren gab es einen signifikanten Unterschied in der Zufriedenheit zwischen Funktionären (58,1 Prozent) und Anhängern (70 Prozent). Eine Mehrheit der Befragten war nicht zufrieden mit den Bemühungen um Neumitgliedern und der Aufteilung der Partei in verschiedene Flügel. Für ersteres meinten 52,3 bzw. 51,9 Prozent der Funktionäre und Anhänger, dass die Partei zu wenig macht; für die Aufteilung in Flügel waren 50,5 Prozent der Funktionäre und 38,7 Prozent der Anhänger der Meinung, dass dies zu häufig geschieht.

In Abbildung 55 werden die beliebtesten Politiker von Bündnis 90/Die Grünen gezeigt. Bei den Funktionären landete Robert Habeck mit 8,4 Punkten auf den ersten Platz; bei den Anhängern waren es 7,6 Punkte. Der beliebteste Grünen-Politiker der Anhänger war Cem Özdemir mit 8,2 Punkten. Bei den Funktionären erhielt Özdemir 7,3 Beliebtheitspunkte. Eine weitere unterschiedliche Bewertung gab es bei Katrin Göring-Eckardt. Die Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl landete bei den Anhängern mit 7,3 Punkten auf dem dritten Rang, während sie bei den Funktionären mit 6,5 Punkten Siebte wurde.

Abbildung 55: Die beliebtesten Politiker von Bündnis 90/Die Grünen

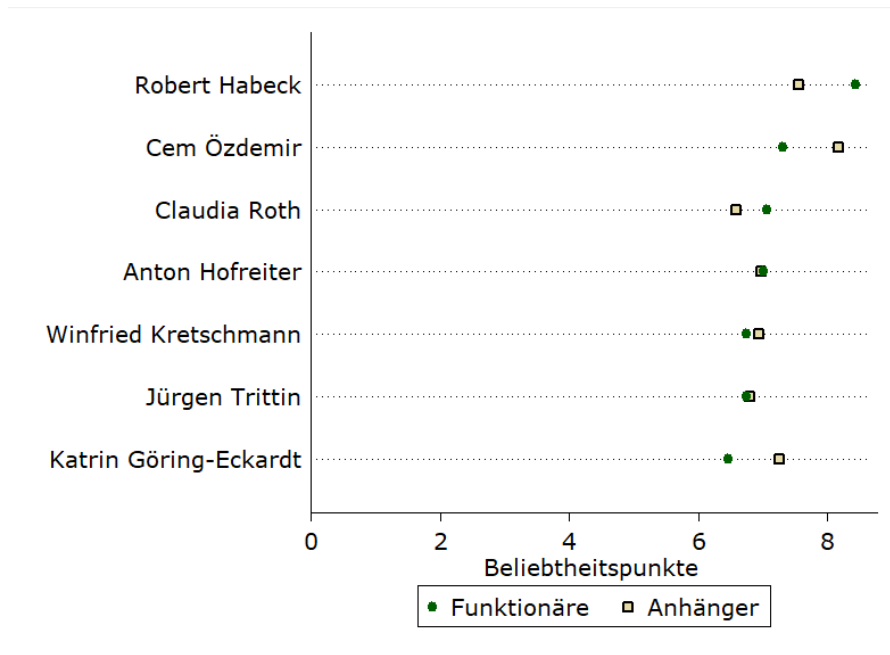
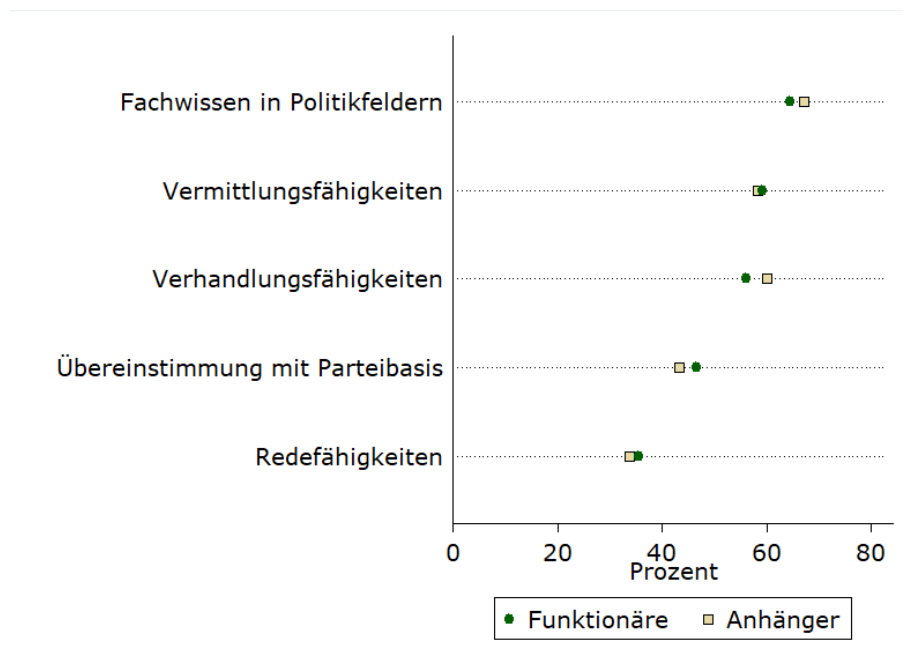


Abbildung 56: Nennung der wichtigsten Eigenschaften, die Kandidat von Bündnis 90/Die Grünen mitbringen sollte, um für ein höheres politisches Amt geeignet zu sein in Prozent.



Wie in Abbildung 56 zu sehen, war das Fachwissen in Politikfeldern mit 64,5 Prozent (Funktionäre) und 67,2 Prozent (Anhänger) die wichtigste Eigenschaft, die ein geeigneter Kandidat mitbringen muss. Auch bei den folgenden vier Eigenschaften bestand große Einigkeit bei den Funktionären und Anhängern: Es folgten die Vermittlungs-, Verhandlungs- und Redefähigkeiten und die Übereinstimmung mit den Grundüberzeugungen der Parteibasis.

3.4.7 Fazit

Folgende drei Beobachtungen können über die innerparteilichen Bewertungen der Parteien gemacht werden. Erstens gab es deutliche Unterschiede in der Bewertung des Bundestagswahlkampfes. Die Parteien der Großen Koalition (CDU/CSU, SPD) waren mehrheitlich mit dem eigenen Wahlkampf unzufrieden, während die Mehrheit der Befragten der AfD, FDP, Linke und Bündnis 90/Die Grünen zufrieden waren. Diese Bewertung ist sicher teilweise auch auf das Abschneiden der Parteien bei der Bundestagswahl zurückzuführen; die Parteien der Großen Koalition mussten starke Einbußen hinnehmen. Alle anderen Parteien konnten kleine (Linke, Grüne) bis starke (AfD, FDP) Zugewinne verbuchen.

Zweitens schlägt sich die Zufriedenheit mit dem Bundestagswahlkampf auch in den Bewertungen der verschiedenen innerparteilichen Aufgaben und Prozesse nieder. Mit der Ausnahme der CSU-Funktionäre war die Mehrheit der Befragten der Parteien der Großen Koalition im Durchschnitt hier nicht zufrieden. Des Weiteren lassen sich für die einzelnen Aufgaben auch allgemeine Trends ableiten. Über alle Parteigrenzen hinweg waren die Befragten relativ häufig der Meinung, dass ihre Partei zu wenig bei den Bemühungen um Neumitglieder macht bzw. dass die Trennung in Parteiflügel zu häufig auftritt.

Drittens gab es parteiübergreifend auch Übereinstimmungen in der Frage, was ein geeigneter Kandidat für ein höheres politisches Amt mitbringen sollte. Bei den Befragten aller Parteien standen politikspezifische Fähigkeiten wie Vermittlungs-, Verhandlungs- und Redefähigkeiten hoch im Kurs. Besonders das Fachwissen in Politikfeldern wurde von allen Gruppen als wichtig für einen geeigneten Kandidaten angesehen. Mit Ausnahme der FDP war die Übereinstimmung mit den Grundüberzeugungen der Parteibasis auch unter den wichtigsten fünf Eigenschaften der Befragten aller Parteien. Bei CDU/CSU, AfD und FDP landete außerdem die Berufserfahrung in der Privatwirtschaft unter den Top-5 der wichtigsten Eigenschaften.

4. Konklusion

Die Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl 2017 involvierten insgesamt fünf Parteien und waren die längsten in der Geschichte der Bundesrepublik. Diese Studie befragte bis zu 5,658 Funktionäre und 3,969 Anhänger der Parteien vor und nach den jeweiligen Koalitionsgesprächen zu ihren politischen Einstellungen, parteiinternen Prozessen und Koalitionspräferenzen. Dieser für die Parteienforschung einmalige Panel-Datensatz ist besonders relevant für Forschungsprojekte zu parteiinternen Unterschieden und Entscheidungsprozessen, die im Zuge der allgemeinen Verbreitung von Mitgliederentscheiden an Bedeutung gewinnen.

Die Befragung zu den Koalitionsverhandlungen zeigte, dass ein starker Meinungsumschwung zugunsten der Großen Koalition bei den Funktionären und Anhängern der SPD vor dem Mitgliederentscheid stattfand. Dieses Ergebnis könnte suggerieren, dass die Parteiführung – die letztendlich für die Zustimmung zur Großen Koalition warb – einen entscheidenden Einfluss auf die Meinungsbildung der Mitglieder hatte. Dies entspricht der soziologischen Erklärung in der Tradition Michels, welche argumentiert, dass die Parteispitze über die organisatorischen Mittel verfügt, um parteiinterne Entscheidungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Bei den Befragten der FDP und Bündnis 90/Die Grünen war eine deutliche Mehrheit bereits zu Beginn der Sondierungsgespräche für eine Jamaika-Koalition. Bei der Befragung der CDU/CSU-Funktionäre zeigte sich, dass über zwei Drittel sowohl die Große Koalition als auch eine Jamaika-Koalition zu jedem Zeitpunkt der Befragungen befürworteten. Circa 80 Prozent der Unions-Befragten sprachen sich außerdem dafür aus, dass Angela Merkel nicht erneut als Kanzlerkandidatin der CDU/CSU antreten sollte.

Die Untersuchung der programmatischen Positionen und politischen Wertvorstellungen zeigte deutliche Unterschiede sowohl zwischen den Befragten der SPD und der CDU/CSU als auch zwischen den Befragten der CDU/CSU und FDP mit den Befragten von Bündnis 90/Die Grünen. Die programmatische Schnittmenge war am höchsten für die Parteien links der Mitte (SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen), aber auch rechts der Mitte (CDU/CSU, AfD und FDP) war die programmatische Kongruenz größer als bei den Parteien der Großen Koalition bzw. der Jamaika-Gespräche. Des Weiteren waren die Befragten von CDU/CSU und SPD von allen Befragten am unzufriedensten mit dem Wahlkampf und innerparteilichen Aufgabengebiete ihrer Parteien.

Literatur

- Aldrich, John H. 1983. A Downsian spatial model with party activism. *American Political Science Review* 77(4): 974-990.
- Bentancur, Verónica Pérez, Rafael Piñeiro Rodríguez, und Fernando Rosenblatt. 2019. Efficacy and the Reproduction of Political Activism: Evidence from the Broad Front in Uruguay. *Comparative Political Studies* 52(6): 838-867.
- Gauja, Anika. 2015. The individualisation of party politics: the impact of changing internal decision-making processes on policy development and citizen engagement. *British Journal of Politics and International Relations* 17(1): 89-105.
- Ibáñez, Marcela, und Kai Jäger. 2019. Ceaseless Fire? How Reports on Electoral Violence by International Missions Shape the Attitudes of Former Rebels. Arbeitspapier.
- Ignazi, Piero. 2018. The four knights of intra-party democracy: A rescue for party delegitimation. *Party Politics*, im Erscheinen.
- Iversen, Torben. 1994. The logics of electoral politics: Spatial, directional, and mobilizational effects. *Comparative Political Studies* 27(2): 155-189.
- Jäger, Kai. 2017. The potential of online sampling for studying political activists around the world and across time. *Political Analysis* 25(3): 329-343.
- Jäger, Kai. 2019. When Do Party Supporters Abandon the Party Leader? The Intra-Party Conflict of the Alternative for Germany. *Party Politics*, im Erscheinen.
- Jäger, Kai, und Daniel Weitzel. 2019a. The Non-Democratic Consequences of Party Democracy: The SPD referendum a century after Michels' Iron Law of Oligarchy. Arbeitspapier.
- Jäger, Kai, und Daniel Weitzel. 2019b. Curvilinearity in Political Parties: Evidence from two SPD membership referenda. Arbeitspapier.
- Katz, Richard S. 2001. The problem of candidate selection and models of party democracy. *Party Politics* 7(3): 277-296.
- Katz, Richard S., und Peter Mair. 1995. Changing models of party organization and party democracy: the emergence of the cartel party. *Party Politics* 1(1): 5-28.
- Katz, Richard S., und Peter Mair. 2009. The cartel party thesis: A restatement. *Perspectives on Politics* 7(4): 753-766.
- Kenig, Ofer. 2009. Democratization of party leadership selection: Do wider selectorates produce more competitive contests?. *Electoral Studies* 28(2): 240-247.
- Kennedy, Fiachra, Pat Lyons, und Peter Fitzgerald. 2006. Pragmatists, ideologues and the general law of curvilinear disparity: the case of the Irish Labour Party. *Political Studies* 54(4): 786-805.

- Kitschelt, Herbert. 1989. The internal politics of parties: the law of curvilinear disparity revisited. *Political Studies* 37(3): 400-421.
- May, John D. 1973. Opinion structure of political parties: the special law of curvilinear disparity. *Political Studies* 21(2): 135-151.
- Michels, Robert. 1911. *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*. Leipzig: Verlag von Dr. Werner Klinkhardt.
- Narud, Hanne Marthe, und Audun Skare. 1999. Are party activists the party extremists? The structure of opinion in political parties. *Scandinavian Political Studies* 22(1): 45-65.
- Niedermayer, Oskar. 2018. *Parteimitglieder in Deutschland: Version 2018*. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 21. Berlin: Freie Universität Berlin.
- Norris, Pippa. 1995. May's law of curvilinear disparity revisited: leaders, officers, members and voters in British political parties. *Party Politics* 1(1): 29-47.
- Panbianco, Angelo. 1988. *Political Parties: Organization and Power*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Samuels, David, und Cesar Zucco. 2014. The power of partisanship in Brazil: Evidence from survey experiments. *American Journal of Political Science* 58(1): 212-225.
- Scarrow, Susan. 2014. *Beyond party members: Changing approaches to partisan mobilization*. Oxford: Oxford University Press.
- Schumacher, Gijs, und Nathalie Giger. 2017. Who leads the party? On membership size, selectorates and party oligarchy. *Political Studies* 65(1S): 162-181.
- Siefken, Sven T. 2018. Regierungsbildung „wider Willen“ – der mühsame Weg zur Koalition nach der Bundestagswahl 2017. *ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen* 49(2): 407-436.
- van Holsteyn, Joop JM, Josje M. den Ridder, und Ruud A. Koole. 2017. From May's Laws to May's legacy: On the opinion structure within political parties. *Party Politics* 23(5): 471-486.
- Wuttke, Alexander, Andreas Jungherr, und Harald Schoen. 2017. More than opinion expression: Secondary effects of intraparty referendums on party members. *Party Politics*, im Erscheinen.